

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Neue „Antihitlerkoalition“?

In diesen Wochen ging ein einprägsames Bild um die Welt. Es wurde in Brüssel aufgenommen und zeigte eine junge Frau, die bei einer Friedensdemonstration ein Schild mit dem Hakenkreuz – in den Farben des Sternenbanners – emporhielt. Auch beim Aufmarsch der 500000 am 15. Februar in Berlin sah man ähnliche Motive. Grund für solche Protestbekundungen gibt es genug. Aber hier wird – bei aller Analogie von Worten und Taten – eine Situation unterstellt, die an der Wirklichkeit vorbeigeht. In den USA herrscht – innenpolitisch betrachtet – nicht der Faschismus. Erstens ist die bürgerliche Demokratie in einem ihrer klassischen Ursprungsländer seit vielen Generationen so fest verankert, daß sie nicht ohne weiteres aus den Angeln gehoben werden kann, auch wenn der durch einen tollwütigen Präsidenten hochgepeitschte Chauvinismus faschistoiden Tendenzen enormen Auftrieb verleiht. Das Scheitern der antikommunistischen Hexenjagden Senator McCarthys in den späten 40er und in den 50er Jahren hat bewiesen, daß die Faschisten in den Vereinigten Staaten zurückgeschlagen werden können. Zweitens erwächst dem USA-Imperialismus derzeit noch kein so starker innerer Gegner, daß extremste Formen repressiver Machtausübung bereits erforderlich wären, um die politische Opposition unter Kontrolle zu halten. Dennoch werden umfassende Vorkehrungen für einen angenommenen „Ernstfall“ getroffen. Über dem amerikanischen Volk schwebt das Damoklesschwert des neuen Superministeriums für Heimatschutz, dessen gigantische Unterdrückungsmaschine – mit CIA und NSA synchronisiert – die Kapazitäten der Geheimdienste sämtlicher Staaten der Erde in den Schatten stellt. An der Spitze des Justizministeriums wurde mit Ashcroft ein Mann installiert, der eine morbide Sehnsucht nach den Zeiten McCarthys an den Tag legt.

In der USA-Außenpolitik treten immer deutlicher faschistoide, ja sogar faschistische Züge in den Vordergrund. Seit Hitler hat es in der internationalen Arena keinen einzigen Staatsoberhaupt gegeben, der es gewagt hätte, den Präventivkrieg als Mittel der Politik zu propagieren, vorzubereiten und zu entfesseln. Seit Hitler hat niemand die Grundprinzipien des Völkerrechts – nationale Souveränität, territoriale Integrität und Gewaltverzicht – so mit Füßen getreten wie die derzeitige USA-Führungsriege um George W. Bush. Sie begibt sich damit in die Schuhe der in Nürnberg vor Gericht gestellten Schuldigen des Zweiten Weltkrieges. Die Faschisierer kommen diesmal nicht in SA-Stiefeln oder mit SS-Totenköpfen am Revers daher, sondern im Gewand von „Demokraten“.

Als einst die Mächte des Antikominternpaktes – Hitlerdeutschland, Mussolinis Italien und das kaiserlich-militaristische Japan – die Welt mit ihrem Präventivkrieg überzogen, stießen sie auf vereinte Abwehr. Der Angriff auf Polen, die Bombardierung von Rotterdam und Coventry, der Überfall auf die Sowjetunion und die teilweise Versenkung der amerikanischen Pazifikflotte in Pearl Harbor resultierten in einer bis dahin ungekannten Völker- und Staatenallianz gegen die Aggressoren. Sie ging als Antihitlerkoalition in die Chronik des 20. Jahrhunderts ein und erwies sich trotz ihrer Heterogenität als stark genug, um dem Faschismus eine historische Niederlage zu bereiten.

Wer heutzutage „Präventivschläge“ und Eroberungskriege – also den Export des Terrors – ankündigt und in Szene setzt, wer die Eroberung der Weltherrschaft auf seine Fahnen schreibt, folgt den ruhmlosen Spuren der in Stalingrad, bei El Alamein und in der Normandie Geschlagenen.

Politiker und Parlamentarier vieler kapitalistischer Staaten der Welt, darunter auch mit den USA eng verbundener Länder wie Frankreich, Deutschland und Rußland, wägen nüchtern ihre eigenen Interessen und Ziele ab, die mit denen der USA nicht identisch sind. Auch die Tatsache, daß die Volksrepublik China, die knapp ein Viertel der Erdbevölkerung repräsentiert, auf seiten der Friedenskräfte steht, ohne bereits das weltpolitische Gewicht der einstigen UdSSR zu besitzen, isoliert den Aggressor. Auf Straßen und Plätzen aller Erdteile marschieren Millionen und Abermillionen Friedensbeschützer auf – wie in den Tagen des Vietnamkriegs. Ihr Bündnis überschreitet erneut ideologische, politische und soziale Grenzen. Es geht um den Fortbestand der Menschheit, darum, ihre bisher größte Bedrohung in die Schranken zu weisen.

Unter diesen Umständen gilt es mehr denn je aus der Geschichte des Überlebenskampfes der Völker zu lernen, um die existenzgefährdende Herausforderung aus Washington zurückzuweisen. Zu den wichtigsten Lehren des Widerstandes gegen die Zünder von gestern gehört das Vermächtnis der Antihitlerkoalition. Einer ihrer Architekten war der Amerikaner Franklin Delano Roosevelt. In seinem Geiste zu handeln heißt heute, eine mächtige Koalition von Staaten und Völkern gegen jene zu formieren, die die Welt in den Abgrund des Infernos reißen wollen. Man könnte sie – bei aller Unvergleichbarkeit von Situationen und Akteuren – als „neue Antihitlerkoalition“ gegen die Achse der Aggressoren bezeichnen. **Klaus Steiniger**



INHALT

Die Wut der Araber	S. 2
Grafik als Waffe	S. 3
Von der 2. RF-Leserkonferenz	S. 4
Brücke der Generationen	S. 5
Eine abgebrochene Rede	S. 6
Zur Lage in Polen	S. 7
Nicht aus Friedensliebe	S. 8
Schall und Rauch	S. 8
Helm auf, Angela!	S. 8
Peter Hacks zum 75.	S. 9
Was bleibt von Marx?	S. 10
Zum „Gebrauchswert“ der PDS	S. 11
Der Wahlkampfleiter	S. 12
Schakal oder scheues Reh?	S. 12
Apostel der Arbeitereinheit	S. 13
Die SPD beim Wort nehmen	S. 13
Ein Revolutionär ohne Seele?	S. 14
Die Ich-AG	S. 14
Verfassungstreue oder Verfassungsfeindlichkeit?	S. 15
Deutschlands progressivstes Grundgesetz	S. 16
Zur Rolle der Lobbyisten	S. 16
Kernfrage: Macht und Eigentum	S. 17
Abriß per „Stadtumbau Ost“	S. 18
Lettow-Vorbeck sei's Panier!	S. 18
Antifaschismus ohne Klasseninhalt?	S. 19
1,5 % für Michael Beltz	S. 19
War die DDR-Justiz demokratisch?	S. 20
Willige Vollstrecker	S. 20
Der Fall Jablonski	S. 21
Erich Kästner: Das letzte Kapitel Schwierigkeiten mit der Wahrheit	S. 22
Als Bauer in der DDR (4)	S. 23
Zum Freidenker-Symposium	S. 24
Gedichte von: Gisela Steineckert	S. 24
Eva Ruppert	S. 24
André Thiele	S. 24
Zur Atomenergiepolitik der KDVR	S. 25
Neues Werk von Prof. Sauerermann	S. 26
USA: Bluff mit Abfangraketen	S. 27
Zum Wahlausgang in Litauen	S. 27
¡Presente!	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Termine & Anzeigen	S. 32

Die Wut der Araber und die Angst ihrer Könige

Schatten einer Aggression

„Nur ein offener Agent ist heute in der Lage, sich als Freund der USA zu erklären. Die gesamte arabische Welt ist sich der Taten der Vereinigten Staaten bewußt ...“. Als Ägyptens Präsident Gamal Abd el-Nasser diese Worte im Juli 1968 aussprach, hätte sich wohl niemand vorstellen können, wie aktuell sie noch 35 Jahre später sein würden.

Auch wenn George W. Bush das nicht wahrhaben will, in der arabischen Öffentlichkeit trifft er weithin auf Zorn und Empörung: Einerseits soll Saddam Husseins Regime mit amerikanischer militärischer Übermacht gestürzt und Irak mit Krieg überzogen werden. Keineswegs geliebt, stellt Saddam aber, wie jüngst der ehemalige UNO-Generalsekretär, der Ägypter Butros Ghali, treffend konstatierte, „schon lange keine Gefahr mehr für seine Nachbarn dar, geschweige denn für die Supermacht Amerika“. Andererseits findet das brutale Vorgehen Israels gegen die Palästinenser die bedingungslose Unterstützung der USA. Alle unter Präsident Clinton ermöglichten Ansätze einer Lösung des Nahostkonflikts werden von der Bush-Administration zunichte gemacht und vergehen in einer Spirale von Terror und Gewalt.

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, unterstrich angesichts der drohenden US-Invasion in Irak, daß, „die Menschen in der Region schon jetzt wütend über das sind, was Israel in den besetzten Gebieten macht“. Und selbst Jordaniens König Abdullah II. muß zugeben: „Die Menschen packt die Wut ... Viele meiner Landsleute denken, erst habe der Westen die Palästinenser kleingekriegt und ihre Ansprüche auf der Müllhalde der Geschichte entsorgt, dann rechne er mit all jenen ab, die sich gegen Israel und die Vereinigten Staaten erhoben haben ... Im Westjordanland und im Gaza-Streifen rollen jeden Tag die israelischen Panzer, und jeden Tag sterben Palästinenser ... Der Durchschnittsbürger sieht, daß erst die Infrastruktur der Palästinenser zerstört wird und dann ein Angriff auf den Irak droht. Ist es ein Wunder, daß sich viele fragen, wer wohl als Nächster dran ist?“

Der libanesische Lyriker und Journalist Abbas Beydoun spricht angesichts der Drohungen der USA für die Mehrheit der arabischen Intellektuellen: „In der Vorstellung der Araber ruft dies das Bild einer kolonialen Invasion hervor. Das ist eine Folge der Erinnerung an die westliche Kolonialherrschaft und die Entstehung Israels. Weder aufgrund ihrer früheren noch der heutigen Politik sind die USA glaubwürdig, wenn sie behaupten, eine von Diktaturen beherrschte Region befreien zu wollen ... Die USA werden also angreifen. Der Krieg ist ein integraler Bestandteil von Bushs Politik geworden, den er nicht fallen lassen wird ... Das Ergebnis wird mit Sicherheit furchtbar sein. Das moralische

Versprechen der USA ist schnell vergessen. Sie werden ihr Augenmerk auf die Errichtung eines scheindemokratischen Systems unter ihrer Hegemonie richten, ihr Interesse an der Beherrschung der Ölquellen verfolgen und ihre Macht auf die gesamte Region ausdehnen.“

Und Abdel Moneim Said, Direktor des Kairoer Al-Ahram-Zentrums für politische und strategische Studien, bringt es in der „International Herald Tribune“ vom 31. Januar d. J. auf den Punkt: „Für die Araber sind jetzt die USA selbst die Hauptgefahr für die Stabilität der Region.“ Die Amerikaner „ignorieren, daß sie sich auf das Problem konzentrieren sollten, dessen Lösung letztendlich zur Lösung aller anderen Probleme führen würde. Dieses Problem ist nicht Irak. Ein Angriff auf Irak wird die Situation im Nahen Osten schlimmer machen. Es ist das Palästina-Problem, dessen Lösung die besten Voraussetzungen für eine positive Entwicklung der Region und darüber hinaus haben würde. Wenn Bush glaubt, daß das irakische Volk die amerikanischen Soldaten als Befreier betrachten werde, so sehen die Araber das völlig anders ... Der arabisch-israelische Konflikt wird explodieren, wenn die Flammen von Gewalt und Fundamentalismus die nationalen Grenzen überspringen werden.“

Die Führungen aller arabischen Länder des Nahen Ostens fürchten den zu erwartenden Zorn der Massen. In heikler Lage befinden sich Ägypten und Jordanien. Die Regierungen in Kairo und Amman hätten ohne die regelmäßigen Finanzspritzen aus Washington längst Bankrott anmelden müssen. Der jordanische König Abdullah rechnet zudem mit Unruhen der Palästinenser, die die Mehrheit der Bevölkerung

des Landes stellen. Er betont deshalb: „Wir werden an keiner Militäraktion gegen Irak teilnehmen.“ Auch der saudische Außenminister, Prinz Saud al-Faisal, versucht zu beschwichtigen: „Die (den USA kürzlich zugesicherte) Erlaubnis, Flüge von der Prinz-Sultan-Basis zu koordinieren, bedeutet nicht, daß das Königreich Angriffe gegen Irak von seinem Territorium aus duldet.“

Kurzfristig wird sicher kein Regime, das finanziell von den USA abhängt, offen Widerstand leisten. Die kleineren Staaten am Persischen Golf – Kuwait, Bahrain, Qatar, Oman – haben die Nutzung ihrer Territorien bereits erlaubt. „Aber wenn der Krieg ausbricht“, so der Generalsekretär der Jordanischen Kommunistischen Arbeiterpartei, Mazen Hanna, „werden weder Verbote noch Polizeieinsätze helfen. Dann wird die Wut großer Teile der Bevölkerung so stark sein, daß sie sich nicht mehr einschüchtern lassen.“

Der ägyptische Präsident Mubarak formulierte die Befürchtungen vieler seiner Kollegen, als er erklärte: „Wenn sie das irakische Volk wegen ein oder zwei Individuen schlagen und gleichzeitig das Palä-Ostina-Problem ungelöst lassen, dann wird nicht einer der Herrscher mehr in der Lage sein, die Gefühle der Bevölkerung unter Kontrolle zu halten.“

Die Regierenden von Saudi-Arabien, Syrien, Ägypten und Jordanien, aber auch der Emirate und Sultanate am Golf müssen jedoch nicht nur die Wut ihrer Völker angesichts Bushs beabsichtigter Invasion fürchten. Auch sie selbst könnten schließlich den Ansprüchen der Missionare aus Washington irgendwann nicht mehr genügen.

Bernd Fischer



Grafik als Waffe

Der Diplom-Grafiker Arno Fleischer ist nicht nur seit Jahren einer der treuesten und verlässlichsten künstlerischen Mitarbeiter des „RotFuchs“. Er hat auch das Motiv unserer Zeitschrift und unseres Fördervereins geschaffen, das Monat für Monat auf der Titelseite des RF ins Auge springt. Als wir ihn 1998 um eine Idee baten, begab er sich eigens in den Berliner Tierpark, um einen Rotfuchskopf nach der Natur zu zeichnen. Arno Fleischer, zu DDR-Zeiten nicht zuletzt als Gestalter eindrucksvoller Plakate und beliebter Schulbuchillustrator bekanntgeworden, ist ein durch und durch politischer Mensch. Leidenschaftlich steht er auf der Seite von Kommunisten und Sozialisten, greift er mit seinen Karikaturen den Klassenfeind an. Die beiden Zeichnungen auf dieser Seite sind ein erneuter Beweis dafür.



Bild oben: Aufgeblasene Kriegspropaganda.
Bild unten: Es geht um Öl und die Weltherrschaft!



2. RF-Leserkonferenz: Einheit im Mittelpunkt

Wärme, Solidarität, Optimismus

Pünktlich zum 5. Jahrestag der Erstausgabe des „RotFuchs“ fand in Berlin eine Konferenz seiner Leser mit rund 200 Teilnehmern statt. Sie war geprägt von Solidarität, Herzlichkeit und Optimismus. Die Beiträge widerspiegelten das. Ein Höhepunkt besonderer Art war das Konzert der Dresdner Singegruppe „Ernesto Che Guevara“, die, ursprünglich selbst aus der FDJ-Singebewegung hervorgegangen, den vielen anwesenden Alt-FDJlern Beifallstürme entlockte. Von „Bau auf, bau auf“ über Gisela Steineckerts „Einfachen Frieden“, unser wohl populärstes Kinderlied „Kleine weiße Friedenstaube“ bis zu „Bandiera rossa“ hatte die Gruppe ein erlesenes Programm für diesen Anlaß zusammengestellt. Manchem Graukopf wurden die Augen feucht angesichts der Bewahrung bester DDR-Tradition durch die jungen Sänger und Musikanten. Nicht nur bei „Spaniens Himmel“ stimmten alle ein – eine Reverenz auch an das professionelle Niveau der Vorträge. Aufmerksam nahmen die Anwesenden die Zeugnisse internationaler Wertschätzung für den „RotFuchs“ entgegen. Vom fernen Australien kam eine von Dr. Vera Butler unterzeichnete Grußbotschaft der Gesellschaft für Internationale Studien und aus Wrocław ein Brief von Prof. Dr. sc. Zbigniew Wiktor im Auftrag der kürzlich wiedergegründeten Kommunistischen Partei Polens. Für die KPML (r) aus Schweden überbrachte deren Internationaler Sekretär Erik Anderson herzliche Grüße. Er berichtete vom Kampf schwedischer Kommunisten um die Sammlung der antiimperialistischen Kräfte angesichts der aktuellen Kriegsgefahr. Eberhard Kornagel begrüßte die Konferenz im Auftrag der Budapester Karl-Marx-Gesellschaft und ihrer Zeitschrift „Dialektika“, die sich um die Verbreitung des Marxismus-Leninismus und die Bewahrung der reichen Erfahrungen der ungarischen Kommunisten bemüht. Der ehemalige Partisan Thanassis Georgiu brachte die Wertschätzung der brüderlich verbundenen griechischen Kommunisten zum Ausdruck. „Auch bei uns in Hellas ist eine sozialdemokratische Partei am Ruder,

die sich ein wenig vom Kriegskurs der USA distanziert hat. Das ist gut, sorgt aber auch für Illusionen. Deshalb dürfen wir nicht nachlassen. Fast jeden Tag finden Kundgebungen unter Beteiligung der KKE statt.“ Auf Vorschlag von Prof. Dr. Hans Fischer erklärten die Teilnehmer einmütig ihre Solidarität mit Slobodan Milosevic, der noch immer den Torturen eines infamen „Kriegsverbrecherprozesses“ ausgesetzt ist, mit den als „Miami 5“ bekanntgewordenen fünf Patrioten Kubas, die als politische Gefangene in den USA eingekerkert sind, und den zu langen Haftstrafen verurteilten Antifaschisten Kurt Stand und Terry Squillacote. Zuvor hatte Dr. Hans Kaiser über deren Schicksal in den USA berichtet.

Alle Diskussionsbeiträge enthielten Aussagen, Bekenntnisse und Aufrufe gegen die im Nahen Osten zündelnden USA-Imperialisten. Herausragend, mitreißend, klar in der Sprache war die Rede des 84jährigen Spanienkämpfers und Shoa-Überlebenden Fritz Teppich. Den Massen werde verheimlicht, daß ein Krieg gegen Irak auch katastrophale Folgen für Deutschland hätte. „In den 70er Jahren, als wir den Kampf gegen den NATO-Raketenbeschluß organisiert haben, fühlten sich die Leute unmittelbar bedroht, weil sie wußten, daß die Pershing II auch auf Deutschland gerichtet waren. Die Zeit wird wiederkommen, zu der wir in Westberlin 140000 Menschen vor dem Schöneberger Rathaus versammelten“, sagte er in Vorahnung der nur eine Woche später stattfindenden Demonstration der 500000. „Menschen wie ich haben sich oft den Vorwurf gemacht, nicht genug getan zu haben. Es gilt das Wort des alten Ossietzky: Nur solange Frieden herrscht, kann Krieg abgewandt werden.“ Auf Vorschlag Bruni Steinigers stimmte die Konferenz einer Erklärung gegen die von Bush vorangetriebene Irak-Aggression zu, die als Kriegsverbrechen im Sinne des Völkerrechts angeprangert wurde. Auch die in getrennten Briefen an die BRD-Justizministerin erhobenen Forderungen nach einer Aufhebung des 1956 verhängten Verbots der

KPD und nach Beendigung politischer Strafverfolgung von Amtsträgern der DDR und Kundschaftern des Friedens wurden durch starken Beifall unterstützt. Teil des zweiten Schreibens war das Verlangen nach Rehabilitation und Entschädigung aller Opfer des Kalten Krieges in der Alt-BRD. Die meisten Diskussionsredner befaßten sich mit dem „RotFuchs“, seiner Ausstrahlung auf politisch Nahestehende und seiner breiter gewordenen Thematik. Sie machten Vorschläge für das weitere Wachstum der Zeitung und brachten neue Ideen ein. Dieter Itzerott analysierte in einer profilierten Rede die gewachsene Qualität und Resonanz des RF und dessen Beitrag zur Sammlung von Kommunisten und Sozialisten. Um mehr Wirkungsmöglichkeiten vor allem für Wissenschaftler zu eröffnen, schlug er vor, in Abständen eine Beilage mit theoretischen Artikeln ins Auge zu fassen. Jutta Frach äußerte sich zur Notwendigkeit, Sprache und Inhalt mehr auf die Bedürfnisse junger Leute auszurichten. Dr. Hartwig Strohschein wies auf die bei weitem noch nicht ausgeschöpften Möglichkeiten der Internet-Ausgabe der Zeitung hin, die vor allem von jüngeren Lesern besucht wird. Oberst a. D. Dr. Reinhard Grimmer vom Autorenkollektiv des MfS-Abwehr-Buches „Die Sicherheit“ bedankte sich für die Unterstützung, die er und seine Genossen stets vom „RotFuchs“ erhalten hätten. „Bisher wurden fast 8000 Exemplare unseres Buches verkauft und in 25 Veranstaltungen erreichten wir etwa 1500 Teilnehmer.“ Der Hamburger Werner Hoppe dazu: „Für uns Antiimperialisten in der Alt-BRD war die Arbeit der Genossen des MfS von unschätzbarem Wert. ... Meine Vorstellungen von einem künftigen Sozialismus können sich gut mit einer Deutschen Demokratischen Republik begnügen.“ Vorschläge, die der sorgfältigen Auswertung durch Redaktion und Vereinsvorstand bedürfen, unterbreiteten auch Dr. Peter Tichauer, Dr. Fritz Welsch, Rudolf Janert, Dr. Martha Kokoschko, Hans-Georg Vogl, Wolfgang Nicolas und Frank Mühlefeldt, der für Initiativen zur Einberufung eines „Ostdeutschen Sozialforums 2004“ warb. In seinem Schlußwort betonte Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Vorsitzender des Fördervereins, die Versammlung zeige, „daß die Fahne nicht eingezogen ist, sondern weiterhin hochgehalten wird“. Wir kämen dem Erfordernis nach, einem neuen sozialistischen Anlauf den Weg zu bereiten – auch, wenn es ein langer Weg sein werde. Er bezog sich auf die Marxschen Analysen der Niederlagen von 1848 und der Pariser Commune. „Wir folgen der Tradition von Marx und Engels vor allem mit unserem Bekenntnis zur DDR. Es steht im Mittelpunkt unserer publizistischen und theoretischen Arbeit. Wer hier dem Druck des Klassengegners nachgibt, wird scheitern.“ Oberstes Ziel bleibe die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage. Unter Bezug auf ein altgriechisches Sprichwort sagte Dr. Feldbauer, der Untergang des Kapitalismus sei gewiß, „nur die Stunde steht noch nicht fest. Kämpfen wir dafür, daß sie näherrückt.“

Frank Mühlefeldt

P. S. Die auszugsweise bereits in der Februar-Ausgabe veröffentlichte Einleitungsrede von Dr. Klaus Steiniger kann in vollem Wortlaut gegen Einsendung einer Briefmarkenspende bei der Redaktion bezogen werden.

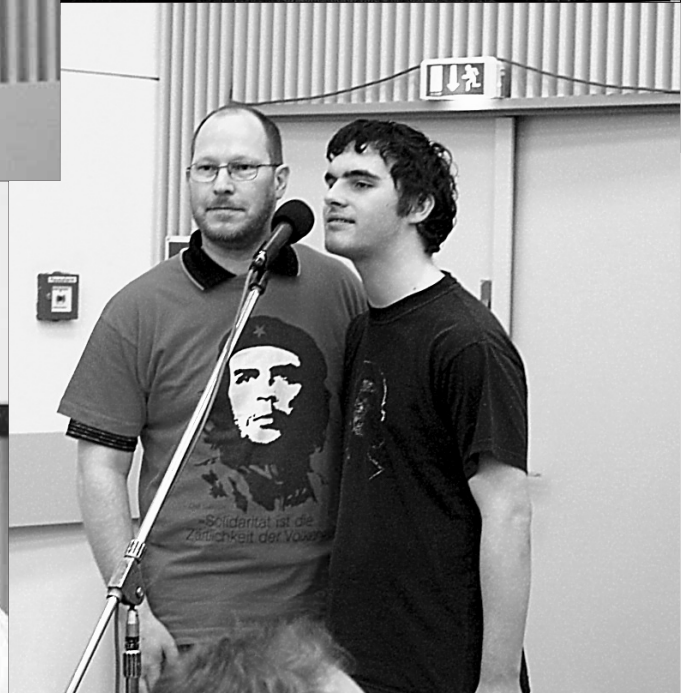




Fotoreportage von Armin Neumann von der 2. Leserkonferenz

Eine Brücke der Generationen

Unsere Bilder dokumentieren eine Beratung, die mehr war als eine Konferenz. Von ihr gingen Mut und Entschlossenheit aus, dem Deutschland der Ausbeuter Widerstand entgegenzusetzen. Thanassis Georgiu und Fritz Teppich sprachen mit jugendlichem Temperament für die alte Generation durch tausend Prüfungen gegangener Klassenkämpfer. Sänger und Musikanten aus Dresden lieferten den Beweis, daß eine neue Generation heranwächst, die die Fahne der Erbauer des Sozialismus weitertragen wird.



Eine Rede, die nicht zu Ende gehalten werden konnte

Was ich noch hätte sagen wollen

Auf der 2. Leserkonferenz mußte ich meinen Diskussionsbeitrag leider wegen Überschreitung der Redezeit vorzeitig beenden. Dabei hatte ich noch so viel auf dem Herzen. Ich hätte gerne einiges über die ausschließlich ehrenamtliche, freiwillige und unbezahlte Arbeit jenes Kollektivs gesagt, das den „RotFuchs“ entstehen läßt. Darüber, was „hinter den Kulissen“ passiert, was der Leser nicht erfährt, weil die Bescheidenheit der „Macher“ es nicht gestattet, sich damit hervorzutun. Auf eine Leserkonferenz gehört es aber mal hin ...

In seiner Eröffnungsansprache hat Klaus Steiniger den Beteiligten seinen Dank ausgesprochen und sie alle namentlich genannt. Mehr erlaubte sein Zeitfonds nicht, er hatte über Wichtigeres zu reden, und das hat er auch getan.

Ich wollte am Anfang meines Diskussionsbeitrages eigentlich nur verdeutlichen, daß ich nach 44 Berufsjahren als Polygraph vom Zeitungsmachen etwas verstehe, also urteilsfähig bin. Mir ging es nicht darum, die Zeit mit einer Selbstdarstellung zu vergeuden. Aber ich habe mich etwas verfranz.

Zur Sache: Ich fange mal mit dem Chefredakteur an, dem ich vor rund 30 Jahren als damaliger BGL-Vorsitzender der ND-Druckerei zum ersten Mal begegnete.

Anlässlich seines 70. Geburtstages Ende 2002 schrieb ich ihm, den ich nach vielen Jahren draußen in Ziegenhals bei Ernst Thälmann wiedertraf, in einem Brief u. a.: „Deine Idee und Dein Handeln in Sachen ‚RotFuchs‘ zeigen mir, daß Du der Alte geblieben bist. Kein ‚Betonkopf‘, womit politische Idioten standfeste Kommunisten und Sozialisten verunglimpfen wollen, sondern der konsequente Streiter für die Sache des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft, den ich einst kennenlernte. Einer, zu dem man Genosse sagen kann ... Im Gegensatz zu vielen ‚Edelkommunisten‘ in der DDR, die einst so tapfer und aus sicherer Entfernung mit gutem Gehalt den bösen Kapitalismus bekämpften, was das Zeug hielt, warst Du mittendrin unter den ‚Wölfen und Haien‘ des Kapitals. ... Dir bescheinige ich, daß aus Deinen Schreibgeräten immer noch der gleiche rote Saft fließt wie einst, nur mit noch mehr rotem Pfeffer dran, wie das Erich Weinert einmal formulierte.“

Wenn man nun weiß, daß der „engere Mitarbeiterstab“ des Chefredakteurs nur aus einer zweiten Person, nämlich seiner Frau und Mitstreiterin Bruni besteht, sich die ganze Redaktionsarbeit auf einer Grundfläche von ca. 10 m² abspielt und die Zeitschrift dennoch jeden Monat pünkt-

lich geliefert wird, ist das allein schon eine außerordentliche Leistung. Dahinter verbergen sich eine straffe Organisation und ein versierter Umgang mit den Manuskripten: den eigenen, denen der vielen Autoren sowie den täglich in großer Zahl eintreffenden Leserbriefen. Sie müssen geordnet, ausgewählt, redigiert und für den PC aufbereitet werden.

Davor ziehe ich meine Mütze, weil ich keinen Hut besitze und nie einen getragen habe.

Dann ist da noch einer, den ich unbedingt erwähnen möchte: Armin Neumann. Er kümmert sich um die Organisation und wirkungsvolle Durchführung von Veranstaltungen, ist ständig auf Achse. „Versand und Vertrieb“ steht im Impressum bei seinem Namen. Das ist richtig, aber wer ahnt auch nur, was dahintersteckt? Es gibt ja heutzutage moderne Techniken für Zeitschriftenversand, die jedoch erstens teuer und zweitens flächenaufwendig sind. Für den RF wären sie unbezahlbar. Also werden Adressierung, Kuvertierung usw. in althergebrachter Manufakturarbeit bewältigt. Das machen wiederum nicht die Allerjüngsten (wo ist denn nur die ehemalige „Kampfeserve der Partei“?), sondern ältere Genossinnen und Genossen, die alle ihr „Lebenspäckel“ getragen und zu tragen haben. Nicht eine oder einer ist darunter, die oder der auch nur einen Cent von den Spendengeldern als Vergütung annehmen würde. Sie tun es für die Sache, die nach ihrer besten Überzeugung noch immer die Hoffnung auf eine Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit nährt. All denen, die da im Vorder- oder Hintergrund ehrenamtlich wirken, gebühren Anerkennung und Hochachtung für ihren persönlichen Einsatz.

Ein großes Problem besteht allerdings im Lebensalter dieser verdienstvollen Genossinnen und Genossen. Von Krankheiten und Behinderungen will ich gar nicht erst sprechen. Doch der „RotFuchs“ muß eine Zukunft haben! Deshalb frage ich noch einmal: Wo ist die junge Garde des Proletariats? Jetzt kommt es auf Euch an. Wo seid Ihr? Tut etwas für Eure eigene Zukunft und die Eurer Kinder und Kindeskinde.

Ein Wort der Würdigung gebührt schließlich denen, die an der Gestaltung und technischen Herstellung des „RotFuchs“ beteiligt sind. Selbstverständlich muß das – ebenso wie die Leistungen der Deutschen Post AG – aus dem Spendenaufkommen finanziert werden. Für die Mitarbeiter der Druckerei „Bunter Hund“ und deren beide Chefs ist die monatliche Realisierung eines solchen Auftrags zwar ein ganz normaler Vorgang. Doch auch dazu gehört eine bestimmte Haltung, meine ich. Auch ihnen sei gedankt.

Das wär's gewesen, was ich am 8. Februar noch hätte loswerden wollen.

Klaus-J. Hesse

Dem RF-Förderverein beigetreten

In den letzten Wochen sind dem RF-Förderverein zahlreiche Genossinnen und Genossen, Freunde und Sympathisanten unserer Zeitung aus allen Teilen Deutschlands beigetreten. Unter ihnen befinden sich erneut prominente Künstler. Herzlich begrüßen wir den Schriftsteller Erik Neutsch aus Halle in unseren Reihen. Der Maler und Grafiker Klaus Parche aus Hintersee – unseren Lesern bereits durch seine im RF veröffentlichten Arbeiten bekannt – verstärkt den Kreis der bildenden Künstler, die sich mit uns verbunden fühlen. ■

Dr. Inge Lammel, die drei Jahrzehnte lang das Arbeiterliedarchiv an der Akademie der Künste der DDR leitete, hat das Werk **ARBEITERLIED – ARBEITERGESANG 100 Jahre Arbeitermusikultur in Deutschland** herausgegeben.

Das Buch ist im Verlag HENTRICH & HENTRICH erschienen, kostet 24 Euro und kann unter ISBN 3-933471-35-4 bestellt werden.

Herzliche Grüße nach Poppenhausen

Am 29. März 2003 wird Doz. Dr. sc. Gerhard Feldbauer 70 Jahre alt.

Das Jubiläum unseres Fördervereinsvorsitzenden ist uns Veranlassung, die großen Verdienste und Leistungen dieses hervorragenden Publizisten und Politikers zu würdigen. Gerhard Feldbauer hat – gemeinsam mit seiner Frau Irene – an vielen Frontabschnitten Mut und Standhaftigkeit bewiesen. Unvergessen ist der Einsatz des Ehepaars Feldbauer im bombardierten Vietnam. Von Beruf Historiker, bewährte sich Gerhard als Offizier, Auslandskorrespondent, Diplomat, Hochschullehrer und Buchautor. Hohe Fachkenntnisse erwarb sich der Jubilar während des langjährigen Einsatzes in Italien. Am Kampf der italienischen Arbeiterbewegung hängt er mit seinem Herzblut. Seine Publikationen über historische Abläufe in der Apenninenrepublik gehören ebenso zu den Standardwerken der zeitgenössischen Fachliteratur wie seine tiefgründigen Faschismusanalysen.

Hohe Anerkennung gebührt ihm für seinen rastlosen Einsatz an der Spitze der „RotFuchse“.

Die „RotFuchs-Redaktion“ und der Vorstand des Fördervereins übermitteln dem bewährten, uns eng verbundenen Freund und Genossen Grüße fester menschlicher und politischer Solidarität, verbunden mit dem Wunsch nach maximaler Gesundheit und weiterer Schaffenskraft für die gemeinsame Sache!

Prof. Dr. sc. Zbigniew Wiktor, Wrocław, schrieb an die 2. RF-Leserkonferenz

Zur Lage in Polen

Herzliche Grüße von polnischen Kommunisten und Sozialisten, die Leser Eurer interessanten Zeitschrift „RotFuchs“ sind. Wir verfolgen Eure Artikel mit großem Interesse, manche enthalten eine tiefe Analyse der brennenden Fragen der gegenwärtigen deutschen und internationalen kommunistischen und sozialistischen Bewegung. Wir möchten Euch nicht zuletzt für Beiträge und Informationen über die Lage in Polen danken, für Eure solidarisches Worte gegenüber den polnischen Kommunisten, die seit drei Jahren unter gerichtlicher Verfolgung stehen. In deren Ergebnis ist der Bund Polnischer Kommunisten „Proletariat“, dessen Vorsitzender ich war, im Frühling vergangenen Jahres mit der Bestätigung der erstinstanzlichen Entscheidung durch das Oberste Gericht der Republik Polen „aus der Parteividenz gestrichen“ worden. Polnische Kommunisten aber können so nicht ausgeschaltet werden. Sie organisieren sich aufs neue, zur Leitung sind junge Genossinnen und Genossen gestoßen. Im Dezember 2002 wurde in Dabrowa Górnicza (Oberschlesien) eine neue Kommunistische Partei Polens gegründet. Ihr Parteitag billigte die programmatischen Dokumente, das Statut und mehrere Resolutionen. Er wählte leitende Organe, das Zentralkomitee mit Genossen Marcin Adam als 1. Sekretär. Die KP verbreitert ihre Aktivität in ganz Polen. Einen Monat früher tagte in Warszawa der I. Parteitag der Polnischen Sozialistischen Arbeiterpartei – der anderen Organisation, die aus taktischen Gründen auf die Bezeichnung „kommunistisch“ verzichtete. Er nahm ebenfalls grundlegende Dokumente an und wählte eine neue Parteileitung.

Einige Bemerkungen zur Situation in Polen. Die sozialökonomische Lage bleibt für die Arbeiter und andere Werktätige sehr schwer, sogar dramatisch. Die Republik wurde nach 13 Jahren wilder kapitalistischer Transformierung in ein halbkoloniales peripheres Land Europas verwandelt. Nach der offiziellen Statistik sind 3,4 Millionen Menschen arbeitslos. Die tatsächliche Ziffer aber überschreitet 5 Millionen (25%). Es gibt bei uns auch eine hohe Rate verdeckter Arbeitslosigkeit, vor allem auf dem Lande. 80% der Arbeitslosen erhalten keine finanzielle Unterstützung. Sozialhilfe und andere Leistungen liegen fast bei Null. Deswegen wächst die sogenannte Grau- und Schwarzzone. Sie betrifft nach Schätzungen neutraler Ökonomen bis zu 20% der Arbeitenden oder sogar mehr. Zwei Drittel der neuen Erwerbslosen sind junge Leute, die nach der Berufsschule noch nie gearbeitet haben. Ungefähr eine Million mit Abiturdiplomen und Hochschulabschlüssen hat seit Jahren keinen Job. Deshalb wächst die Emigrationsrate, insbesondere der jungen Generation; allein in der Zeit von 2000 bis 2001 sind 200 000 junge Polen abgewandert, weil

sie hierzulande keine Lebensperspektive besitzen. Sie suchen ihr Auskommen (auch als Schwarzarbeiter) in Deutschland, Skandinavien, Frankreich, den Vereinigten Staaten. Zweieinhalb Millionen junge Familien haben keine eigene Wohnung. Zwei Millionen Familien befinden sich mit Miet- und Energiezahlungen im Rückstand. Die Bauwirtschaft, die Industrie, die Landwirtschaft und der Lebensstandard der Werktätigen sind rapide abgesunken. Der Wohnungsbau bringt nur noch ein Drittel der Kapazität im Vergleich mit 1979. Tausende Betriebe, ganze Industriezweige wurden liquidiert. Das Industrievermögen wurde zu zwei Dritteln an ausländische Konzerne verkauft – für 8 bis 10% des nominellen Wertes. Überall stehen Fabriken, große Produktionshallen leer. Die Betriebe wurden stillgelegt oder werden – im günstigsten Falle – als Montagefilialen genutzt. Polen wird von großen ausländischen Banken beherrscht, insbesondere deutschen; mehr als 80% des Finanzumsatzes stehen unter Kontrolle fremden Kapitals. Die polnische Kompradorenbourgeoisie und ihre politischen Parteien sind zufrieden, weil der Staat im Jahre 1999 der NATO angegliedert wurde. Jetzt drängen sie auf die Osterweiterung auch der EU. Polen befindet sich durch diese Politik in einer tiefen Krise, die nicht nur die Öko-

nomie, sondern auch das gesamte soziale Gefüge, die Politik und das geistige Leben der Nation erfaßt. Nach Umfragen vertrauten im Dezember 2000 nur noch rund 20% aller Bürger der Regierung. Ständig nimmt die Zahl der Nichtwähler zu. Auch die Reihen der mit dem Kurs der Solidarnosc-Parteien und der Politik der aus der PVAP hervorgegangenen sozialdemokratischen SLD Unzufriedenen wachsen. Seit Jahren formiert sich der Widerstand. Tag für Tag streiken Arbeiter der stillgelegten Gruben oder der metallurgischen Industrie, Werktätige im Gesundheitswesen, Lehrer, selbst Polizisten und Feuerwehrleute. Die Miller-Regierung bleibt instabil und sie kann nicht ohne Hilfe und Unterstützung der fremden Konzerne und der EU-Staaten funktionieren. Im Juni 2003 soll in Polen eine Volksabstimmung über den Beitritt des Landes zur EU stattfinden. In ihrem Vorfeld verschärft sich der politische Kampf.

Am Schluß noch ein Wort zum „RotFuchs“. Wir in Polen schätzen Eure redaktionelle, theoretische, ideologische und politisch-organisatorische Aktivität sehr hoch ein. Wir wünschen Euch viele weitere Erfolge in Eurer Arbeit und im persönlichen Leben, viele neue Konzepte, Autoren und Leser für das Gute des Sozialismus in Deutschland, Europa, Polen.



„Du entehrst doch unsere demokratische Macht!“ Aus: „Sowjetskaja Rossija“

Was die Allianz entzweit

Keine Friedensliebe

Auf der großen Antikriegsdemonstration der 500 000 in Berlin, an der sich u. a. auch zwei Bundesminister und der Bundestagspräsident beteiligten, wurde Kanzler Schröder und Außenminister Fischer auf einigen Schrifttafeln für ihre „Friedensliebe“ gedankt. Nun ist taktisch oder strategisch motiviertes Abrücken von der Bush-Position des „Präventivkrieges“ natürlich zu begrüßen, auch wenn die Akteure nur halbherzig handeln oder nach Schlupflöchern suchen. Man muß die Risse, die durch NATO und EU gehen, nüchtern in Betracht ziehen. Doch

ausgerechnet Schröder und Fischer „Friedensliebe“ zu bescheinigen – das geht wohl doch zu weit. Ist die Bombardierung Jugoslawiens durch die Bundesluftwaffe schon vergessen? Oder die Okkupation Kabuls unter jetzt deutscher Führung? Und die Fregatten der Bundesmarine am Horn von Afrika? Wie verhält es sich mit dem deutschen Drittel der AWACS-Besatzungen in der Türkei und der Bewachung der USA-Objekte durch die Bundeswehr?

Man kommt weit eher auf den Punkt, wenn man, wie unlängst in einer „seriösen“ Speziialsendung des Fernsehens zu

Nahost ganz beiläufig mitgeteilt wurde, erfährt, daß Bagdad mit Konzernen der BRD und Frankreichs schon vor Jahren lukrative Verträge über die gemeinsame Ausbeutung der enormen südirakischen Ölvorkommen abgeschlossen hat. Das – nicht aber ethisch-moralische Erwägungen, die Schröder und Chirac vorschützen – dürfte die von der USA-Interessenlage abweichende Position des deutschen und französischen Kapitals erklären. Im Falle des Bush-Krieges würden dessen Felle nämlich wegschwimmen ...

C. A.

Schäuble und Merkel führen die Kriegspartei an

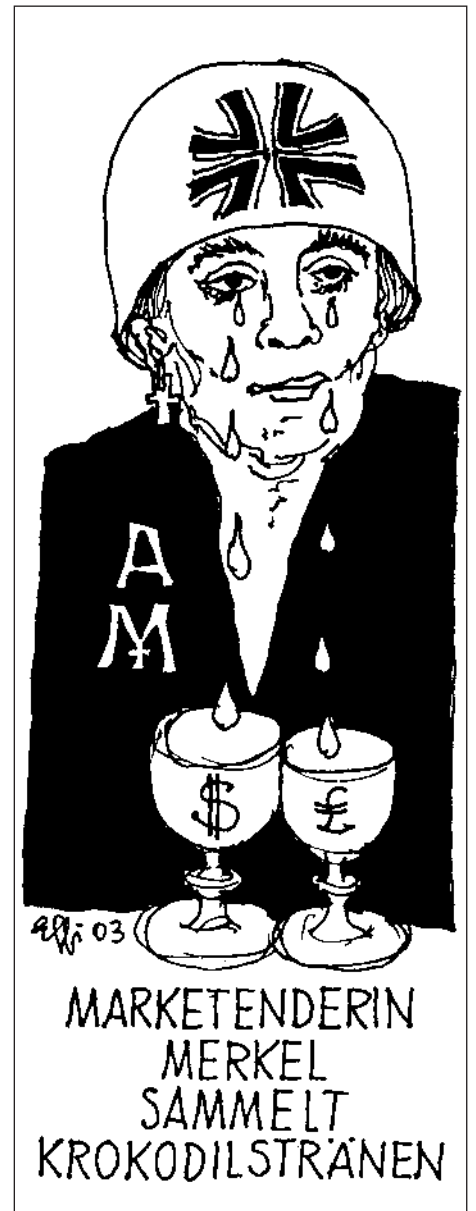
Helm auf, Angela!

Angesichts der Tatsache, daß die Bush-Kamarilla dem Weltfrieden das Messer an die Kehle gesetzt hat, vollzieht sich eine bisher ungekannte Differenzierung im Lager bürgerlicher Berufspolitiker, die quer durch die Parteien geht. Dabei schälen sich Kriegseinpeitscher, Lavierer und Kriegsgegner heraus. Während Herr Klose (SPD) Blair nacheifert und zu den „Falken“ gehört, zeigt sich Herr Gauweiler (CSU) mit gedämpftem Flügelschlag im Verband der „Tauben“. Vieles erscheint irregulär, und täglich gibt es Veränderungen. Manche Scharfmacher von gestern, die morgen gerne wiedergewählt werden möchten, kommen heute als Friedensengel daher. Egal, was dahintersteckt – auch zeitweilige und unzuverlässige Bundesgenossen, Viertel- und Achtel-Weggefährten für eine kurze Strecke weist die politisch und so-

zial heterogene Friedensbewegung nicht zurück. Daß deren Kern von Antiimperialisten gebildet werden muß, steht dabei außer Zweifel.

Doch es gibt auch einen Hauptstab der Kriegshetzer, der Konfrontationsbesessenen, der USA-Lakaien: Während der Papst besorgt ist und Bischöfe die Glocken für den Frieden läuten lassen, blasen heuchlerische Pseudochristen der CDU wie Schäuble und Merkel indirekt zum großen Morden zwischen Euphrat und Tigris. Sie bilden gewissermaßen die Sturmspitze der Fünften Kolonne des Pentagons in Deutschland. Ihre Straffälligkeit nach dem auch jede psychologische Kriegsvorbereitung zum Verbrechen erklärenden § 80 StGB ist eklatant.

Angela, Helm auf zum Gebet! E. R. J.



Grafik: Karlheinz Effenberger

Wie die Geschichte gewisse Begriffserfinder überholte

Schall und Rauch

Im gültigen Programm der SPD – es wurde noch zu Lebzeiten der UdSSR und des Warschauer Vertrages beschlossen – ist von der „Friedensfähigkeit beider Seiten“ die Rede. In abgewandelter Form tauchte dieser Begriff 1987 im Dialogpapier SED/SPD als „Friedensfähigkeit des Imperialismus“ wieder auf. Die vom Gegner eingeschleppte ideologische Konterbande zog eine verhängnisvolle Fehleinschätzung nach sich! Die unterstellte Friedensfähigkeit des imperialistischen Systems ergab sich allein aus dem strategischen Abschreckungspotential des Sozialismus, aus der Tatsache, daß der auf gleicher Augenhöhe mit der NATO verhandelnde Warschauer Vertrag die kriegslüsternen Kreise der USA mit

Waffenparität und weltweitem politischen Einfluß in Schach hielt. Inzwischen hat sich der Scheinbegriff „Friedensfähigkeit des Imperialismus“ für jedermann nachprüfbar als Seifenblase erwiesen. Und was ist mit dem angeblich die Widersprüche abfedernden „kollektiven Imperialismus“, den sich einige Neunmal kluge ausgedacht und in die Welt gesetzt hatten? Die in aller Schärfe aufgebrochenen Interessengegensätze zwischen den imperialistischen Staaten haben diesen Terminus nur kurz nach seiner Erfindung ad absurdum geführt. Geplatze Vokabeln, über die das Schrittmäß der Geschichte hinweggegangen ist.

S. R.

Peter Hacks zum 75.

Am 21. März feiert unser Freund, Genosse und Mitstreiter, der Dichter und Denker Peter Hacks seinen 75. Geburtstag. Aus diesem Anlaß erscheint im Eulenspiegel-Verlag eine von André Thiele herausgegebene Festschrift „In den Trümmern ohne Gnade“ (ca. 256 S., ca. 14,90 €) mit Beiträgen so illustrierer Autoren wie Frank Flegel, Georg Fülberth, Kurt Gossweiler, Hans-Heinz Holz, Hermann Kant, Thomas Metscher, Dieter Noll, Eberhard Panitz, Arnold Schölzel und Sahra Wagenknecht – um nur einige zu nennen. Als Vorabdruck aus dieser spannenden Anthologie und als Geburtstagsgruß an den Jubilar veröffentlichen wir einige Sätze aus dem Beitrag von Eberhard Esche (mit dessen ausdrücklicher Erlaubnis) und den Beitrag des „RotFuchs“-Chefredakteurs.

Hacks gehört zu der Partei der Unbestechlichen. Bekanntlich ist das eine sehr kleine Partei. Alle großen Parteien und alle, die groß werden wollen, nennen sie ein Gespenst. Das ist der rote Faden durch die Geschichte der Menschheit, der Krieg zwischen den Bestechlichen und den Unbestechlichen. Die Unbestechlichen sind sehr mutige Leute. Nie tritt aus ihrem Verbund jemand aus. Selten tritt ihm jemand bei. Gruppenweise Beitritte sind mir nicht bekannt geworden. Aber, die kleine Partei ist eine Weltpartei. Denn sie lebt in den Hoffnungen der Menschheit. **Eberhard Esche**

Über Klassiker und über die Klasse

Als sich viele selbst zerstörten oder in ihr Gegenteil verkehrten, als andere lieber auf Knien lebten, als stehend zu sterben, um ein Wort der Pasionaria zu variieren, schrieb Peter Hacks im „RotFuchs“ den klassischen Bekennersatz: „Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR?!“

Was die Deutsche Demokratische Republik an dem Dichter und Kommunisten Hacks hatte, ist uns allen erst nach ihrem Ableben zu vollem Bewußtsein gelangt.

Schon 1989/90, als die meisten auch der Guten noch im vom Klassenfeind geworfenen Nebel orientierungslos hin und her irrten oder am Leipziger Allerlei der „Wende“-Köche Gefallen fanden, hat er die harte und frugale Kost auf den Tisch gebracht und ohne Zögern vom Sieg einer Konterrevolution gesprochen, die Deutschland einmal mehr und schlimmer denn je heimgesucht habe. Wobei die Heimsuchung in manchen Ursprüngen auch eine daheim gemachte war, sieht man vom großen Verrat der Antikommunisten im Kreml ab, der der DDR keine Chance mehr ließ, selbst wenn sie ohne eigene Fehler gewesen wäre.

Während andere mit großen Namen ins feindliche Lager drifteten, mit der Bourgeoisie kokettierten und plötzlich zu einem Nichts zusammenschumpften, hat Hacks keinen Millimeter von sich preisgegeben. Der aus dem Westen Gekommene und zur DDR Konvertierte

mag diese Kraft dadurch in sich angehäuft haben, daß er schon früher das Format eines Menschen an der Geradheit und Festigkeit seines Kreuzes zu messen pflegte. Wer als fest mit der Sache Verbundener bereits im Sozialismus das Gegen-den-Strom-Schwimmen gelernt hatte, dem konnte der Kapitalismus nichts mehr anhaben. Nur Schlepenträger und raketenhafte Aufsteiger gaben den Stoff für Wendehälse ab. Der kritische Kämpfer aber war von anderem Holze. Er zog dem Sich-Wegducken die offene Feldschlacht auch weiterhin vor. Sein Wort erwies sich als unkäuflich und unverbiegbar. Er säte unbeirrt das Korn der Revolution, nachdem er es von der Spreu der verbalen Revolte getrennt hatte, die zwar Elektrizität liefert, aber keinen elektrischen Strom. Und allemal schied er das Gute von der zersetzenden Fäulnis, die aus scheinbarer Reform und offener Revision des Bewährten und Bewiesenen hervorkriecht.

Als Klassiker seiner Zeit steht Peter Hacks für die Illuminaten des 20. und 21. Jahrhunderts – jene geistige und sittliche Garde, die ihren Rang nicht aus elitärem Gestus ableitet, sondern aus ihrem scharfen Blick für den Lauf der Dinge und deren Zukunft.

Mich verbindet vieles mit jenem Teil des Werkes von Hacks, den ich kenne. Besonders plastisch steht mir die Lektüre des Textes zu seinem wohl berühmtesten Stück vor Augen. Als ich im Frühjahr 1998 mit einem Beinbruch in jenem Pankower Krankenhaus lag, dessen Chefchirurg der legendäre Arzt und Sozialist Kurt Franke gewesen war, bis ihn die kapitalistischen Rückeroberer und ihre östlichen Quislinge von seinem Posten vertrieben, las ich erneut die „Frau von Stein“. Hacks half mir so beim Gesundwerden. Und er war gewissermaßen auch der Konstrukteur jener gedanklichen Brücke, die da plötzlich in meinem Kopf entstand. Der Autor vermochte sich mit der Klassik auf gleicher Augenhöhe zu messen. Und er war – wie man aus vielen seiner Äußerungen entnehmen konnte – ein Treugebliebener, einer von uns. Vielleicht nicht im strengen und engen Sinne einer politischen Abteilung. Aber er steht in den Schuhen von Marx und Lenin. Klassik und Klasse

verschmelzen in seiner Person. Er – der Klassiker unserer Tage – bezieht seine Kraft zum Weiterkämpfen von den Klassikern des Proletariats. So schließt sich der Kreis. Diese Dialektik erklärt meine doppelte Verehrung für Hacks. Für den herausragenden Literaten und den Klassenkämpfer, den Kampfgenossen.

Und noch eine ganz persönliche Bemerkung. Anfang 1998 hatten wir – ein Kreis von Kommunisten und Sozialisten – mit der Herausgabe einer zunächst sehr schmalen, im Laufe der Jahre aber erwachsen werdenden Zeitung begonnen. Hacks gehörte zu unseren ersten Lesern, Mäzenen und Kritikern. Dem Berliner „RotFuchs“-Kessel sandte seine Ameise Naknak ihren Gruß. Es bestärkte uns ungemein, ihn, Dieter Noll, Karin Gregorek, Eberhard Esche, Gisela Steineckert, Armin Stolper, Gerhard Bengsch und andere mit Kreuz und Können an unserer Seite zu wissen. Und als dann der mutige und kluge Briefwechsel von Peter Hacks und André Müller herauskam, steigerte das unser Glücksgefühl, Waffengefährten (wenn auch weit bescheidenerer Art) unseres zeitgenössischen Illuminaten zu sein. Deshalb gehen meine, unsere Grüße an einen Jubilar, der die Jahrzehnte seines bisherigen Lebens im Bewußtsein des vollen Maßes seiner Kraft und seines Talents zur Gänze ausgeschritten hat. Wir brauchen ihn in den nächsten Runden des Ringens mit einem Gegner, der vor nichts zurückschrecken wird. Deshalb ausnahmsweise anstelle eines Glückwunsches ein Wunsch: Hacks'sches Rückgrat für alle!

Klaus Steiniger



Karikatur: Herbert Sandberg

Vor 120 Jahren starb der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus

Was bleibt von Marx?

Am 14. März 1883 starb Karl Marx fast 65jährig im Londoner Exil. Durch die von ihm gemeinsam mit Friedrich Engels geschaffene neue Weltanschauung, durch die von ihnen inspirierte und organisierte internationale Arbeiterbewegung hat er revolutionierend auf das gesamte geistige und praktische Leben der Menschheit, auf den Entwicklungsgang der Zivilisation des 19. und 20. Jahrhunderts eingewirkt wie kaum eine andere historische Persönlichkeit.

Auch seit den konterrevolutionären Umwälzungen von 1989–1991 sind die Untersuchungen, Erkenntnisse und Schlußfolgerungen von Marx und Engels sozusagen das unverzichtbare inhaltliche Minimum für Debatten, Analysen, Verständigung und Orientierungssuche fortschrittlicher Kräfte, deren Zahl seit etwa einem Jahrzehnt wieder sichtlich im Anwachsen begriffen ist. Das hängt mit der Tatsache zusammen, daß die kapitalistische Gesellschaftsformation, die sich heute in ihrem späten Zustand befindet, zwischen 1844 und 1894 von Marx und Engels studiert wurde, als sie sich international noch nicht auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung befand und eine Reihe wesentlicher, innerer Zusammenhänge noch im Stadium ihrer Einfachheit und Keimhaftigkeit waren.

Vor allem die dialektisch-materialistische Theorie von der menschlichen Gesellschaft und ihrer Entwicklung (materialistische Geschichtsauffassung) und die Theorie der Erzeugung, Realisierung und Verteilung des Mehrwerts („Das Kapital“) stellen nach wie vor feste Ankerpunkte für produktive gesellschaftswissenschaftliche Fragestellungen dar. In diesem Sinne sind sie durchaus vergleichbar mit der Algebra für die Mathematik, der Atomtheorie für die Chemie oder der Anatomie für die Medizin.

Das zeigte sich auf den drei internationalen Konferenzen, die seit 1997 mit Hunderten Teilnehmern in Paris durchgeführt wurden. So fand der „Congrès Marx International III“ im September 2001 an der „Université de Paris-X Nanterre

– Sorbonne“ zum Thema „Das Kapital und das Menschengeschlecht“ statt. Initiator war wieder die Gruppe „Actuel Marx“; unterstützt wurde das Treffen von den Sektionen Philosophie, Ökonomie, Rechtswissenschaften, Geschichte, Soziologie, Kultur, Politikwissenschaften, Anthropologie, Psychologie und Sprachen/Literatur der Hochschule.

Auch hier in China beschäftigen sich Hunderte Wissenschaftler mit dem literarischen Erbe von Marx und Engels. Neben zahlreichen Übersetzungen einzelner Werke oder thematischen Sammelbänden existiert die erste chinesische Ausgabe der Werke von Marx und Engels in 50 Bänden, übersetzt aus der 2. russischen Edition. China ist bisher das einzige Land, in dem auf der Grundlage der seit 1975 erscheinenden neuen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) eine chinesische Ausgabe erarbeitet wird, deren wenigstens 70 Bände direkt aus den Originalsprachen von Marx und Engels ins Chinesische übertragen werden. 13 Bände dieser neuen Ausgabe sind bereits erschienen. Keine andere kommunistische Partei stand bisher vor der Aufgabe, auf einem so differenzierten Subkontinent mit einem knappen Viertel der Erdbevölkerung und bei solchen historischen Ausgangsbedingungen den Übergang zum sozialistischen Zivilisationsstyp anzustreben.

Beim Beschreiten dieses gesellschaftlichen Neulands, der Errichtung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft bis zum 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China (2049), ist der Marxismus die entscheidende Orientierung.

Vom 10. bis 13. Mai 2003 wird es an der Universität des bedeutenden Industriezentrums Wuhan eine allchinesische und internationale wissenschaftliche Konferenz „Der Marxismus und die aktuelle Welt“ geben. Unter diesem allgemeinen Thema wollen wir in Schwerpunkten die Erkenntnisse von Marx und Engels in Beziehung zum heutigen Kapitalismus, zum zeitgenössischen Sozialismus, zu allgemeinen Problemen der Menschheitsentwicklung, zum wissenschaftlich-tech-

nischen Fortschritt, zu ihrer Nutzung in China und im Ausland diskutieren.

Wichtig für die Nutzung des theoretischen Erbes der beiden Begründer der wissenschaftlichen Weltanschauung ist die möglichst vollständige Erschließung und Veröffentlichung ihres literarischen Nachlasses. Es gab und gibt nämlich keinen Menschen, der sagen könnte, selbst wenn er jede Zeile, die bisher erschienen ist, gelesen hätte, er kenne das gesamte theoretische Schaffen von Marx und Engels. Das geht schon deshalb nicht, weil von den nun geplanten 114 Bänden der neuen, der zweiten Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), bisher „erst“ 47 (in 54 Teilen) erschienen sind. Vor allem müssen noch zahlreiche, bisher nicht veröffentlichte Exzerpte sowie Briefe an Marx und Engels bearbeitet und herausgegeben werden. Niemand kann bis jetzt von sich behaupten, er kenne Marx' Hauptwerk „Das Kapital“ und alle Vorarbeiten. Das ist so, weil sie noch nicht vollständig publiziert worden sind.

Seit etwa drei Jahren gelingt es, unter dem „Dach“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften im Akademie Verlag und mit Unterstützung einer internationalen Schar von (auch ehrenamtlich arbeitenden) Marx-Engels-Forschern, pro Jahr zwei Bände herauszubringen; Es besteht die feste Absicht, die „Kapital“-Abteilung als erste der neuen Gesamtausgabe bis spätestens Anfang 2006 fertigzustellen.

Tatsache ist, daß die Nachfrage nach Schriften von Marx und Engels wieder wächst. Kaum ein anderes an der Akademie angesiedeltes Langzeitvorhaben hat ein so häufiges Erscheinen (und damit Auftreten auf der Frankfurter Buchmesse), solche Verkaufszahlen und eine derart weltweite Presseresonanz aufzuweisen!

Aber das alles ist eigentlich nur der Beginn der schwierigen Aufgabe, diese in den originalen Sprachen (deutsch, englisch, französisch, italienisch, spanisch, niederländisch, lateinisch, griechisch, russisch u. a.) edierten Texte zu studieren, zu übersetzen, zu verbreiten und zu nutzen.

Das vorurteilsfreie, erstmalige oder z. T. erneute Studium der großen Hinterlassenschaft von Marx und Engels muß angemessen betrieben werden. Unter früheren Bedingungen gezogene Schlußfolgerungen dürfen nicht automatisch als ein für allemal gültige Antworten auf neue Fragen der Entwicklung angesehen werden, sondern als wichtige und prinzipielle Orientierungspunkte für schöpferische Problemstellungen und neue Untersuchungen. Das ist eine große Herausforderung für die heute heranwachsenden Generationen, für alle fortschrittlichen Kräfte und Bewegungen! Wir Älteren können dabei „nur“ Helfende sein.

Prof. Dr. Eike Kopf, Beijing

Eine treue Kommunistin ohne Parteibuch ist am 13. Februar 2003 im Alter von 70 Jahren gestorben. Wir trauern um die durch ihre Reportagen bekannt gewordene DDR-Journalistin

Helga Schwarz-Stötzer

Sie war nicht nur eine treue Leserin des „RotFuchs“, sondern bis zuletzt unsere kritische Begleiterin und solidarische Beraterin. Helga war trotz ihrer schweren Krankheit voller Lebensmut und stand unerschütterlich zur Sache des Sozialismus.

Der Nordhorner DKP-Politiker und langjährige „RotFuchs“-Leser

Heinz Deymann

ist tot. Der bekannte Textilarbeiterführer und Kommunalpolitiker – Ehrenratherr seiner Heimatstadt – war der Architekt der Städtepartnerschaft zwischen Nordhorn und Reichenbach. An der Spitze der Kommunisten seines Reviers leistete er Herausragendes. Der „RotFuchs“ entbietet diesem beispielhaften Genossen einen letzten Gruß und übermittelt seiner Lebens- und Kampfgefährten Lisel sein aufrichtiges Mitgefühl.

Für wen hat die PDS welchen Gebrauchswert?

Peter Porschs Profilschwäche

Anfang 2003 gab der PDS-Vize-Chef und sächsische Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Peter Porsch ein Interview (Dresdner Blätt'1 1/2003). Auf die Frage, wie er die Situation der Landes-PDS verglichen mit der des Bundes beurteile, antwortete Porsch: „Die PDS wurde bei der Bundestagswahl Opfer ihrer Profilschwäche, während unsere Politik auf Landesebene offenbar einen soliden Gebrauchswert besitzt.“ Bei dieser Lageeinschätzung ist es nicht verwunderlich, wenn es am Ende des Interviews heißt: „Daß damit dann der Spitzenkandidat der PDS auch Ministerpräsidenten-Kandidat ist, versteht sich eigentlich von selbst.“ Lassen wir die (zweck?)optimistische Beurteilung beiseite und wenden wir uns nur dem Begriff vom „Gebrauchswert“ der PDS zu. Er wurde auf dem Geraer Parteitag arg strapaziert und wird seitdem angewandt.

Peter Porsch befand im ND vom 18. Oktober 2002: „Es war in Gera viel die Rede von der Verbesserung des ‚Gebrauchswertes‘ der PDS. Dies war die Botschaft zur Richtung unserer künftigen Arbeit, und sie ist eine zutiefst radikalreformersische Grundaussage, wenn ich mal in den Korb der handelsüblichen Phrasen zur Beschreibung der PDS greifen darf.“ Gesine Löttsch, eine der zwei PDS-Abgeordneten, hatte schon vor dem Parteitag im selben Blatt postuliert: „Klar ist, eine Partei, die keinen Gebrauchswert hat, wird gnadenlos abgestraft ... Die Frage nach dem Gebrauchswert stellt sich auch in den beiden Ländern“, (in denen die PDS mitregiert). Der Begriff scheint sich also „als Botschaft zur Richtung unserer künftigen Arbeit“ in der PDS einzubürgern. Dafür spricht auch, daß Peter Richter im ND vom 26./27. Oktober 2002 über den „Wert und Gebrauchswert politischer Parteien“ philosophierte und prophezeite: „Das Schlimmste verhüten! – Darin besteht für viele der Gebrauchswert der PDS.“

Stellen wir also zunächst fest: Der Begriff Gebrauchswert, der in der Ökonomie wie auch die Begriffe Wert und Tauschwert eine Funktion hat, wird für einige jetzt zur „radikalreformersischen Grundaussage“. Ob die PDS außer dem „Gebrauchswert“ auch den Begriff „Tauschwert“ beansprucht, darf unerörtert bleiben, solange PDS-Politiker ihren „Tauschwert“ noch nicht öffentlich taxieren.

Fragen wir zunächst, ob der Begriff „Gebrauchswert“ bisher für Parteien üblich war.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat in dem voluminösen Band „Parteien in der Bundesrepublik Deutschland“ Stellung, Funktion und Geschichte der Parteien im parlamentarischen System der bürgerlichen Demokratie untersucht. Den Begriff „Gebrauchswert“ finden wir nicht, wohl aber, daß Parteien unterschiedliche Ziele und Interessen vertreten und dabei eine bestimmte Klientel bedienen. Partei-

en stehen für Programme, Ideen (Ideale) und Projekte; sozialistische spielen in der deutschen Parteiengeschichte keine geringe Rolle. Wer weiß das nicht?

Kehren wir nach diesem Einschub wieder zu unserer Frage nach dem „Gebrauchswert“ der PDS zurück. Wer diesen Begriff verwendet, müßte klipp und klar sagen: Für wen hat die PDS welchen „Gebrauchswert“?

Ein „Produkt“ Partei kann unterschiedlich betrachtet werden. Teile der deutschen Bourgeoisie billigten der Hitlerpartei einen hohen „Gebrauchswert“ zu, (ohne darüber zu plaudern). Die Opfer der Hitlerpolitik auch?

Unternehmer heute werden fragen: Welche Partei (und Regierung) sichert unter den gegebenen Bedingungen (die veränderlich sind) die höchsten Profite?

Der „Gebrauchswert“ kann sich erschöpfen wie der jedes Produkts, des Brotes beim Essen, der Blume beim Welken. Der „Gebrauchswert“ einer Partei kann auch von deren Mitgliedern durchaus unterschiedlich gesehen werden. Für die einen bedeutet er Mandat, Macht und Moneten, für die anderen Beitragszahlung und Hoffnung auf Interessensvertretung. Das wußten manche schon lange bevor der Begriff „Gebrauchswert“ in die Diskussion gedrückt wurde. Im „Spiegel“ (16/2000) kam der „PDS-Reformer Dietmar Keller“ – so das Nachrichtenmagazin selbst – unter dem Titel „Die Machtfrage stellen“ zu Wort. Das Interview endet: „Vielleicht wird in den Geschichtsbüchern nur eines über die Reformer der PDS stehen: Daß wir dazu beigetragen haben, weite Teile der Funktionselite gewaltfrei in die Demokratie der Bundesrepublik geführt zu haben. Das war zwar nicht unser wichtigstes Ziel. Aber schon dafür hätte sich das Experiment PDS gelohnt.“ Den „SED-Altakademern“ und „dogmatischen Linken“ billigte Keller zu, Beitrag zu zahlen und „die Klappe zu halten“. (Er trat übrigens nach dem Geraer Parteitag aus der PDS aus.) Für wen hat sich dieses „Experiment“ gelohnt? Wer darf sich vor Freude (aber möglichst nicht öffentlich) auf die Schenkel klatschen?

Einer derjenigen, die den Keller und Co. Lob zollten, ist Prof. Dr. Werner Patzelt, Politologe an der TU Dresden. Die Dresdner PDS leistete sich das Vergnügen, ihn zum 10. Jahrestag der PDS-Gründung in der Stadt als Festredner einzuladen. Er war voller Anerkennung: „Die PDS schaffte es, jene in die BRD zu integrieren, die eigentlich nie in die BRD und in ihre politischen und wirtschaftlichen Wertstrukturen hineingehören wollten. Diese Integration von Hunderttausenden von – einst oder jetzt noch – offenen Gegnern des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland ist eine wichtige und große historische Leistung.“ Die Sächsische Zeitung vom 28. Februar 2000 berichtete unter „PDS feiert

zehnten Geburtstag“: „TU-Politikwissenschaftler Professor Werner Patzelt (CDU), der als Festredner geladen war, bescheinigte der Dresdner PDS eine Reformerrolle in der Bundespartei. Ihre Leistung sei es, daß es die Menschen, die mit dem Westen nichts am Hut hätten, auffange und damit manche Spannung nehme. Das freilich bezahle sie mit Glaubwürdigkeitsproblemen nach außen und Heterogenität nach innen. Patzelt gab der PDS den Rat, sich nicht in Populismus zu üben, sondern eine so realistische Opposition zu vertreten, daß man sie problemlos in Regierungsverantwortung fortführen könne.“

Ist der „Gebrauchswert“ der PDS deutlich genug formuliert? Aus der Sicht bourgeois Ideologen wird die Frage nach diesem etwa so beantwortet: Er besteht darin, die Herausbildung eines oppositionellen oder gar revolutionären Subjekts zu verhindern und das objektiv existierende Protestpotential in den Kapitalismus zu überführen.

Selbstverständlich ist damit die Frage nach dem „Gebrauchswert“ der PDS nicht erschöpfend beantwortet. Das Problem hat viele Facetten. Beispielsweise gibt es den „Gebrauchswert“ bei der Verteidigung antifaschistischer Traditionen, bei der Bewahrung und Würdigung positiver Leistungen der DDR, beim Kampf für Frieden und Abrüstung.

André Brie äußerte sich wiederholt „über Ursachen rechtsradikaler Gewalt im Osten und die Verantwortung der PDS“. Seine Behauptung lautete: „Ohne uns gäbe es eine machtvolle rechte Partei.“ Seine Begründung: „Wir integrieren Wähler mit rechten Wertvorstellungen.“ Muß das noch kommentiert werden?

Im Berliner Koalitionsvertrag von SPD und PDS gibt es Aussagen zur DDR-Geschichte. Mit wem stehen diejenigen eigentlich im Bunde, die sich in die Schar der Sozialistenfresser einreihen, deren Beruf es ist, die DDR zu „deligitimieren“ und den Sozialismus zu verteufeln?

Genug der Beispiele. Sie belegen, wo Maßstäbe für den „Gebrauchswert“ der PDS, je nach Interessenlage, zu suchen sind. Wer den Begriff besetzt, bestimmt die Politik, wissen bürgerliche Ideologen seit langem. Begriffe sind häufig Wegweiser einer politischen Tendenz. Statt darüber zu streiten, könnte die PDS etwas garantiert für sie Nützliches tun. Sie sollte prüfen, wessen Interessen sie auf der Grundlage ihres programmatischen Anspruchs vertreten will. Nicht eine konfuse Beliebigkeit eitler Ich-Menschen, sondern die Aktivität vieler Bürger mit klarem Ziel und prinzipienfester Haltung könnten ihr zu neuem politischen Leben verhelfen.

Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden

„Die meisten Menschen kennen ihr Unglück. Und gehen mitten hinein.“

Der Wahlkampfleiter

Lapidar heißt es in der Sofortinformation von der Sitzung des PDS-Parteivorstandes am 13. Januar 2003: „André Brie ist mit sofortiger Wirkung als Wahlkampfleiter für den Wahlkampf der PDS zur Europawahl 2004 berufen worden.“ Fragen und eine Debatte dazu mag es gegeben haben. Zu erfahren ist allerdings nichts. Denn es geschah in einer „geschlossenen Sitzung“. Die Genossinnen und Genossen werden aber doch in unserer ach so vergeßlichen Zeit fragen dürfen:

Wie war das eigentlich mit André Brie vor dem Geraer Parteitag? War er da nicht am 27. Oktober 2002 mit dabei, als das „Küchenkabinett“ um Gregor Gysi (Helmut Holter, Roland Claus, Michael Brie und Heinz Vietze) auf seine Weise diesen Parteitag vorbereitete? Stimmen Presseinformationen, daß er dabei unter Hinweis auf ihre „geringe Durchsetzungskraft“ eine erneute Kandidatur von Gabi Zimmer in Frage gestellt hat? Hat er nicht die Ergebnisse des Geraer Parteitages scharf attackiert? Wollte er nicht danach sogar aus der PDS austreten („Ihr wißt, daß ich daran denke, die PDS zu verlassen.“)? Warum wird André Brie dann mit einem der politisch wichtigsten Ämter in der PDS betraut?

Gehört nicht André Brie zu denjenigen, die maßgeblichen Anteil am Wahldesaster vom 22. September 2002 haben? Sicherlich hat er die Wahlkampfleitung von Dietmar Bartsch kritisiert. Aber gerade er steht doch für den Kurs auf „Regierungsfähigkeit“, für den Anbieterkurs an die in der Bundesrepublik Herrschenden. Gerade er betätigte sich immer wieder als deren „Vordenker“. Von ihm stammen die unseligen Worte: „Die DDR war nicht verbrecherischer als der Nationalsozialismus“ und „Sowjetkommunismus und DDR“ waren z. T. „totalitärer“ als der Faschismus. Er war es, der verkündete, den „Poststalinisten“ müsse man die PDS „unerträglich“ machen. Haben nicht gerade seine Entschuldigungskniefälle entscheidend dazu beigetragen, daß die PDS am 22. September für Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland nicht mehr wählbar war?

Wäre es nicht an der Zeit gewesen, André Brie einmal zu sagen, daß wir die ihm eigene Mischung aus Weinerlichkeit und Selbstgerechtigkeit, aus Einforderung politischer Streitkultur und wüster Beschimpfung anderer gründlich satt haben? Es ist daran zu erinnern, daß es kaum jemanden gab, der leidenschaftlicher und

kämpferischer gegen ehemalige inoffizielle Mitarbeiter des MfS auftrat. Er war dann allerdings sehr still, als seine eigene Tätigkeit als IM bekannt wurde.

Was ist das doch für ein seltsamer Brief, den André Brie am 18. November 2002 an seine „Freundinnen und Freunde“ geschrieben hat? Zum einen mahnt er geradezu beschwörend, „die Auseinandersetzung um Kultur und Demokratie in der PDS aktiv zu führen“. Zum anderen stellt er immer wieder die Unkultur seiner eigenen Sprache unter Beweis: „Es (die sogenannte Wachbuchaffäre, die sich als Luftnummer erwiesen hat – E. L.) ist die eindeutig schmutzigste und für den Zustand der Partei gefährlichste Intrige.“ – „Zum Schluß schafft es der falsche Hund Dehm noch, Frau Zimmer zu beerben.“ Hat es da am 16. Januar in der geschlossenen Sitzung zumindest eine Entschuldigung gegeben?

Das Motto des Briefes vom 18. November kommentiert eigentlich auch recht treffend die Entscheidung, André Brie als Wahlkampfleiter für die Europawahlen 2004 einzusetzen: „Die meisten Menschen kennen ihr Unglück. Und gehen mitten hinein.“ (J. W. Goethe)

Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Leipzig

Schakal der leeren Kassen oder scheues Reh?

Drei Legenden

Der Artikel von Wolfgang Clausner im Januar-„RotFuchs“ (Die „originäre“ Nachahmung) sollte in der Programmdebatte der PDS – und nicht nur hier – einen kräftigen Widerhall finden. In der Tat: War die Geraer Kurskorrektur bereits halbherzig, wenn auch vorwärtsweisend – die Gegenattacken der selbsternannten „Reformlinken“ erfolgten sofort und in den verschiedensten Schattierungen. Im Rahmen dieser Angriffe werden immer wieder drei Legenden gestrickt.

Da ist erstens die Gestaltungslegende von Reformern in „Regierungsverantwortung“. Sprechen die eklatante Wahlniederlage in Mecklenburg-Vorpommern und die gesunkene Akzeptanz der PDS-Senatspolitik in Berlin wirklich dafür, daß die PDS als Koalitionspartner dem Sozialabbau ernsthaft Paroli bieten kann? Einige PDS-Abgeordnete bekennen inzwischen freimütig, daß Bundesgesetze und -verordnungen von vornherein und ganz überwiegend in den meisten Politikfeldern eigener Gestaltung enge relative und absolute Grenzen setzen. Mehr noch: Mögen alle Fälle genannt werden, in denen antisoziale Verwertungsbedingungen des Kapitals drastisch eingeschränkt und das Gemeinwohl gefördert wurden; eine

beeindruckende Vielzahl von Beispielen kommt dabei wohl kaum zustande.

Natürlich haben in Städten und Gemeinden gerade auch PDS-Kommunalpolitiker initiativ- und ideenreich Bürgerinteressen wahrgenommen und so ihre Akzeptanz erhöhen können. Verbesserungen im Alltagsgeschehen sind keineswegs geringzuschätzen. Aber stabile gesellschaftliche Voraussetzungen für soziale Sicherheit sind dadurch nicht entstanden. Auch die Verquickung von Parlamentarismus und Lobbyismus deformiert fortwährend wirksame, dem Gemeinwohl dienende Gestaltung. Kommunen sind nun einmal die Letzten in der Kette der Haushalts- und Subventionshierarchie. Werden soziale Aufgaben zudem gar nicht oder nur schleppend erfüllt, ist oftmals der Finanzierungsvorbehalt in Koalitionsvereinbarungen ein pauschaler Rettungsanker.

Zweitens gehört die Bedrohung durch den „Schakal der leeren Kassen“ seit geraumer Zeit zur großbürgerlichen Propaganda. Die manipulierten Nachrichtensendungen widerlegen täglich auch diese Legende. Da schippern deutsche Kriegsschiffe um das Horn von Afrika, leistet sich Eichel zugunsten der Konzerne „handwerkliche“ Fehler bei der sogenannten Steuerreform, wird Steuerhinterziehung großen Stils

weitgehend Absolution erteilt und die immense staatliche Vergeudung von Steuermitteln durch den Bundesrechnungshof aufgelistet, ohne daß sich daraus Konsequenzen ergeben.

Leere Kassen von öffentlichen Haushalten und bei Bürgern sowie jährlich wachsende Schuldenberge sind jedoch kein ökonomisches Gesetz. Immer gibt es Verursacher – wie beim Berliner Bankenskandal. Sie zur Rechenschaft zu ziehen, läßt lange auf sich warten oder verläuft im Sande.

Drittens zählt zum Vokabular des Friedensschlusses mit dieser Gesellschaft und der „Ankommensstrategie“ von Reformern zunehmend die Legende vom Kapital als „scheuem Reh“, dem positive „Rahmenbedingungen“ geschaffen werden müßten. Bereits vor Marx wurde diese Behauptung eindeutig widerlegt. Winkt nur minimaler Gewinn, ist das Kapital in der Tat durchaus zurückhaltend, gute Profitaussichten aktivieren es bereits ungeheuer, winken gar Maximalprofite scheut es, wie Marx begründete, vor keinem Verbrechen zurück und sprengt jeden zivilisatorischen Rahmen.

Aufmerksam und sachlich wird zu analysieren sein, ob im angekündigten Programmwurf der PDS eine wahrheitsgemäße Analyse des Imperialismus samt den damit verbundenen Konsequenzen erfolgt oder ob Sozialisten als Ärzte und Krankenpfleger zur Linderung der Gebrechen der herrschenden Ordnung eingesetzt werden sollen. Unsere Zeit bedingt nur eins: Widerstand gegen Krieg und Sozialabbau.

Prof. Dr. Harry Milke, Berlin

Otto Buchwitz – einer der Vorkämpfer der SED

Apostel der Arbeitereinheit

Gegen halb zwölf flieht der Direktor. Im Zuchthaus Brandenburg hat nun der Gefangenenausschuss die Macht. Die noch anwesenden Aufseher werden entwaffnet, die Zellen der politischen Häftlinge geöffnet. Doch niemand weiß genau, wie es „draußen“ aussieht.

Stunden vergehen. Endlich, vom Tor her ein Aufschrei. Ein Panzer rollt auf die Einfahrt zu, am Turm ein roter Stern. Es ist der 27. April 1945, ein Sonntag und der 66. Geburtstag des Häftlings Otto Buchwitz.

1879 kommt Otto Buchwitz im damaligen Breslau zur Welt und ist gerade neun, als sein Vater, Schlosser bei der Eisenbahn und Mitglied der von Bismarck verbotenen Sozialdemokratischen Partei, an der Proletarierkrankheit Schwindsucht stirbt. Der Junge muß nun der Mutter helfen, ein paar Pfennige zu verdienen. Er trägt Brot aus, arbeitet als Viehtreiber auf dem Schlachthof, belädt Kähne der Oderschiffer. Nach Ende der Schulzeit beginnt er eine Lehre als Metalldrücker. Mit dem Gesellenbrief geht er auf Wanderschaft, nach Hof, nach Hamburg. Dort wird er, erst 19, Mitglied der SPD. Die Einberufung zwingt ihn zum Dienst in ein Dresdner Artillerieregiment. Danach bleibt er in der Oberlausitz, arbeitet aktiv in Partei und Gewerkschaft. Der Unternehmerverband Sachsen und Nordböhmen setzt ihn 1905 auf die „Schwarze Liste“.

Otto Buchwitz ist von den Führern seiner Partei sehr enttäuscht, als sie 1914 die Kriegskredite bewilligen, dem Angriffskrieg des deutschen Imperialismus zustimmen, die Partei und das Volk zum „Burgfrieden“ mit den Herrschenden auffordern. Ebenso groß ist seine Enttäuschung über Ebert, Scheidemann, Noske und Co, die 1918/19 die Arbeiterklasse mit Waffengewalt und Terror daran hindern, die Macht in Deutschland zu übernehmen. Doch der Parteifunktionär Buchwitz bleibt in der SPD, hofft, daß die Weimarer Republik zu einem demokratischen Staat wird. Dafür setzt er sich als Abgeordneter des schlesischen Provinziallandtages und als Sekretär des SPD-Bezirks Niederschlesien ein.

1933 errichten die Faschisten ihre Diktatur. Wie auf Tausende Kommunisten und Sozialdemokraten machen sie auch Jagd auf Otto Buchwitz. Sie wollen ihn auf dem Görlitzer Obermarkt in einem Käfig zur Schau stellen. Doch Otto Buchwitz ist in die Illegalität abgetaucht, hält sich an verschiedenen Orten in Deutschland auf, geht nach Dänemark, schließt sich dort einer Widerstandsgruppe an. Am 17. April 1940 läßt ihn der Polizeipräsident von Kopenhagen, ein dänischer Sozialdemokrat, verhaften und an die Gestapo ausliefern. Der „Volksgerichtshof“ verurteilt ihn zu acht Jahren Zuchthaus. In Brandenburg-Görden hilft ihm die Solidarität der politischen Gefangenen, eine schwere Krankheit und Folter zu überstehen. Er nimmt sich fest vor: „Wenn ich dieses Zuchthaus überlebe, wenn es mir altem, krankem Mann vergönnt sein sollte, wieder

frei zu sein und am Aufbau eines neuen Lebens mitzuarbeiten, dann werde ich meine ganze Kraft dafür einsetzen, die Einheit der Arbeiterbewegung herbeizuführen.“

Mühsam auf Stöcke gestützt, trifft Otto Buchwitz am 3. Juli 1945 bei seiner Familie in Dresden ein. Er mißachtet den Rat der Ärzte, sich zu schonen. „Ich war besessen von dem alleinigen Gedanken, ein Apostel für die Einheit der sozialistischen klassenbewußten Arbeiterschaft zu sein“, schreibt er später in seinen Erinnerungen. So wirkt er vom ersten Tag in der Elbestadt für den Neuaufbau seiner Partei und deren Vereinigung mit der KPD. Als Landesvorsitzender der SPD ist er Tag für Tag unterwegs, um die sozialdemokratischen Arbeiter für diesen notwendigen historischen Schritt zu gewinnen. Die Gegner der Einheit, die in den Westzonen schon dabei sind, den verbrecherischen deutschen Kapitalismus wieder an die Macht zu bringen, fordern ihn auf, von diesem Vorhaben abzulassen, drohen ihm, setzen ihn unter Druck. Seine Antwort: „Ich sage ... die Einheit der Arbeiterklasse ist nicht nur notwendig für Gegenwartsaufgaben ... Wir haben auch unsere historische Aufgabe zu erfüllen, die uns unsere Altmeister Marx und Engels aufgezeigt haben ...

Von diesem Ziel abzugehen, ist von mir nicht zu erwarten. Ich gehe meinen Weg unbeirrt zum Ziel der Einheit der Arbeiterklasse.“ Gemeinsam mit Hermann Matern, dem politischen Sekretär der KPD für Sachsen, übernimmt er den Vorsitz des Aktionsausschusses für den Zusammenschluß beider Parteien.

Dann ist es soweit. Als erste vereinigen sich am 7. April 1946 KPD und SPD in Sachsen. Wenig später, am 21. und 22. des gleichen Monats folgt der große Parteitag in Berlin. Natürlich ist Otto Buchwitz einer der Delegierten. Danach wird er zu einem der Vorsitzenden der Landesparteiorganisation Sachsen der SED gewählt, später auch in deren Zentralkomitee und in die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Entscheidenden Anteil hat er am Volkentscheid in Sachsen, bei dem am 30. Juni 1946 überzweieinhalb Millionen Bürger, das sind 77,62 Prozent, für die entschädigungslose Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und die Überführung ihres Eigentums in die Hände des Volkes stimmen.

Am 9. Juli 1964 stirbt der Sozialist Otto Buchwitz in Dresden, hoch geehrt und geachtet.

Günter Freyer

Aus dem gültigen Programm der deutschen Sozialdemokratie

Die SPD beim Wort nehmen

Auf Anregung von Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden, drucken wir Auszüge aus dem Abschnitt III (Frieden in gemeinsamer Sicherheit) des gültigen Parteiprogramms der SPD. Wir haben es dem mit einem Vorwort von Rudolf Scharping versehenen Sammelband „Programme der deutschen Sozialdemokratie“ entnommen, der 1995 im Dietz-Verlag Nachf. Bonn erschienen ist. Scharping steht einer Kommission vor, die ein neues SPD-Programm erarbeiten soll. Peter Struck, sein Nachfolger im Amt des Wehrministers, will Deutschlands Sicherheit „auch am Hindukusch verteidigt“ sehen.

Hier der auf Seite 181 des genannten Buches abgedruckte Text:

(...) Friedenspolitik muß die Vorherrschaft militärischer, bürokratischer und rüstungswirtschaftlicher Interessen brechen und Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter überführen. (...) Wir wollen die Dynamik der Aufrüstung brechen und eine Dynamik der Abrüstung in Gang setzen. Unser Ziel ist es, den Export von Waffen und Rüstungsgütern zu verhindern. (...) Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen. Bis dahin findet die Bundesrepublik Deutschland das ihr erreichbare Maß an Sicherheit im Atlantischen Bündnis, vorausgesetzt, sie kann ihre eigenen Sicherheitsinteressen dort einbringen und durchsetzen ... Der Umbruch in Osteuropa

verringert die militärische und erhöht die politische Bedeutung der Bündnisse und weist ihnen eine neue Funktion zu: Sie müssen, bei Wahrung der Stabilität, ihre Auflösung und den Übergang zu einer europäischen Friedensordnung organisieren. Dies eröffnet auch die Perspektive für das Ende der Stationierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte außerhalb ihrer Territorien in Europa.

Im Bündnis muß der Grundsatz gleicher Souveränität gelten. Das Bündnis muß verteidigungsfähig, defensiv und entspannungsbereit sein. Der politische Wille muß über Militärstrategie, Militärtechnik und wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie herrschen, nicht umgekehrt. Friede ist eine politische, keine waffentechnische Aufgabe.

Gemeinsame Sicherheit zielt auf die Abschaffung aller Massenvernichtungsmittel und eine drastische Verringerung und Umstrukturierung der konventionellen Streitkräfte bis hin zur beiderseitigen strukturellen Angriffsunfähigkeit. (...) Die Bundeswehr hat ihren Platz im Konzept gemeinsamer Sicherheit. Sie hat ausschließlich der Landesverteidigung zu dienen. Ihr Auftrag ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsunfähigkeit. (...)

Das Ziel von Friedenspolitik ist es, Streitkräfte überflüssig zu machen.

Über den psychologisch-mentalenen Zustand von Wegbereitern

Ein Revolutionär ohne Seele?

Herzliches Hoffen, nicht erbitterter Grimm; leichtfüßiger Humor, nicht bierernstes Dozieren; ungestelzte Sprache, nicht verkorkste Scholastik; Einfühlung in anderes Denken, statt Kreisen um sich selbst; Aufmerksamkeit für das Große wie für das Kleine; Lernen von den Rechtgläubigen wie von den Ketzern; bei aller Bestimmtheit Freundlichkeit ausstrahlend; nicht andere überzeugend, sondern mit anderen nach der Wahrheit suchend.

Das sind einige der nützlichen Methoden – oder soll ich sagen: Inhalte? –, die ich für notwendig, für notwendig halte, wenn ich mir den künftigen Bau einer sozialistischen Gesellschaft vorstelle. Lernend aus den Fehlern der Vergangenheit, die mit zur Niederlage beitrugen, aber dabei dennoch das Richtige aus den Kämpfen und Siegen in die Zukunft mitnehmend – so stelle ich mir die Menschen vor, mit denen ich gemeinsam die menschliche Welt von Morgen suche, die eigentlich nur die sozialistische Weltrepublik sein kann.

Ich möchte einmal jenseits von den ökonomischen und politischen Theorien zur Überwindung des Kapitalismus nach dem menschlichen, psychologischen und mentalenen Zustand fragen, in dem wir, die

Anhänger der sozialistisch-kommunistischen Idee, uns befinden.

In unseren geographischen Koordinaten, darüber sind wir uns gewiß schnell einig, haben wir es gegenwärtig nicht mit einer revolutionären Situation zu tun. Aber wir haben uns darauf vorzubereiten und innerlich einzustellen, andere auf das Kommende einzustimmen. Da müssen wir, die Sucher, die Vorbereiter, an Qualität interessiert sein, an unserer eigenen Qualifizierung.

Man kann z. B. nicht nur von den ökonomisch-politischen „Klassikern“ etwas lernen, sondern auch von denen, die so oder so neben der von uns erkannten „richtigen Linie“ liegen. Carl von Ossietzky, der linksbürgerliche Journalist par excellence, gehört für meine Begriffe zu diesem Fundus. Im August 1925 schrieb er: „Du siehst mich an, du fragst mich, was dir fehle? Ein Busen – und im Busen eine Seele ...“ (Sämtliche Schriften, Hamburg 1994, Band III, S. 1339)

Die Seele in der Brust – das ist genau jene wundete Stelle, die bei allem, was der sozialistische Staat an Gutem auch auf soziokulturellem Gebiet geleistet hat, sträflich vernachlässigt wurde. Ein Grund dafür

ist sicher in jener vulgär-materialistischen Auffassung zu suchen, wonach alles Wirkliche materiell bestimmt ist und es demzufolge nicht-materiell Definiertes nicht geben könne. Ähnlich wie zum Phänomen der Religion(en) verhielten sich marxistisch geschulte Parteiarbeiter und Staatsfunktionäre häufig zum Seelischen, zur psychischen Prägung, zur mentalenen Formung der Menschen, die sie auf dem Weg zum Sozialismus mitnehmen wollten, dabei aber allzu oft verloren haben. Das muß und das darf uns nicht noch einmal passieren. Die religiösen Gemeinschaften und Kirchen repräsentierten eben nicht einfach nur „falsches Bewußtsein“, das man mit kluger Gegensteuerung meinte minimieren zu können, sondern stellten in Wahrheit eine materielle Gewalt dar, weil sie für vorhandene mentale Sehnsüchte und seelische Bedürfnisse erheblicher Teile der Bevölkerung eine Anlaufstelle waren. Das verkannt zu haben, auf die psychische Beeinflussbarkeit und auch Manipulierbarkeit der Menschen keine schlüssige Antwort zu besitzen, gehört zum Schuldanteil der SED am Gelingen der Konterrevolution von 1989. Hier standen manche Sozialisten mit dem fortschrittlichsten ökonomischen Wissen der Zeit ihrem eigenen Erfolg im Wege, weil sie im Blick auf Psychologie und Menschenführung fast auf der Stufe des mechanistischen Weltbildes des 19. Jahrhunderts stehengeblieben waren, das ihnen das Vorhandensein einer Seele als Aberglauben denunzierte. Und abergläubisch zu sein – das war ja nun das Letzte, was man einem Kommunisten zumuten konnte! Aber ist es denn ein Aberglaube, festzustellen, daß der Mensch eben nicht nur aus dem Kopf und einigen Zusatzorganen besteht, die lediglich die Befehle des Kopfes auszuführen haben? Ist es denn Aberglaube, akzeptieren zu müssen, daß der Mensch nicht nur ein denkendes, sondern auch ein fühlendes, sehnsüchtiges, glücksbedürftiges, hoffnungsuchendes und triebgesteuertes Wesen ist? Ich meine nein – und befürworte deshalb die Bildung, Steuerung, Kultivierung auch unserer Triebe, Sehnsüchte, Vorlieben und sonstigen seelischen Prägungen im Blick auf die sozialistische Zukunft der Menschheit. Da wir die Barbarei nicht wollen, muß der Sozialismus, den wir statt dessen als einzige Alternative erstreben und vorleben, Fluoreszenz und Anziehungskraft haben, die auf viele ausstrahlt. Was einst Friedrich Nietzsche von den Christen sagte („Erlöster müßten sie aussehen ...“), sollte daher auch für Kommunisten und Sozialisten gelten: zuversichtlicher, mutmachender, mitreißender, anregender, verlockender müßten wir mit unserem Reden und Tun sein, damit wir mehr Freunde für unseren Weg gewinnen. Das sollte auch im „Rot-Fuchs“ künftig deutlicher zu spüren sein.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Nach „Rentnerschwemme“ und „sozialverträglichem Früh-Ableben“:

Die Ich-AG

Das sogenannte Unwort des Jahres (2002) heißt schlicht-protzig: Ich-AG. Hier werden – so die Gesellschaft für deutsche Sprache – „menschliche Schicksale auf ein sprachliches Börsenniveau herabgestuft“. Mit dem Unwort „Ich-AG“ werde einmal mehr versucht, „schwierige soziale und sozialökonomische Sachverhalte mit sprachlicher Kosmetik schönzureden“. Zugleich ist es eine lächerliche Unlogik der Wortbildung: „Ein ICH kann keine AG sein – weder eine Aktiengesellschaft noch eine Arbeitsgemeinschaft.“

Am häufigsten (von 1744 Einsendungen) wurde die „Achse des Bösen“ von US-Präsident Bush genannt (253 mal). Sprachwissenschaftler Prof. Schlosser erklärte, die Formulierung sei deshalb nicht gewählt worden, weil in Deutschland kein seriöser (wo sind die?) Politiker sie ohne Distanzierung benutze. Nicht die Häufigkeit der Vorschläge, sondern ein krasses Mißverhältnis von Wort und Sache sei entscheidend.

Zweithäufigster Vorschlag war der pseudo-kreative, unsinnige Satz von der „Lufthoheit über den Kinderbetten“ (SPD-Generalsekretär Scholz) – kein schwebender Ballon, sondern Ziel der Familienpolitik.

Die kluge Initiative UNWORT des Jahres – sprachliche Mißgriffe, die grob unangemessen oder auch verlogen sind, vertuschen, beschönigen oder gar verletzen – sollte trotz kritischer Zwischenbemerkungen ihre Arbeit fortsetzen. Die Berechtigung ist erwiesen

durch nachdenkliche Veröffentlichungen, z. B. das menschenverachtende Unwort 1966 RENTNERSCHWEMME oder die zynische Formulierung von 1998 „sozialverträgliches Früh-Ableben“.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen sieht in den Ich-AGs einen Hebel, um Arbeitslose unter Druck zu setzen.

Noch immer predigen ARD und ZDF den von den Lügenbolden im Pentagon kreierten MILITÄRSCHLAG (so mal kurz ein Bömbchen werfen): ein brutaler Krieg gegen ein ausgehungertes Volk mit vielen Toten und unermeßlichen Zerstörungen – allein, um für die US-Konzerne die Bodenschätze zu rauben – ein Unwort anderer Art: der Verlogenheit und psychologischen Kriegsvorbereitung.

Die Bezeichnung UNWORT hat sich eingebürgert. Richtig. Aber: Ein sprachlicher Glücksfall ist das sicher nicht. Wer weiß ein besseres Wort? **Artur K. Führer, Bottrop**

Erweiterte Neuauflage des „RotFuchs“-Inhaltsverzeichnisses erschienen

Rechtzeitig zur 2. Zentralen Leserkonferenz ist ein Verzeichnis aller in den ersten 60 Nummern des „RotFuchses“ erschienenen Artikel mit einem Namensregister der Autoren und einer (bisher nur auf der Internet-Seite verfügbaren) Liste aktueller empfehlenswerter Bücher, Filme und CDs fertiggestellt worden. Das vor allem für in letzter Zeit neu zu uns gestoßene Leserinnen und Leser interessante 68 Seiten starke Heft kann gegen Kostenerstattung von 3 € (einschließlich Versandkosten) beim Vertrieb (Telefon 030/6545634) bestellt werden.

Über Verfassungstreue und Verfassungsfeindlichkeit

Zur Haltung von Kommunisten

Wiederholt wurde ich gefragt, wie wir Kommunisten zum Grundgesetz und zur Rechtsordnung der BRD stünden. Meine Antwort war immer kurz: Wir sind weder Abenteurer noch Provokateure, obwohl das unsere Gegner immer wieder von uns behaupten. Im Gegensatz zu den meisten Vertretern der herrschenden Klasse untergraben und negieren wir nicht die verfassungsmäßige Ordnung. Wer Kommunisten Verfassungsfeindlichkeit bescheinigen will, sollte nicht nur ihre Programme lesen, sondern auch einen Blick in die Geschichte werfen.

Die bürgerliche Demokratie, an deren Zustandekommen und Entwicklung nicht zuletzt die Arbeiterbewegung beteiligt war, gilt aus marxistischer Sicht als historischer Fortschritt gegenüber vorangegangenen Herrschaftsformen. Sie ist für die politischen und sozialen Kämpfe der Arbeiterklasse von allen denkbaren Typen bourgeoiser Machtausübung die günstigste.

Diese Einsicht hat es nicht immer gegeben, und sie wird auch heute nicht von allen Parteigängern des gesellschaftlichen Fortschritts geteilt. Besonders in der revolutionären Nachkriegskrise (1918–1923) überschätzten Kommunisten die revolutionäre Stimmung der Massen und somit auch ihre eigenen Kräfte, boykottierten Wahlen dort, wo sie an ihnen hätten teilnehmen sollen, und ignorierten bestehende, auch von ihnen miterkämpfte demokratische Institutionen. Erst die klaren Worte Lenins in seiner Schrift über den „linken“ Radikalismus und die Erkenntnis, daß die Werktätigen den bürgerlichen Parlamentarismus zumeist angenommen hatten, brachte die kommunistischen Parteien dazu, sich auf die neuen Kampfbedingungen einzustellen. Dadurch gelang es ihnen, sich in einzelnen Ländern zu bedeutenden gesellschaftlichen Kräften zu entwickeln und ihren Einfluß auf die Massen zu erweitern. Erwähnt seien hier die kommunistischen Parteien Deutschlands, der CSR, Italiens, Frankreichs und Spaniens. Sie konnten diese politisch eindeutigen Positionen aber auch nur deshalb gewinnen, weil sie sich niemals über den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie Illusionen machten. Die Bourgeoisie tat übrigens das Ihre, darüber keine Zweifel aufkommen zu lassen.

Obwohl die meisten Parteien, dort, wo sie es konnten, legal handelten, wurden Kommunisten auf verschiedenste Weise verfolgt und diskriminiert. Bei Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht kamen nicht wenige von ihnen ums Leben. Es versteht sich, daß ihre Parteien dieser Art von Demokratie daher wenig abgewinnen konnten. Dennoch waren sie an einer Vertiefung und Verbreiterung demokratischer Errungenschaften und staatsbürgerlicher Rechte interessiert. Ein Teil der Genossen zeigte sich mit dieser geduldigen leninistischen Politik der Gewinnung der Massen unzufrieden und orientierte auf einen schnellen Umsturz, auf Putschismus. Solche Linksabweichler mußten nach par-

teinternem Auseinandersetzungen wiederholt die Reihen der Kommunisten verlassen. Manche der „Ungeduldigen“ wurden später zu Reformisten, sogar Faschisten, oder schädeten anderweitig der revolutionären Sache. Obwohl Kommunisten vom bürgerlich-demokratischen System immer als potentielle Staatsfeinde behandelt worden waren, stellten ihre Parteien in den meisten Ländern die einzige politische Kraft dar, die sich die Verteidigung der konstitutionellen Ordnung auf die Fahnen schrieb, als der Faschismus zum Sprung ansetzte. In Deutschland wurde diese Entscheidung allerdings recht spät getroffen.

Seit Jahrzehnten werfen Antikommunisten aller Couleur den deutschen Kommunisten vor, gemeinsam mit den Nazis die Weimarer Republik ausgehebelt zu haben. Damit wollen sie davon ablenken, daß diese nicht nur von den bürgerlichen Parteien, sondern auch von den Führern der Sozialdemokratie an den Rand des Abgrunds gebracht und letztlich preisgegeben wurde. Die KPD erwies sich trotz einiger taktischer Fehler als einzige Partei, die aufgrund einer marxistischen Klassenanalyse vom Charakter der faschistischen Diktatur eine klare Vorstellung besaß, während die Spitzen der SPD die Auffassung vertraten, Hitler möge „abwirtschaften“. Auch alle anderen nicht-faschistischen Parteien waren von ähnlichen Illusionen befallen.

Nach dem Machtantritt des Faschismus gelangten die Kommunisten zu der Erkenntnis, daß im Falle einer Überwindung der Diktatur zunächst nicht die sozialistische Revolution, sondern die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf der Tagesordnung stünde, die die fatalen Schwächen von Weimar vermeide. Es gehe vor allem um die Erweiterung der politischen und sozialen Rechte der Werktätigen, um eine Vertiefung des gesellschaftlichen Einflusses der Arbeiterklasse. Daher beteiligten sich Kommunisten bis 1948 an bürgerlichen Regierungen in Frankreich, Finnland, Italien, Belgien, Island, Österreich, Luxemburg usw. Bis 1948 waren auch die meisten osteuropäischen Länder noch nicht reif für die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus. Aber überall traten neue antifaschistisch-demokratische Verfassungen, die unter Beteiligung von Kommunisten ausgearbeitet

und angenommen worden waren, in Kraft. An der Verfassungstreue der kommunistischen Parteien wagten auch aufrechte bürgerliche Demokraten nicht zu zweifeln. Das galt ebenso für die westeuropäischen Länder. In der BRD lehnte die KPD die Unterzeichnung des Grundgesetzes zwar ab, um auf diese Weise gegen die Spaltung Deutschlands durch den Imperialismus zu protestieren. Zugleich aber machte ihr Vorsitzender Max Reimann im Parlamentarischen Rat klar, daß es gerade die Kommunisten sein würden, die dieses Grundgesetz eines Tages gegen rechts zu verteidigen hätten. Diese Situation ist schon bald darauf eingetreten. An ihr hat sich bis heute nichts geändert.

Da im Gegensatz zu den sozialistischen Verfassungen der Charakter der bestehenden Gesellschaftsordnung im jeweiligen Grundgesetz bürgerlicher Staaten nicht konkret ausformuliert worden ist, bieten deren Konstitutionen rechtliche Freiräume für politische Aktivitäten der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner. Die Geschichte der sozialistischen Revolutionen, die sich in Ost- und Südosteuropa im 20. Jahrhundert vollzogen, liefert genügend Beispiele dafür, daß die Ablösung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung auch auf der Grundlage bestehender Verfassungen erfolgen kann, wenn deren Text den Übergang zur politischen Herrschaft der Arbeiterklasse ermöglicht.

In Litauen, Estland und Lettland gestatteten sogar Bestimmungen der faschistoiden Verfassungen an vorsowjetischer Zeit eine zügige Machtübernahme prokommunistischer Kräfte und die sofortige Ausschaltung verfassungsfeindlicher Elemente aus den Reihen der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Diese Tatsache wird heute von den baltischen Antikommunisten verschwiegen. In einigen Ländern, so auch in Polen, wurden die autoritären Verfassungen außer Kraft gesetzt und frühere bürgerlich-demokratische Grundgesetze reaktiviert. So kam es dazu, daß der polnische Kommunist Boleslaw Bierut 1947 seinen Präsidenteneid mit der Formel „... so wahr mir Gott helfe ...“ beendete. Aufgeradezu klassisch-parlamentarische Art wurde im Februar 1948 die sozialistische Etappe der Revolution in der CSR eingeleitet – eine Tatsache, mit der sich rechte Historiker und Politiker bis heute nicht abfinden wollen. Diese Machtwechsel vollzogen sich ohne wesentliche Verfassungsänderungen.

Einen solchen Bonus können Bourgeois und bürgerliche Konterrevolutionäre nicht für sich verbuchen. Sie haben klassenbedingte Schwierigkeiten mit Verfassungen. Die eigenen sind sie bedenkenlos zu brechen bereit, wenn ihre Machtpositionen in Gefahr geraten. Zur konterrevolutionären Unterwühlung sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse aber bilden Verfassungsfeindlichkeit und Verfassungswidrigkeit die Grundlage ihres politischen Handelns. Sie sind die letzten, die das Recht hätten, Kommunisten der Verfassungsfeindlichkeit zu bezichtigen.

Bernhard Majorow

Herzlich gratuliert der „RotFuchs“ seinem Leser

Generaloberst a. D. Wolfgang Reinhold

der am **16. April 2003** seinen **80. Geburtstag** begeht. Als Chef der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung und Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR leistete er einen bedeutenden Beitrag für den Schutz der territorialen Integrität des sozialistischen deutschen Staates. Nach der Konterrevolution wurde er ein Opfer der bundesdeutschen Klassenjustiz. Aufrichtige Wünsche und solidarische Grüße gehen nach Bad Saarow!

Vor 35 Jahren trat die sozialistische Konstitution der DDR in Kraft

Deutschlands progressivstes Grundgesetz

Am 6. April 1968 fand in der DDR der Volksentscheid über die sozialistische Verfassung statt. Die Option der Bevölkerung – bei einer Beteiligung von 98,05 % wurden 94,49 % Ja-Stimmen abgegeben – erfolgte in geheimer Wahl. Auf den Stimmzetteln waren beide Möglichkeiten – Zustimmung oder Verneinung – deutlich ausgewiesen. Damals konnten sich die SED-Führung und die Regierung der DDR auf die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Bürger verlassen. Solange diese Massenbasis erhalten blieb, geriet der Sozialismus nicht in Gefahr.

Dem Volksentscheid waren rund 750 000 Veranstaltungen zum Verfassungsentwurf vorausgegangen. In ihnen wurden 12 454 Vorschläge zur Ergänzung, Präzisierung und Abänderung unterbreitet. Sie flossen in 55 der 108 Artikel ein. Mit ihrer Verkündung im Gesetzblatt der DDR trat die Verfassung am 8. April 1968 in Kraft. Sie war das progressivste Grundgesetz der deutschen Geschichte und widerspiegelte die Verwirklichung wesentlicher Ziele der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und anderer fortschrittlicher Kräfte des Volkes.



Die Gestaltung eines entwickelten Sozialismus wurde zum Verfassungsauftrag erhoben, die sozialistische Staatsmacht als politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land definiert, die unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den

Sozialismus verwirklicht. Als Grundlagen der Gesellschafts- und Staatsordnung bezeichnete die Verfassung das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz und anderen Schichten des Volkes, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die Planung und Leitung der Gesellschaft nach den fortgeschrittensten Erkenntnissen der Wissenschaft. Sie legte die Grundsätze und Ziele der Außenpolitik fest. Der Kampf um den Frieden und die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus wurden ebenso verfassungsrechtlich festgeschrieben wie die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger.

Die sozialistische Verfassung der DDR, die in mancher Hinsicht auch noch programmatischen Charakter trug, widerspiegelte eine Realität: die Tatsache, daß die Deutsche Demokratische Republik der kapitalistischen BRD um eine ganze gesellschaftliche Epoche voraus war. Ihre Liquidierung stellte daher einen Akt der Konterrevolution und des historischen Rückschritts, nicht aber eine „Wende“ dar. **R. F.**

Wer unter der Reichstagskuppel wirklich die Strippen zieht

Das Gewicht der Lobbyisten

Den folgenden Text haben wir einem Artikel von Markus Feldenkirchen, politischer Korrespondent im Parlamentsbüro des



„Tagesspiegels“, entnommen, der am 13. Januar 2003 unter der Überschrift „Sie wollen nicht die bösen Buben sein/ Lobbyismus in Berlin“ in der Zeitung „Das Parlament“ erschien.

Wenn man den Bundeskanzler momentan so richtig ärgern will, dann spricht man ihn am besten auf die Macht der Lobbyisten in Deutschland an. Auf die ist Gerhard Schröder gerade gar nicht gut zu sprechen. In sämtlichen Kanzlerreden, sei es auf dem SPD-Parteitag oder in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag, wettert Schröder neuerdings gegen die ganzen Interessenvertreter, auf die man nun weniger Rücksicht nehmen werde, nennt sie Kettenhunde aus den Verbänden und spricht von vermachteten Strukturen in Deutschland, die es endlich aufzubrechen gelte. (...) Dabei ist die kollektive Verbändekritik kein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik. Der große deutsche Staatsrechtler Theodor Eschenburg prangerte schon in den 50er Jahren die Herrschaft der Verbände an. Seitdem feiert das Wetter gegen das deutsche

Modell des Korporatismus in immer kürzeren Abständen eine Renaissance. Daß die Macht der Verbandslobbyisten das eigentliche Staats- und Gesellschaftsproblem sei, weil sie zu einer Art Neben- oder Gegenregierung werden könne, wurde auch in den 60er und 70er Jahren beklagt. Damals diskutierten Politiker aller Fraktionen sogar über ein Verbändegesetz, das den Einfluß der Lobbyisten ein für allemal beschneiden sollte.

Von Beschneidung kann heute keine Rede sein. Das professionelle Interessen-Vertreten hat trotz Kanzlerschelte Konjunktur. Mehr als 400 Verbände sitzen rund um den Reichstag, ca. 1700 von ihnen sind in der sogenannten Lobby-Liste des Deutschen Bundestages eingetragen. 1974 waren es gerade mal 635 Organisationen. Demnach kommen heute auf jeden Abgeordneten des Bundestages mehr als drei Interessenverbände, die auf ihn einwirken. Die offizielle Lobbyliste umfaßt 59 DIN-A4-Seiten und reicht von ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekenverbände – bis zur „Zukunftsaktion Kohlegebiet“, deren Zukunftsaktion allerdings darin besteht, die Kohle-Vergangenheit möglichst lange zu konservieren.

Zusammen haben die Verbände auf dem Berliner Arbeitsmarkt etwa 3000 Jobs geschaffen. Außerdem haben auch die größten deutschen Unternehmen eine Re-

präsentanz in der Hauptstadt... Daneben kämpfen freie Lobbyisten, die von Unternehmen für spezielle Projekte engagiert werden, bei den Ministerien um Einfluß. Nie zuvor ballte sich die Verbandsarbeit so sehr an einem Ort wie heute in Berlin. Was früher über die gesamte Rhein-schiene Bonn, Köln, Düsseldorf verteilt war, drängt sich heute in einem Radius von zwei Kilometern um das Kanzleramt. Zwischen Brandenburger Tor und Alexanderplatz sind seit dem Regierungsumzug unzählige Dependancen oder Hauptgeschäftsstellen von Verbänden entstanden. Das dichteste Lobbyviertel erstreckt sich nördlich der Spree rund um Schiffbauerdamm und Reinhardstraße. (...)

Nach einer Umfrage der Badischen Anilin- und Soda-Fabriken (BASF) schätzen neun von zehn Abgeordneten die Beiträge der Lobbyisten, die ihren Namen nach der Lobby, der Wandelhalle im Londoner Parlamentsgebäude, tragen, als nützlich zur politischen Meinungsfindung ein. Felix Prinz zu Löwenstein vom Bund ökologischer Landwirtschaft holt denn auch zu einem ganz großen Satz über die eigene Tätigkeit aus: „Wenn Interessenvertretung nicht stattfinden würde, würde Politik nicht stattfinden.“ Sein Kollege Lohse vom Deutschen Bauernverband sieht in der Lobbyarbeit sogar ein wesentliches Merkmal der Demokratie.

Kernfrage: Macht und Eigentum

Die Reformlinken, speziell innerhalb der PDS, tabuisieren die Macht- und die Eigentumsfrage und halten sie politisch im Dunstkreis. Zweifellos hängt das mit dem Kotau vor der durchkapitalisierten Gesellschaftsordnung zusammen. Andererseits darf die tiefe politische und theoretische Verunsicherung angesichts des konterrevolutionär bedingten Systemwechsels in den sozialistischen Staaten nicht unerwähnt bleiben. Damit verbunden traten Zweifel an der Richtigkeit der marxistischen Weltanschauung auf, und es war das Bemühen festzustellen, „postmarxistische Ideen“ im scheinbar originellen Stil zu kreieren. Da solche dem Revolutionsgedanken abgeschworen und die herrschende Gesellschaftsordnung nicht infrage stellten, war es folgerichtig, wenn nur die Freiheit im Kapitalismus und nicht die Freiheit vom Kapitalismus zur Forderung erhoben wurde. Ein Indiz hierfür ist der von der PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer auf dem Dresdner Parteitag vorgestellte Programmwurf mit den Autoren A. Brie, M. Brie und D. Klein. Die in diesem beteuerte „Würde des Menschen“ und die – losgelöst von den gesellschaftlichen Bedingungen begründeten – „Freiheitsrechte“ in einem anzustrebenden „libertären Sozialismus“ werden deshalb zu einer demagogisch hochaufgeladenen Begrifflichkeit, weil sie von der Macht und der Eigentumsfrage abstrahieren. Dabei bilden gerade diese die Fundamentalkpunkte für die Universalität und die Garantien der Freiheitsrechte. Ohne Systemänderung, ohne die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gehen die moralisierenden Ansprüche ins Leere.

Es entspricht dem marxistischen Selbstverständnis, daß die Fragen der politischen Macht und des Eigentums an den Produktionsmitteln die Kernpunkte einer sozialistischen Programmatik darstellen müssen. Ein Programm hat über die tagesspolitische Sichtweite hinauszugehen und die Grundlage für radikal-demokratische Reformen, für Zwischenetappen einer anzuvisierenden sozialistischen

Gesellschaftsordnung, zu bilden. Im Manifest der Kommunistischen Partei wurde wegweisend darauf verwiesen, daß „der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist“. Zur Begründung heißt es: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsmittel in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren.“

Hier wird die Beziehung zwischen der politischen Macht- und der Eigentumsfrage als der Kardinalbegriff des marxistischen Gesellschaftsverständnisses prägnant umrissen; denn ohne die Lösung der Machtfrage ist die Schaffung neuer Eigentumsverhältnisse nicht möglich. Andererseits bedarf es zur permanenten Sicherung der politischen Macht der Klasse der Lohn- und Sozialabhängigen – also zur Reproduktion der politischen Machtverhältnisse – eines tragfähigen ökonomischen Fundaments, vor allem der Vergesellschaftung des Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln. Diese ist auch deshalb unabdingbar, weil ohne sie die Ausbeutung und die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden können; soziale Gerechtigkeit und sozialer Fortschritt für die Mehrheit der Bürger unmöglich wären; die gesellschaftlichen Prozesse im Interesse ihrer Wohlfahrt weder planmäßig noch rational gesteuert werden können.

„In diesem Sinne“ – so betonen Marx und Engels im Manifest – „können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck zusammenfassen: Aufhebung des Privateigentums.“ Gerade deshalb muß die Eigentumsfrage für eine sozialistische Partei ganz oben auf der politischen Bedeutungsskala ihres Programms stehen, ihr antikapitalistisches Profil, ihre fundamental- und Systemopposition prägen. Notwendig ist aber auch, um gesellschaftspolitische Blindfahrten zu vermeiden, eine

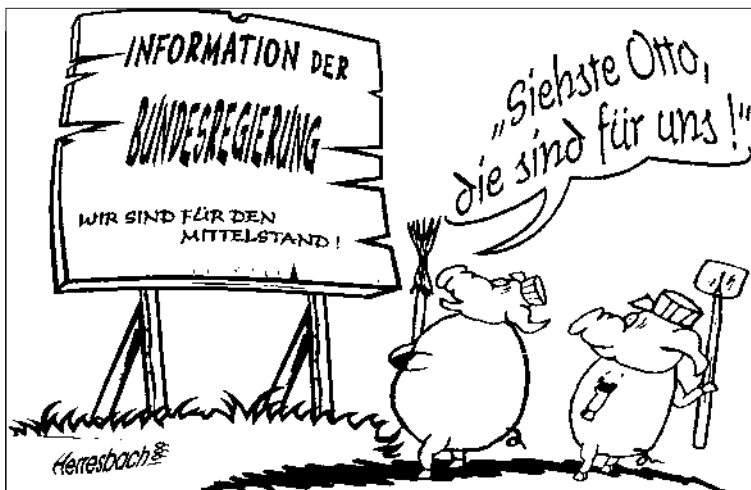
sierung der Wirtschaft als Bedrohung der Freiheitsrechte (natürlich der des Kapitals) verunglimpft. Wahre Demokratie als Volkssouveränität ist aber ohne die radikale Lösung der Eigentumsfrage undenkbar. Der hohe Stellenwert des Eigentums in der kapitaldominierten Gesellschaft findet auch in der normativen Regelung seinen Ausdruck. Das bezieht sich sowohl auf das Privatrecht als auch auf das öffentliche Recht. Im allgemeinen Privatrecht – im Bürgerlichen Recht – wird das absolute Recht des Eigentümers als Recht gegenüber jedermann normiert. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) legt im § 903 verbindlich fest: „Der Eigentümer einer Sache kann nach Belieben mit der Sache verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.“

Verfassungsrechtlich wird das Eigentum durch das Grundgesetz (GG) Art. 14 gewährleistet. Trotz des betonten absoluten Rechts des Eigentümers wird der Inhalt des Eigentumsrechts sowohl durch das GG als auch durch das BGB dadurch relativiert, daß

1. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen (Art. 14 Abs. 2 GG). Dieser Rechtsgrundsatz dürfte angesichts der kapitalistischen Sachzwänge und dem damit verbundenen Streben nach Profit ein Widerspruch in sich selbst sein;
2. der Eigentümer nur dann mit einer Sache nach Belieben verfahren kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen (§ 903 BGB);
3. eine Enteignung möglich ist, allerdings unter der einschränkenden Bedingung, wenn sie a) dem Wohle der Allgemeinheit dient und b) auf der Grundlage eines Gesetzes erfolgt, das „Art und Ausmaß der Entschädigung“ regelt (vgl. Art. 14 Abs. 1 und Abs. 2 GG). Nach Art. 15 GG ist die Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und anderen Produktionsmitteln unter der Bedingung einer Gesetzesgrundlage mit einer Entschädigungsregelung möglich.

Resümierend kann also festgestellt werden, daß es weder – wie gesellschaftskritisch abgerüstete Reformer anderslautend behaupten – verfassungsrechtliche noch privatrechtliche Schranken für die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums gibt. Die zur Rede stehenden Gesetze zur Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und zur Entschädigung bedürfen eben politischer Mehrheitsverhältnisse, auch in Vollzug plebiszitärer Willensbekundung. Damit gerät die Machtfrage wiederum in den Mittelpunkt vorzunehmender gesellschaftspolitischer Veränderungen, sei es auf parlamentarischem oder auf außerparlamentarischem Wege. So gesehen, sind die Rechtsverhältnisse nichts anderes als in die Rechtsform gegossene soziale Machtverhältnisse.

Prof. Dr. Werner Roß, Zwickau



Bestimmung des Funktionswertes heutiger Vorgänge für die Zukunft vorzunehmen und einen Ausblick auf die neue sozialistische Gesellschaftsformation zu geben. Bekanntlich wird im Kapitalismus jede auch nur im Ansatz erkennbare demokrati-

Erinnerung an profitfreien DDR-Wohnungsbau soll ausgelöscht werden

Abriß per „Stadtumbau Ost“

Zu den jüngsten Wortschöpfungen, die in der Politik gezielt erfunden werden, um über wahre Vorhaben hinwegzutäuschen und falsche Sachverhalte vorzuspiegeln, gehört zweifelsohne der Begriff „Stadtumbau Ost“. Er erzeugt den Eindruck positiver Veränderungen bestehender Unzulänglichkeiten in den Städten und Wohngebieten durch Begrünung, Ortsumgehungen, verkehrsberuhigende Maßnahmen, helle und freundliche, vor allem aber bezahlbare Wohnungen mit interessanten Dach- und Balkonlösungen. Geht man indes den akademischen Diskussionen, Aufsätzen und Reden sowie Ausstellungen mit wunderbaren Modellen auf den Grund, so wird sehr schnell deutlich, daß es in erster Linie um Abriß, um Vernichtung von Wohnraum geht.

Gleichzeitig wird großer Aufwand an Material, an Wort und Schrift getrieben, um vergessen zu machen, daß in der DDR Wohnungsbau zur Befriedigung eines Grundbedürfnisses der Menschen diente, und daß während ihrer Existenz am Wohnen für niemanden etwas zu verdienen war. Das verhielt sich so, weil der von der Natur bereitgestellte Boden nicht bezahlt werden mußte; mit ihm wurde nicht spekuliert, die aus heutiger Sicht zu niedrigen Mieten subventionierte der Staat zu 60 bis 70 %, und die gewährten Kredite wurden nur mit ca. 4 % verzinst.

Im Rahmen dieser Bewertung werden zu DDR-Zeiten zugelassene große Rückstände bei der Instandhaltung, Instandsetzung und Modernisierung sowie Probleme bei der Entwicklung der Infrastruktur nicht übersehen.

Aber eines steht auch fest und läßt sich rechnerisch nachweisen: Eine Gesellschaft, in der Banken, Bodeneigentümer und Hausbesitzer am Wohnen nichts verdienen, könnte sich kostendeckende Mieten von ca. 2 bis 3 Euro pro m² erlauben. Doch daran ist natürlich keiner der Verkünder des „Stadtumbaus“ interessiert. Und so wird in seit mehr als 12 Jahren geübter Weise gegen den industriellen Plattenbau zu Felde gezogen. Ganz so, als ob er in der DDR erfunden und auch nur dort betrieben worden wäre.

Teil der komplexen Vorgehensweise ist, wie in der bürgerlichen Demokratie allgemeine Praxis, die rechtliche Absicherung gegen die vom „Stadtumbau“ Betroffenen. Als Beispiel mag ein Räumungsbeschluß des Amtsgerichts Halle-Saalkreis gegen eine Mieterin gelten, die aus einem für den Abriß vorgesehenen Haus nicht ausziehen wollte und auf die Einhaltung des Mietvertrages drang. Auch wenn diese gerichtliche Entscheidung inhaltlich nicht für sämtliche Begehren der Hausbesitzer zu verallgemeinern ist – ein Grundstein für künftige Beschlüsse der Justiz wurde schon gelegt: Unter bestimmten Voraussetzungen und Umständen kann für den Vermieter ein berechtigtes Interesse am Räumungsbegehren bestehen. Und mit diesem Rückenwind wird u. a. in Dessau der Abriß von Wohnungen in der Kantorstraße 22–26 vollzogen. Gleiche Vorhaben werden in Berlin, Leipzig, Chemnitz, Gera und anderen Städten geplant, betrieben oder sogar schon verwirklicht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß bei den Begründungen für solche Maßnahmen zumeist auf sogenannte Stadtentwicklungskonzepte und auf den drohenden Verlust von

Fördermitteln bei Nichteinhaltung der Abbruchfrist verwiesen wird. Die wahren Gründe für den Einwohnerrückgang bzw. die gravierenden Wohnungsleerstände aber vernebelt man. Was die Stadtentwicklungskonzepte betrifft, sollte immer nachgefragt werden, wer maßgeblich an ihrer Ausarbeitung und mit welchem Motiv beteiligt ist, wie es mit dem Verhältnis von Abriß zu anderen Maßnahmen steht und welche Konzeptteile am zielstrebigsten verfolgt werden.

Beunruhigend ist auch, daß im Gleichschritt mit der Vorlage und Verwirklichung dieser Konzeptionen der Verkauf von Wohnungen durch Bund, Länder und Kommunen ungeahnte Dimensionen angenommen hat. Allein in den letzten zwei Jahren wurden 330 000 Einheiten veräußert. So verkaufte z. B. die Stadt Gera 10 000 Wohnungen

an die Deutsche Kreditbank, und die in Berlin ansässige Marzahner Wohnungsbaugesellschaft verscherte im wahren Sinne des Wortes 32 000 Wohnungen zum „Preis“ von 1 Euro an das Wohnungsunternehmen DeGeWo. Wer denkt da nicht an übelste Geschäftemacherei zum Nachteil jetziger und potentieller Mieter?

Aber eines steht fest: „Stadtumbau“ in heutiger Form, Kredit- und Zinswillkür, Wohnungsabriss und -verkäufe werden in dieser Gesellschaft nicht dazu führen, daß ein Grundbedürfnis des Menschen nach Wärme und würdiger Unterkunft für alle verwirklicht werden kann. Durch eine solche Politik wird das Niveau der Mietpreise bei gleichzeitig wachsender Belastung der kommunalen Haushalte über Sozialhilfe und Wohngeld weiter steigen.

Dr. Ingo Kurtz, Dessau

Wie die Hansestadt Hamburg ihre Denkmäler pflegt

Lettow-Vorbeck sei's Panier!

Wie viele antifaschistische und Revolutionären gewidmete Denkmäler nach der Annexion niedergedrückt, wie viele Gedenkstätten plattgemacht, geschändet und „umgewidmet“, wie viele Straßen umbenannt wurden, wissen jene Leser des RF, deren Heimat die DDR war. Hier soll die Rede von Monumenten sein, die in Hamburg stehen und – unter Hinweis auf ihre „geschichtliche Bedeutung“ – gepflegt, geschützt und sogar neu errichtet werden.

„Kriegsklotz“ wird von vielen der Treffpunkt zu Friedensdemonstrationen genannt, und alle hiesigen Linken wissen sofort, was gemeint ist. Ein riesiger Steinquader in der Nähe des Dammtor-Bahnhofs. Die Faschisten haben ihn dort aufgestellt – zur ewigen Erinnerung an irgendein Infanterieregiment der Hansestadt, das am ersten imperialistischen Völkergemetzel mitwirkte. Eine Kolonne behelmter Soldaten ist in den Stein gemeißelt. Unter den Marschierenden springt die Inschrift ins Auge: „Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen.“ Am „Heldengedenktag“ rotten sich dort Revanchisten und Faschisten zusammen. Bei der Kranzniederlegung treffen sie auch auf eine offizielle Abordnung der Bundeswehr.

Weil der Klotz immer wieder mit Antikriegsparolen besprüht wird, 1999 – nach dem Überfall auf Jugoslawien – hatte man die Steinsoldaten sogar rot-grün angemalt, erhält er bei bestimmten Anlässen massiven Polizeischutz. Für viel Geld wurde die Oberfläche mit einem die Reinigung erleichternden Spezialanstrich überzogen ... Für die Pflege des Ehrenhains der im antifaschistischen Kampf gefallenen Hamburger Widerstandskämpfer auf dem Ohlsdorfer Friedhof hat die Stadt allerdings keinen einzigen Cent übrig ...

An der Altonaer Max-Bräuer-Allee befindet sich ein viele Meter hohes Denkmal; steinerne Krieger mit harten Gesichtern samt Schild und Schwert erinnern an Infanterieregimenter, die von 1914 bis 18 über Europas Schlachtfelder zogen: Tannenberg, Grodno und Kleine Beresina sind ebenso eingemeißelt wie Marne und Somme, Flandern und Verdun und manches mehr. Groß dazu die Inschrift rund

um den Sockel: „Den Gefallenen zum dankbaren Gedächtnis – den Lebenden zur Mahnung – den kommenden Geschlechtern zur Nacheiferung!“ Da „Deutschland“ jetzt wieder „am Hindukusch verteidigt wird“ erstaunt es, daß Wehrminister Struck diese Örtlichkeit noch nicht für öffentliche Rekrutenvereidigungen entdeckt hat.

General Lettow-Vorbeck war als Führer jener Truppen berüchtigt, die in den einstigen deutschen Afrika-Kolonien Tausende und Abertausende Widerstand leistende Menschen erbarmungslos niedermetzelten, verhungern und verdurstet ließen. Mit Hamburg ist sein Name auf besondere Weise verbunden: Zur Niederschlagung der aufstandsartigen Kämpfe im Juni 1919 rief ihn Bluthund Noske, und Lettow-Vorbeck umzingelte die Stadt mit einer ganzen Armee, rückte am 1. Juli mit Kampffliegern, Panzern, Granat- und Flammenwerfern gegen die Arbeiterschaft vor. Wochenlang machte seine Kolonialsoldateska Jagd auf alle, die sie für Revolutionäre hielt. Die Gefangenen, auch Frauen und Jugendliche, wurden in Polizeiwachen und Kasernen ausgepeitscht und mit anderen „afrikaüblichen“ Methoden gefoltert.

Die Stadt Hamburg, ihre Pfeffersäcke, errichteten für Lettow-Vorbeck auf dem Universitätsgelände ein Monument. Auch eine Bundeswehrkaserne im Osten der Stadt trägt bis heute seinen Namen. Sie ist inzwischen geräumt – womit wir bei neuen Denkmalsplänen wären. Die Stadt hat nämlich einen Teil des Kasernengeländes erworben, um dort – wie es heißt – einen „Tansania-Kolonialpark“ zur Erinnerung an „deutsche Pionierleistungen“ in Ostafrika zu schaffen. Aufgestellt werden soll u. a. ein 1938 von den Faschisten geschaffenes Relief, das Askari-Söldner mit deutschen Herren zeigt ...

Ach ja: Vor dem USA-Konsulat an der Außenalster befindet sich eine kleine Halbinsel. Sie wäre hervorragend für die Präsentation eines weiteren Denkmals geeignet. An USA- und BRD-Kriegführung „am Hindukusch“ könnte man vielleicht durch ein Relief erinnern: die afghanische Marionette Karsai, flankiert von Elitesoldaten des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr und Grünen Baretten des Pentagons. **Werner Hoppe**

Gibt es Antifaschismus und Friedenskampf ohne Klasseninhalt?

Eine Rede von Willi Belz

Am 30. 1. 2003 hielt der inzwischen 88jährige Widerstandskämpfer und Kommunist Willi Belz am Mahnmal der Opfer des Faschismus in Kassel eine Rede mit aufschlußreichen Akzenten, die große Beachtung fand. Hier der Wortlaut:

Nach 1945 waren es die konsequentesten Antifaschisten und Demokraten, die verkündeten: Es genügt nicht, den Hitlerfaschismus besiegt zu haben; es geht jetzt darum, diejenigen Mächte des Groß- und Rüstungskapitals sowie deren politische Steigbügelhalter für immer von Macht und Einfluß auszuschalten, die den faschistischen Staat für ihre Ziele benutzt haben. Mit anderen Worten: Es ging darum, Faschismus, Militarismus und Kriege mit ihren ökonomischen und politischen Wurzeln auszurotten.

Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Statt dessen wurden unter dem Dach der neuen bürgerlich-demokratischen Republik BRD die alten Besitz- und Machtverhältnisse wiederhergestellt, die zum Faschismus geführt hatten, die Wiederaufrüstung mit Hilfe ehemaliger Hitlergenerale betrieben, der deutsche Militarismus restauriert. Das alles vorsätzlich geduldet und gefördert von den bürgerlich-demokratischen Westmächten mit den USA an der Spitze, für eigene Ziele und Interessen.

Die neue Bedrohungslüge von der Gefahr aus dem Osten lieferte die ideologische Grundlage dafür. Das langfristige Wirken dieser propagandistischen Erfindung und eine Menge Illusionen über die Friedensfähigkeit des Westens zerrütteten auch weitgehend die Einheit der Weltfriedensbewegung, machten sie kampfunfähig.

Seit 1989 haben wir es mit einer grundlegend veränderten Weltlage zu tun. Die Parole „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ bleibt im Prinzip zwar richtig, denn die Gefahr eines neuen Faschismus oder einer Militärdiktatur kann nicht ausgeschlossen werden. Aber zur Organisation von Eroberungs- und Angriffskriegen mit Völkermord bedarf es nicht unbedingt einer faschistischen Diktatur. Wie wir sehen, können sie sogar mit dem Ziel der absoluten Weltherrschaft auch von bürgerlich-demokratischen Staaten, getarnt mit ungeheuerlichen Propagandalügen, geführt werden, wie das in extremster Form die USA demonstrieren. Präsident Bush verkündete sogar den permanenten Kriegszustand in der Weltpolitik.

Auch die BRD hat seit 1989 ihren einstigen Schwur gebrochen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Die gegenteiligen Tatsachen sind bekannt. Die jetzigen Handlangerdienste der Bundesregierung bei der Kriegsvorbereitung gegen Irak sind ein ernstes Hindernis, der USA-Aggression wirksam in den Arm zu fallen. Notwendig bleibt es auch, den Kampf gegen den Neonazismus zu führen, aber auch gegen die ungeheuerliche Tatsa-

che, daß der Staat nicht nur sein Treiben grundgesetzwidrig duldet, sondern auch mit Polizeigewalt gegen antifaschistische Demonstrationen schützt. Das erinnert mich an Verhaltensweisen im Endstadium der Weimarer Republik, selbst erlebt auch hier in Kassel mit sozialdemokratischen Polizeipräsidenten.

Aber es gibt auch Erfreuliches zu berichten, das uns alle mit Zuversicht und Optimismus erfüllt. In weitesten Teilen der Welt und auch bei uns wächst rapide das Erkennen der wahren Ursachen und Gründe, um was es in der gegenwärtigen Kriegspolitik eigentlich geht. Das fördert die Chancen für einen neuen großen Aufschwung der Friedensbewegung. Aber mit welchem Ergebnis – das ist die noch offene Frage. Ich erinnerte anfangs daran, daß es uns Antifaschisten damals um die Ausrottung kapitalistischer Kriege mit der Wurzel ging. Meiner Meinung nach geht es auch heute darum. Nur Antikriegsbewegung zu sein, reicht nicht aus. Ich

warne vor leichtfertigen Erwartungen. Bleibt die Diktatur der transnationalen Konzerne und ihrer Staatspolitiker unangetastet, werden sie auch nicht davor zurückschrecken, den Volkswiderstand gegen Kriege als Ausdruck terroristischer Bedrohung der Freiheit zu bezeichnen und ihn mit brutalster Gewalt zu unterdrücken versuchen. Das erfordert die realistische Einsicht, daß die Drahtzieher immer neuer Kriege nur durch grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse ausgeschaltet werden können. Meines Erachtens muß die Friedensbewegung in engem Verbund mit den weltweiten Sozialbewegungen in letzter Konsequenz auch zu einer gesellschaftsverändernden Kraft werden, wenn sie ihre Ziele unwiderruflich erreichen will. Gute Ansätze dafür sind in jüngster Zeit sichtbar geworden. Sie müssen zu einer einheitlichen Macht der Völker für eine Weltordnung des Friedens und der sozialen Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung werden.

Beachtliche Resultate der DKP in Hessen

1,5 % für Michael Beltz

Die DKP hat an den hessischen Landtagswahlen teilgenommen und dabei sichtbar besser als in früheren Jahren abgeschnitten. Natürlich bewegt sich das Ergebnis noch immer in jenen engen Grenzen, die der kommunistischen Bewegung durch die Niederlage des Sozialismus in Europa

vorher gesetzt worden sind. Erzielte die DKP 1999 in Hessen 3881 Zweitstimmen, so waren es diesmal 5907. Das ist kein Grund zum Jubeln, aber Ausdruck langsam wachsender Unterstützung. Dort, wo die DKP in den Gemeinde- und Stadtparlamenten verankert ist, liegen die Ergebnisse über dem Durchschnitt: Mörfelden 1,4 % (1,1), Marburg 0,7 % (0,6), Darmstadt 0,4 % (0,2). Deutliche Zugewinne gab es in Gersfeld mit 1,4 % (0,9), Gießen 0,6 % (0,3). Offenbach 0,4 % (0,2) und auch in Städten wie Maintal und Eschborn. Beachtenswert ist das Abschneiden der vier Direktkandidaten: In Gießen erreichte der hessische DKP-Bezirksvorsitzende Michael Beltz mit 1,5 % (0,5) das beste Ergebnis für seine Partei bei Parlamentswahlen seit 26 Jahren. Auf ihn entfielen in seinem Wahlkreis 639 Erststimmen.

Wir beglückwünschen das Mitglied des RF-Fördervereins zu diesem Achtungserfolg!

Im Kreis Darmstadt-Dieburg II erzielte der DKP-Kandidat Werner Bischoff, für den sich 805 Wähler entschieden, einen Anteil von 1,4 %. In Reinheim erreichte die DKP 5,2 %. Im Kreis Darmstadt I verdoppelte der Stadtverordnete Rainer Keil den DKP-Stimmenanteil auf 0,7 %. In Offenbach erzielte Hermann Hess 1,2 % und damit das Dreifache der Zweitstimmen.

Wie man sieht, sind jene gut beraten, die sich – bei solider Verankerung in ihren Kommunen und mit einem klaren Wahlprogramm – der Herausforderung bürgerlicher Wahlen stellen.

R. F.

Gratulation!

Den „RotFuchs“ lesen und begleiten neben Jüngeren auch solche Freunde und Genossen, die das Leben bereits zu vielen Erfahrungen geführt hat. Mit ihnen fühlen wir uns an ihren großen Jubiläen besonders eng verbunden.



Am 4. April wird
Brigitte Marx
aus Zörrig
75 Jahre alt,

am 18. April vollendet
Rolf Bruß
aus Rostock
sein 70. Lebensjahr

und am 20. April kann
Johann Uhink
aus Harburg
auf 80 stramme Jahre
zurückblicken.

Allen Jubilaren herzliche Grüße
und Glückwünsche!

Dem Rechtswesen der BRD um eine Epoche voraus

War die DDR-Justiz demokratisch?

Zu den Praktiken, die den demokratischen Charakter der DDR-Justiz belegen und rechtsverbindlich geregelt waren, gehörte auch die Mitwirkung „gesellschaftlicher Kräfte“, im gegebenen Fall Vertreter von Arbeitskollektiven oder aus den Gremien in den Wohngebieten, an Strafverfahren. Das Strafrecht sah dafür verschiedene Formen vor: die Teilnahme von Kollektivvertretern an der Hauptverhandlung; sie hatten dem Gericht die Auffassung ihrer Arbeitskollegen zur Straftat, deren Ursachen, Bedingungen und Auswirkungen sowie zur Persönlichkeit des Angeklagten und seinem bisherigen Verhalten in der Gesellschaft vorzutragen; sie konnten auch Vorschläge für die gerichtliche Entscheidung unterbreiten. Ferner hatten sie das Recht, gesellschaftliche Ankläger oder gesellschaftliche Verteidiger aus dem jeweiligen Kollektiv zu benennen. Sie standen nicht an der Stelle des Staatsanwalts bzw. des Rechtsanwalts oder unter diesen; sie hatten eine selbständige Funktion und sollten in der gerichtlichen Beweisaufnahme aus der Sicht des sie beauftragenden Kollektivs be- und entlastende Momente vortragen, um dem Gericht zu helfen, die Tat nicht nur juristisch, sondern auch politisch-moralisch, vom Standpunkt der gesellschaftlichen Interessen und Ansichten her, zu bewerten. Kollektivvertreter, gesellschaftliche Ankläger oder gesellschaftliche Verteidiger hatten also eine wichtige Funktion bei der Feststellung der Wahrheit und der Findung einer gerechten Entscheidung. Da es zu ihren Pflichten gehörte, über Verlauf und Ergebnisse des gerichtlichen Strafverfahrens in dem sie beauftragenden Kollektiv zu berichten, trugen sie dazu bei, dessen erzieherische Wirkung in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Diesem Zweck diente in besonderer Weise auch die Übernahme von Bürgerschaftsverpflichtungen, vornehmlich durch das Arbeitskollektiv, dem der Angeklagte angehörte. Mit solch einer Bürgerschaft (keineswegs zu verwechseln mit der gleichnamigen zivilrechtlichen Institution) übernahm das Arbeitskollektiv freiwillig bestimmte Aufgaben, um auf den straffällig gewordenen Kollegen erzieherisch einzuwirken, damit er nicht wieder straffällig würde. Solche

Bürgerschaftsverpflichtungen wurden vorwiegend im Zusammenhang mit Verurteilungen auf Bewährung oder bedingter Strafaussetzung von Arbeitsbrigaden übernommen und vom Gericht bestätigt, um die erzieherische Wirkung der gerichtlichen Entscheidung zu erhöhen und den Verurteilten vor Freiheitsentzug zu bewahren.

Mit diesen und anderen Maßnahmen, die hier nicht alle erörtert werden können, wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine konsequente demokratische Entwicklung der Justiz geschaffen. Dabei wurde immer wieder Neuland beschritten, und so konnte es nicht ausbleiben, daß auch Fehler begangen oder die gebotenen Möglichkeiten ungenügend ausgeschöpft wurden. Nicht selten kam es vor, daß Mitarbeiter derjenigen staatlichen Untersuchungs- und Rechtspflegeorgane,

welche die Mitwirkung der Bürger und ihrer Gemeinschaften am jeweiligen Strafverfahren vorzubereiten hatten, schematisch an ihre Aufgaben herangingen. Sie „erledigten“ sie auf bürokratische Weise, ohne die Besonderheiten des gegebenen Falles gebührend zu beachten oder drängten den betreffenden Kollektiv, statt sie umfassend und sachkundig zu beraten, ihre eigenen Vorstellungen auf. Auch wenn man zugute hält, daß es an Erfahrungen auf dem hier genannten Gebiet allenthalben mangelte und mancher Fehler auf unzulänglichen Kenntnissen und Irrtümern beruhte, so behinderten solche Defizite in der Arbeit der staatlichen Organe die Entfaltung der Potenzen, die im Wesen der demokratischen Orientierung begründet lagen.

Als einen großen Vorzug der Rechtspflege der DDR nenne ich hier schließlich noch die auf dem Gesetz beruhende Praxis, daß über Schadensersatzansprüche der durch Straftaten Geschädigten, seien es Bürger oder Betriebe, Genossenschaften oder andere Einrichtungen, unmittelbar im Strafverfahren entschieden wurde. Das gewährleistete, daß die Opfer von Straftaten relativ schnell und ohne aufwendige neue Prozesse entschädigt werden konnten. Gemessen an dem, was der Rechtsstaat Bundesrepublik hier an „Opferschutz“ leistet, war diese Praxis um vieles fortschrittlicher.

Eine solche Demokratisierung auf dem Gebiet der Rechtspflege, wie sie in der DDR vollzogen wurde, ist unter den Bedingungen der Kapitalherrschaft schlechterdings nicht möglich. Sie setzt eine grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, in erster Linie der Eigentums- und Machtverhältnisse voraus und vermag auf ihre Weise diese Umgestaltung zu fördern und zu unterstützen.

Ich habe vor allem die Entwicklung auf dem Gebiet der Strafverfolgung erörtert. Gerade hier wird die Zurücknahme der repressiven Funktion der Justiz besonders deutlich. Auch tritt die Bedeutung dieses Demokratisierungsprozesses bei der Anwendung strafrechtlichen Zwanges sinnfälliger zu Tage als in anderen Bereichen der Rechtspflege. Allerdings gab es gerade auf diesem Gebiet auch Erscheinungen, die der Entwicklung nicht förderlich waren. Die DDR befand sich auf dem Wege einer gewaltigen Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen der Menschen. Diese vollzog sich stets unter Widersprüchen, was auch bedauerliche negative Auswirkungen für Einzelne nicht auszuschließen vermochte. Diese Tatsache kann und darf bei einer objektiven und sachlichen Bewertung der Vergangenheit weder unterschlagen noch überbetont werden, wie es heute modern ist. Und gerade wegen dieser modischen Verteufelung und Diskriminierung des „SED-Regimes“ halte ich den Hinweis für angebracht, daß es die SED war, die dem Prozeß der Demokratisierung der Justiz immer wieder neue Impulse verlieh und die darauf drängte, erkannte Fehler und Schwächen rasch und nachhaltig zu überwinden. Auch das gehört zur historischen Wahrheit!

Dr. jur. Hans Kaiser

(5. Teil und Schluß der Serie)

Wer beugte in Deutschland die Paragrafen?

Willige Vollstrecker

In Conrad Talers Buch „Zweierlei Maß oder: Juristen sind zu allem fähig“ (PapyRossa Verlag, Köln 2002) wird bereits im Vorwort von Rechtsanwalt Heinrich Hannover die Eigenschaft der Juristen des kapitalistischen Deutschland dargestellt, sich der jeweiligen Situation entsprechend auf die Interessen der herrschenden Klasse und ihres Staates zu orientieren. Sie setzen heute diese Tradition der königlichen, kaiserlichen, republikanischen, faschistischen und alt-bundesrepublikanischen Justiz fort. Belegt wird das mit einer Fülle von Material am Beispiel der Rechtsbeugung. Diese Strafbestimmung spielte bekanntlich in der bisherigen Rechtsprechung kaum eine Rolle. Dafür sorgte die „Sauberkeit des deutschen Richterstandes“. Das gilt auch für die tausendfachen Morde und anderen Scheußlichkeiten der Nazi-Justiz. Die Bestrafung der verbrecherischen Nazi-Juristen wurde durch sogenannte Rechtfertigungsgründe verhindert, darunter das „Recht des Staates auf Selbstbehauptung“. Fanatischen NS-Juristen wurde „Rechtsblindheit“ zugute gehalten, die den Rechtsbeugungsvorsatz ausschloß. Die Nazi-Gesetzgebung wurde von der BRD als rechtmäßig anerkannt. Menschenrechte und Menschenleben spielten keine Rolle. Das innerstaatliche Nazi-Recht ging dem Völkerrecht vor.

Die Anpassungsfähigkeit der bürgerlichen Justiz kommt besonders deutlich darin zum Ausdruck, daß sie nach dem Anschluß der DDR diese Grundsätze für DDR-Juristen außer Kraft setzte und ins Gegenteil verkehrte. Die Strafbestimmungen über Rechtsbeugung wurden zu Sonderbestimmungen für die Verfolgung von DDR-Juristen umfunktioniert. Man leitete Tausende Ermittlungsverfahren ein und verurteilte Hunderte Richter und Staatsanwälte.

Die DDR-Juristen waren natürlich kein „sauberer Richterstand“, sondern Funktionäre eines „Unrechtsstaates“. Die West-Juristen bewiesen auch die Fähigkeit, einerseits zu erklären, sie würden nach den Regeln des Einigungsvertrages nur DDR-Recht anwenden, dieses andererseits aber so zu verdrehen und aufzuweichen, daß letztlich die Rechtsauffassungen der BRD-Juristen als Grundlage der Bestrafung dienten. Weitgehend wird die Rechtmäßigkeit der DDR-Gesetzgebung in Zweifel gezogen. Auf einmal geht Völkerrecht innerstaatlichem Recht vor. Menschenrechte wurden hochgespielt. Die Verletzung konkreter Gesetze (§ 244 StGB der DDR) wurde durch den Verstoß gegen allgemeine Rechtsgrundsätze ersetzt. Da ein Nachweis des Rechtsbeugungsvorsatzes nicht möglich war, unterstellte man ihn einfach, oftmals unter Hinweis auf das sozialistische Rechtsbewußtsein der DDR-Juristen.

Der Verfasser beschränkt seine Untersuchungen nicht auf die Strafverfolgung, sondern geht auch auf den Mißbrauch des Rentenrechts ein (Aberkennung von Entschädigungsrenten bei mißliebigen NS-Verfolgten wie Dr. Götz Berger). Gegen DDR-Juristen wurden auch in zahlreichen Fällen Berufsverbote verhängt (z. B. Nichtzulassung als Rechtsanwalt). Dies alles segneten höchste BRD-Gerichte ab.

Prof. Dr. sc. jur. Hans Weber

37000 € Haftentschädigung für einen Grenzposten-Mörder

Der Fall Jablonski

Mit Interesse habe ich den Beitrag von Gottfried Fleischhammer „Die Mär von der innerdeutschen Grenze“ gelesen. Ich stimme seiner Feststellung zu, „daß der (von der BRD) diktierte „Einigungsvertrag“ nur noch eine Alibi-Funktion hatte, um der Weltöffentlichkeit zu suggerieren, die Annexion der DDR sei „völkerrechtlich sauber“ über die Bühne gegangen.

War die DDR bei der Unterschriftsleistung unter den Einigungsvertrag noch angeblich gleichwertiger Verhandlungspartner für die BRD, so klang das nach der Unterschriftsleistung durch den Unterhändler Krause (CDU), einen heute kriminellen Straftäter, aus politischen Kreisen der BRD anders.

Am 9. Juli 1991 konnte auf dem Forum des Bundesjustizministers ein gewisser Herr v. Löwenstern unwidersprochen verkünden: „Was die sogenannte DDR und deren Regierung betrifft, so handelt es sich dort nicht einmal um einen eigenständigen Staat; diese sogenannte DDR ist niemals von uns staatsrechtlich anerkannt worden. Es gab ein einheitliches Deutschland, von dem ein gewisser Teil von einer Verbrecherbande besetzt war. Es war aus bestimmten Gründen nicht möglich, gegen diese Verbrecherbande vorzugehen, aber das ändert nichts daran, daß es ein einheitliches Deutschland war, daß selbstverständlich ein einheitliches deutsches Recht dort galt und auf die Verbrecher wartete.“

Der damalige Bundesjustizminister Kinkel war es, der am 6. 9. 1991 auf dem 15. Deutschen Richtertag von den Juristen der BRD forderte, „alles zur Delegitimierung der DDR zu tun“. Dieser Aufforderung kamen die mit der Durchführung der politischen Strafverfolgung beauftragten Richter und Staatsanwälte willfährig nach. Dazu gehörte auch die Rehabilitierung von Personen, die in der DDR schwerste Verbrechen begangen hatten.

Die Konsequenz des über die DDR-Bürger gekommenen Rechtsstaates bestand zunächst einmal darin, daß vertraglich eingegangene Festlegungen einseitig zum Nachteil von Bürgern der DDR ausgelegt und angewandt wurden. Ein solcher Fall war der des Mörders Jablonski.

Jablonski hatte als ehemaliger Angehöriger der DDR-Grenztruppen 1962 seinen Postenfürer durch Schüsse in den Rücken getötet und war, seiner Absicht folgend, in die BRD geflüchtet. Die zuständigen Behörden der BRD lehnten eine Auslieferung von Jablonski an die DDR ab und verurteilten ihn unter Anwendung des Jugendstrafrechts wegen Mordes zu 9 Jahren Freiheitsentzug. Er wurde

vorzeitig entlassen. Wegen versuchter räuberischer Erpressung wurde er erneut verhaftet und verurteilt. Nach Verbüßung seiner Strafe reiste er im Dezember 1978 legal in die DDR ein und wurde auf der Grundlage eines gegen ihn bestehenden Haftbefehls durch die zuständigen Organe der DDR verhaftet. Die Behörden der BRD mußten zur Kenntnis nehmen, daß die Verhaftung des Jablonski nicht gegen das Transitabkommen verstieß und nach den gesetzlichen Bestimmungen der DDR gerechtfertigt war.

Nach erfolgter Anklage wurde Jablonski durch das Militär-Obergericht Berlin wegen Mordes zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt. Über die Verhaftung und die Verurteilung berichteten die Medien der DDR. Die Hauptverhandlung war öffentlich. Ein Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der BRD nahm an allen Verhandlungstagen als Beobachter an der Gerichtsverhandlung teil. Er bestätigte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ die korrekt durchgeführte Hauptverhandlung und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Auf Ersuchen der zuständigen Behörden der BRD wurde Jablonski im Jahre 1988 begnadigt und in die BRD entlassen.

Nach der „Wende“ stellte er einen Antrag auf Rehabilitierung. Diesem wurde durch das Kammergericht Berlin entsprochen und das Urteil des MOG Berlin aufgehoben.

Damit war der Weg frei, einen auch durch ein Gericht der BRD verurteilten Mörder für die von ihm begangene Tat finanziell zu belobigen.

Die Zeitung „Neues Deutschland“ berichtete am 25. 10. 02 über den Vorfall und schrieb unter Verweis auf die Entscheidung des Kammergerichts Berlin: „Logische Folge für ihn (Jablonski) war der Anspruch auf Haftentschädigung. Das sah gestern das Bundesverwaltungsgericht genauso. Nunmehr stehen Jablonski 37 000 Euro Haftentschädigung zu.“

Die Entscheidungen des Berliner Kammergerichts und des Bundesverwaltungsgerichts sollten uns nachdenklich stimmen. Gab es nicht schon einmal eine Zeit in Deutschland, in der Mörder freigesprochen und belobigt wurden?

Wenn derartige „Alibi-Entscheidungen“ durch höchste bundesdeutsche Gerichte, unter Bezugnahme auf gesetzliche Regelungen des Einigungsvertrages (Art. 17), getroffen werden, dann macht man die Täter zu Opfern. Und das mit höchstrichterlicher Rechtsprechung im „Namen des Volkes“!

W. Kr.

Die schreckliche Vision des Dichters Erich Kästner (1899–1974)

Das letzte Kapitel

Am 12. Juli des Jahres 2003

lief folgender Funkspruch rund um die Erde:
Daß ein Bombengeschwader der Luftpolizei
die gesamte Menschheit ausrotten werde.

Die Weltregierung, so wurde erklärt, stelle fest,
daß der Plan, endgültig Frieden zu stiften,
sich gar nicht anders verwirklichen läßt,
als alle Beteiligten zu vergiften.

Zu fliehen, wurde erklärt, habe keinen Zweck.
Nicht eine Seele dürfe am Leben bleiben.
Das neue Giftgas kriechen in jedes Versteck.
Man habe nicht einmal nötig, sich selbst
zu entleiben.

Am 13. Juli flogen von Boston eintausend
mit Gas und Bazillen beladene Flugzeuge fort.
Und vollbrachten, rund um den Globus saugend,
den von der Weltregierung befohlenen Mord.

Die Menschen krochen winselnd unter die Betten.
Sie stürzten in ihre Keller und in den Wald.
Das Gift hing gelb wie Wolken über den Städten.
Millionen Leichen lagen auf dem Asphalt.

Jeder dachte, er könne dem Tod entgehen.
Keiner entging dem Tod, und die Welt wurde leer.
Das Gift war überall. Es schlich wie auf Zehen.
Es lief die Wüsten entlang. Und es schwamm
übers Meer.

Die Menschen lagen gebündelt wie faulende Garben.
Andre hingen wie Puppen zum Fenster heraus.
Die Tiere im Zoo schrieten schrecklich, bevor
sie starben.
Und langsam löschten die großen Hochöfen aus.

Dampfer schwankten im Meer, beladen mit Toten.
Und weder Weinen noch Lachen war auf der Welt.
Die Flugzeuge irrten mit tausend toten Piloten,
unter dem Himmel und sanken brennend ins Feld.

Jetzt hatte die Menschheit endlich erreicht, was
sie wollte.

Zwar war die Methode nicht ausgesprochen human.
Die Erde war aber endlich still und zufrieden
und rollte,
völlig beruhigt, ihre bekannte elliptische Bahn.

Dieses Gedicht, um dessen Veröffentlichung Renate und Prof. Dr. Harry Conrad aus Dresden baten, entstand etwa 1930. Kästner hatte 1946 in dem Bändchen „Bei Durchsicht meiner Bücher“ angemerkt: „Das Gedicht ... enthält vermutlich eine sachliche Unrichtigkeit. Der Verfasser hat sich wohl im Datum geirrt.“ ■

Sachsen-Anhalts Justizminister und die Nazi-Verbrecher

Schwierigkeiten mit der Wahrheit? (1)

Im Vorfeld des 70. Jahrestages des 30. Januar 1933 ließ der Justizminister von Sachsen-Anhalt, Curt Becker (CDU), verkünden, daß er im Jahre 2003 in Magdeburg ein Symposium veranstalten wolle, welches sich mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Verfolgung von NS-Verbrechen in der DDR befassen soll.

Ein begrüßenswertes Vorhaben und ein weiterer Schritt in Richtung Normalisierung des Umgangs mit Geschichte – so könnte man meinen. Aber weit gefehlt.

„Wir müssen mit dem Irrglauben aufräumen, in der DDR habe es eine konsequente und systematische Verfolgung von Naziverbrechern gegeben, während in der alten Bundesrepublik zu lasch vorgegangen worden sei“, soll der Herr Minister nach Zeitungsberichten gesagt haben. Und auch: „... noch immer hält sich der Mythos, daß in der DDR viel intensiver und erfolgreicher ermittelt worden ist ...“ Im Westen habe es über 102 000 Ermittlungsverfahren gegeben, die zu rund 6000 Verurteilungen führten. In der DDR hätten zwar fast alle 11000 Verfahren gegen Nazi-Verbrecher Verurteilungen bewirkt, aber es sei dabei verkannt worden, daß im Osten „oftmals unter Verletzung der Rechtsstaatlichkeit vorgegangen wurde“, wobei man „die Bürgerrechte der Verdächtigen mißachtet“ habe. „Naziverbrecher, die DDR-Funktionären genehm waren“, hätten mit Schonung rechnen können.

Da ist „Einspruch, Euer Ehren“ angezeigt. Herr Becker war von 1967 bis 1972 etwa fünf Jahre in der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen“ in Ludwigsburg als Staatsanwalt tätig. Von daher ist es durchaus nicht abwegig, sich vorzustellen, daß wir uns unter anderen Umständen in dieser Zeit hätten – gewissermaßen als „Kollegen“ in gleicher Sache – begegnen können. Wären da nicht Alleinvertragsanspruch und daraus resultierende Verweigerung eines zwischenstaatlichen Rechtshilfevertrages auf der einen Seite sowie politische Vorbehalte und Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der „Ludwigsburger Zentrale“ – vor allem wegen eigener Nazivergangenheit des ersten Leiters dieser Einrichtung – auf der anderen Seite gewesen.

Als in der DDR ausgebildeter Jurist und Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit war auch ich seit 1968 mit Ermittlungen und Untersuchungshandlungen zu Nazi- und Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit befaßt. Mehr als 20 Jahre lang habe ich als Mitarbeiter – zuletzt als deren Leiter – in der Hauptabteilung Untersuchung des MfS gehörenden HA IX/11 gearbeitet. Diese Dienst Einheit war im Rahmen der in der DDR dem MfS übertragenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten zur Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewissermaßen

hier die „zentrale Stelle“ für Ermittlungen und Beweissicherungsmaßnahmen, zur Prüfung von Anzeigen, Informationen und Ausgangsmaterialien vor Einleitung eines strafprozessualen Ermittlungsverfahrens.

Unterziehen wir also die „Vorgaben“ für das von Herrn Becker geplante Symposium einer näheren Betrachtung.

Abgesehen davon, daß es fraglich ist, ob die genannten Zahlen so überhaupt stimmen, will ich dazu anmerken, daß in der DDR schon Schüler der Unterstufe aus der Mengenlehre wußten: 6000 ist weniger als 11 000. Wieso das unter „rechtsstaatlichen Gesichtspunkten“ anders sein soll und nunmehr eine geringere Anzahl von Verurteilungen mehr sein soll als eine offensichtlich größere, verstehe wer will.

Ein Bäcker, der von seinen Brötchen – ob nun groß oder klein – nur etwa 6 % (6000 von 102000) an „den Mann“ bringen kann und auf 94 % seiner Ware sitzen bleibt, dürfte wohl kaum mehr „Umsatz“ gemacht haben als sein Nachbar, dem fast alle 11 000 abgenommen wurden.

Die anderen „Vorgaben“ erscheinen so, als seien sie an dem orientiert, was seit mehr als 12 Jahren nach dem „Wiedervereinigung“ genannten Anschluß der DDR an die BRD von ganzen Heerscharen offizieller „Geschichtsaufarbeiter“, selbtherrlicher Besserwisser und sich im Besitz des Wahrheitsmonopols glaubender umtriebiger Experten als „Wahrheiten“ von sich gegeben wird. Die Palette der damit befaßten „Professionellen“ und „Laienspieler“ reicht von schwarz über schwarz-braun, blau-gelb und grün bis rosa-rot.

Da werden z. B. Berge von Leichen aus 12 Jahren Naziterror und Völkermord verglichen und gleichgesetzt mit „Bergen von Akten“ aus 40 Jahren „SED-Diktatur“, was als „Auschwitz der Seelen“ deklariert wurde. In der ehemaligen Untersuchungsanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen, die zur Gedenkstätte für die „Opfer von Sowjet- und SED-Diktatur“ hergerichtet wurde, wird einem erstaunten Publikum das Gruseln gelehrt und eingeredet, dies sei das berüchtigte „Stasi-KZ“ und für die Opfer das „Dachau des Kommunismus“ gewesen.

Ob und wem in der DDR tatsächlich oder vermeintlich Unrecht geschah, darüber will ich hier nicht streiten.

Aber Nazi- und Kriegsverbrecher, die sich dort in Untersuchungshaft befanden und denen zweifelsfrei strafrechtlich relevante individuelle Tatbeteiligung an ungeheuerlichen und bestialischen Verbrechen nachgewiesen werden konnte – waren sie alle unschuldig? Im „Stasi-KZ“ befanden sich z. B. Dr. Fischer, der u. a. bei der Ankunft von Judentransporten im KZ Auschwitz bereits an der Rampe – wie im alten Rom mit dem Daumen nach oben oder unten – über Leben und Tod der Opfer entschied und damit unmittelbar und aktiv am Holocaust beteiligt war; Dr. Heißmeyer, der im KZ Neuengamme verbrecherische Experimente an Kindern durchführte, die zur Verschleierung dieser Untat im April 1945 in Hamburg an Fleischerhaken aufgehängt wurden; als „Kinder vom Bullenhusener Damm“ sind diese Nazi-Opfer bekannt.

Oder Gestapo-Kommissar Schmidt, der in Dresden die „Endlösung der Judenfrage“ organisierte, Transporte nach Theresienstadt selbst begleitete und auch nach Auschwitz in den sicheren Tod schickte.

KZ-Verbrecher wie diese – „Opfer“ von „Stasi-Willkür“ und „SED-Unrecht“?

Nunmehr sollen, wenn es nach Sachsens derzeitigem „Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen“ geht, in der DDR wegen Nazi-Verbrechen und Mordes Verurteilte, bei denen die nach in der DDR geltendem Recht ausgesprochene Höchststrafe in Leipzig vollstreckt wurde, in offizielle „Ehrungen“ einbezogen werden, da sie „Opfer unrechtmäßiger Gerichtsverfahren“ gewesen seien.

Warum wird nicht gleich – so ist man geneigt zu fragen – auch Hitler auf die „Ehrenliste“ gesetzt? Haben die „ehrenwerten“ Nazi-Verbrecher etwa nicht alle im Sinne des „Führerwillens“ bzw. auf „Führerbefehl“ gehandelt und die ihnen zur Last gelegten Verbrechen „im Namen des Führers“ begangen?

Oberstleutnant a. D. Dieter Skiba



*Die FüÙe auf dem Boden, den Kopf in den Büchern***Als Bauer in der DDR (4)**

In der Industrie entstanden sozialistische Brigaden. Sie stellten sich freiwillig das Ziel: „Sozialistisch lernen, arbeiten und leben“. Auch ich machte mir Gedanken darüber und versprach mir davon eine weitere Festigung der Kollektive. Wir erarbeiteten ein Programm. Allerdings versäumte ich es, den Vorsitzenden über unser Vorhaben zu informieren. Ich meinte, daß er dazu den Anstoß hätte geben müssen. Das von allen Melkern unterschriebene Programm heftete ich an die Tafel. Der Vorsitzende fühlte sich übergangen und reagierte sauer. LPG-Vorsitzende waren eben auch nur Menschen ...

Wir bemühten uns, das Leben der Melkerbrigade nach unserem Konzept zu gestalten. Am besten gelang uns der kulturelle Teil. Zu Geburtstagen bekam jeder ein Buchgeschenk mit Widmung, und wir besuchten gemeinsam Theatervorstellungen. Das bezahlten wir natürlich selbst. Die Organisation von Ausflügen bereitete mir viel Spaß. Mit dem Melkerkollektiv wanderten wir zur Felsenbühne Rathen, wo wir den „Freischütz“ sahen. Wer von den Älteren war überhaupt schon mal im Theater gewesen? Unsere Meta rief erschrocken aus, als in der Wolfsschlucht-Szene eine Brücke herunterbrach: „Oh Gutt, doas sullte ni boassiern!“ Neben mir auf der Zuschauerbank saß Emil. Ihn packte das Geschehen auf der Bühne so sehr, daß er fortwährend laut kommentierte. Ich hatte Mühe, ihn zu beruhigen.

Während einer Frauentagsfahrt besuchten wir die Ordensburg in Bautzen. Der eifrige Fremdenführer, ein älteres Männlein mit einem ansehnlichen Buckel, machte manches Spaßchen. Von einer Empore aus „segnete“ er mit viel Brimborium unsere Gruppe. Am Schluß der Führung sagte Hertha: „So, nun haben wir also auch noch den ‚Glöckner von Notre-Dame‘ gesehen.“ Der Film war gerade im Fernsehen gelaufen.

Zwischen 1956 und 1960 saß ich wieder auf der Schulbank. Das Abendstudium zum staatlich geprüften Landwirt war manchmal eine Quälerei! Besonders schwer fiel mir Mathematik. Davon hatte ich in der Lohsdorfer „Holzpantoffelschule“ nichts gehört. Meine Nichte Sigrid war Oberschülerin und half mir über manche Klippe hinweg. Trotzdem schrieb ich in der Klausurarbeit eine Fünf. Ich mußte zur Nachprüfung. Wieder auf die Jawa und runter nach Pillnitz. Vorher hatte ich fünf Baldrianperlen geschluckt. Im Prüfungsraum senkte sich der große Rechenschieber von der Decke. Damit hatte ich Potenz- und Wurzelrechnungen zu lösen. Als mich der Mathe-Dozent zum Schluß fragte, ob ich mit einer Drei einverstanden sei, antwortete ich erleichtert: „Ja!“ Meine Vorbereitung auf die Chemie-Klausur bestand darin, daß ich mir auf die Fingernägel chemische Formeln schrieb. Dafür lagen mir andere Fächer um so mehr. Der Dozent für Acker- und Pflanzenbau, Dr. Kohlmeier, rief mich oft mit den Worten auf: „Der Mann aus der Praxis.“ Schleierhaft blieb mir mein

Banknachbar Manfred. Er schlief fast nur, wurde er aber aufgerufen, wußte er stets die richtige Antwort.

Meine Abschlusarbeit schrieb ich über „Aufbau und Entwicklung der Rinderherde in der LPG Vereinte Kraft Lohsdorf“. Ich entwickelte unter anderem Ideen für zukünftige Weidekomplexe und Beispiele für die Anpflanzung von Weißdornhecken zur Einfriedung von Weiden. Heute ist das wieder aktuell. Geärgert habe ich mich über den LPG-Vorsitzenden. Ich schickte ihm meine Arbeit, und er schloß sie für immer in seinen Aktenschrank ein ...

Meine Fachschulklasse war die letzte, die umfassend zu Landwirten ausgebildet wurde. Später konzentrierte man das Studium auf ein Spezialgebiet. Das hatte etliche Nachteile. Als ich den Dozenten für Tierzucht, Dr. Popig, auf einer Veranstaltung traf, fragte ich ihn: „Warum haben wir eigentlich so viel trockene Theorie gepaukt, z. B. über den Aufbau der Zelle?“ Er antwortete: „Das weiß ich auch nicht. Was wir in der Praxis brauchen, ist Betriebswirtschaft.“ Spät kam die Erkenntnis. Er spürte es selbst. Die Dozenten waren in jenen Jahren vorübergehend in die Praxis geschickt worden, um sich in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu bewähren.

1960 wurde das Jahr des „sozialistischen Frühlings“ genannt. Agitationsgruppen – meist aus Industriebetrieben – überschwemmten die Dörfer. Jeder Kreis wollte als erster vollgenossenschaftlich sein, und deshalb sollten die Einzellbauern überzeugt werden. Das war Revolution von oben. Manche Bauern verschlossen einfach ihre Türen. Schnelle Erfolge ließen auf sich warten. Es war tatsächlich so, wie Rudolf Bahro Jahrzehnte später schrieb: „... daß auch ein ausreichendes Angebot an moderner Landmaschinen die Bauern keineswegs zur Hinnahme der Kollektivierung bewegt“. Hinzu kam, daß mancher Kreisratsvorsitzende recht eigenartige Vorstellungen davon hatte, wie man mit Menschen umgeht. Einer drohte uns LPG-Vorsitzenden: „Wer die Pläne nicht erfüllt, soll sich vor die Läden stellen und den Bürgern erklären, warum es zu wenig Brot gibt!“ Während einer Anleitung forderte ein anderer, wir sollten unsere „Simulierkugeln“ anstrengen. Allerdings gab dieser nur eine Gastrolle im Kreis.

Wir alten Hasen aus den Genossenschaften wurden zu Hilfe geholt. In Ehrenberg wirkte eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des MTS-Bevollmächtigten Manfred Heide. Sein Stabsquartier war in „Jakobs Gasthof“ eingerichtet. Ich sollte gemeinsam mit drei Agitatoren aus dem Fortschritt-Werk zu einem besonders „schweren Fall“, Bauer Willkommen, gehen. Er ließ niemanden über die Schwelle. Ich kannte ihn als wirtschaftsstarken Landwirt. Einst hatte ich als Leistungsprüfer seine Kuhherde für die Aufnahme in das Herdbuch vorgesehen. Wir kamen abends bei ihm an. Im Dunkeln stan-

den wir vor verschlossenem Tor. Ein Lichtschein fiel durch die Lattentür des Stalles. Die Bäuerin war abweisend: „Seid Ihr schon wieder da? Hier kommt keiner rein!“ Ich sagte zu meinen Begleitern: „Laßt mich mal!“ „Guten Abend, Frau Willkommen.“ „Herr Döring, sind Sie das?“ Plötzlich stellte sie all ihre Fragen, und ich beantwortete sie geduldig. Den Bauersleuten stand eine unruhige Nacht bevor. Am kommenden Tag unterschrieben sie die Eintrittserklärung in die LPG.

In Dittersbach wollte ein junger Bauer absolut nicht der Genossenschaft beitreten. Die Agitatoren hielten ihm eine Arbeit aus seinem Meisterlehrgang unter die Nase, in der er beschrieben hatte, wie sich das vollgenossenschaftliche Dorf entwickeln könnte. Der Bauer wurde rot vor Scham. Das war eine Erpressung. Schlechte Menschen gibt's.

Auch in Lohsdorf traten die letzten Einzelbauern in die LPG ein. Als ein Mann sich noch immer unentschlossen zeigte, drängte ihn seine Frau: „Unterschreibe nur, Arno!“ Er verstand sich hervorragend auf Holzreparaturen. Wir benötigten dringend sein Können. Dazu stand ihm die gut ausgestattete Stellmacherwerkstatt seines Vaters, eine Kostbarkeit, zur Verfügung. Arno wollte mit Samthandschuhen angefaßt werden. Aber nicht nur er hatte seine Macken, sondern auch sein Pferd. Wenn es die Fuhr nicht weiterziehen wollte, blieb es einfach stehen. Arno ließ es gewähren und wartete geduldig.

Die Bewirtschaftung von großen Flächen und die Haltung von großen Herden hatten gegenüber dem Kleinbetrieb unschätzbare Vorteile. Endlich konnten die Arbeitskräfte nach ihrem Können eingesetzt werden. Anfang der 60er Jahre waren die Einkünfte des einzelnen LPG-Mitgliedes noch bescheiden. Der durchschnittliche Jahresverdienst lag bei 4100 Mark. In dieser Summe waren die Produkte, die je nach Arbeitsleistung ausgezahlt wurden, noch nicht enthalten. Die Genossenschaft richtete einen Hilfsfonds ein, der bedürftige Mitglieder vor der Armut bewahrte. **Werner Döring, Hohnstein**

Rechtschreibung ist Glückssache**Daß das ...**

Es kommt immer wieder vor, daß das Daß anstelle des Das als daß gesetzt und daß das Das durch das Daß ersetzt wird; daß das mit Das verwechselte Daß ebenso wie das Das, das mit einem Daß vertauscht wird, bei einem Rechtschreibkundigen ein Schmunzeln hervorruft. Dabei ist das Problem, daß das Daß nicht mit dem Das und das Das nicht mit daß verwechselt werden darf. Man beachte eine ganz einfache Regel: Ist das fragliche Das durch die Worte „dieses“, „jenes“ oder „welches“ austauschbar, so ist das Daß ein falsches Daß und das Das ein richtiges Das; andernfalls ist das Daß ein richtiges Daß und das Das ein falsches Das.

T. I., Berlin-Marzahn

Eindrücke von einem Symposium des Deutschen Freidenkerverbandes

Debatte um Lebensfragen

„RotFuchs“ dankt für die Einladung zum Symposium des Deutschen Freidenkerverbandes e. V., das am 22. Februar 2003 in Berlin stattfand. Das Thema lautete: „Bioethik im Spannungsfeld zwischen Moderne und Tradition“. Bundesvorsitzender Klaus Hartmann forderte zum Dialog für die weitere Entwicklung wissenschaftlicher und kultureller Konzeptionen des Verbandes auf, der sich als Bewahrer und Weiterentwickler materialistischer Philosophie versteht und das Menschenrecht auf selbstbestimmtes Leben als grundsätzlich betrachtet.

In der imperialistisch dominierten Welt von heute mit ihren Raubkriegen, mit Ausbeutung und Demütigung ganzer Völker werden Fortschritte von Wissenschaft und Technik einerseits Gegenstand mißbräuchlicher profitbringender Verwendung; andererseits sind vaticanisch-fundamentalistische Sichtweisen und Praktiken auch in Deutschland offizielle Regierungspolitik. Prof. Dr. phil. Rolf Löther umriß in seinem anspruchsvollen, ausgewogenen Vortrag Definitionen, Arbeitsgegenstand und Problematik der Bioethik. Fragen nach dem Zeitpunkt menschlichen Lebensbeginns, nach Bedeutung und Inhalt des Klonens, der Gewinnung und Bearbeitung menschlicher und tierischer Zellen sowie der ethischen Wertung dieser Forschungsrichtung waren auch Gegenstand der Diskussion, wobei sich zeigte, daß klare Antworten auf manche Fragen erst von weiteren wissenschaftlichen Entwicklungen erwartet werden können. Dr. Ulf Rassmann, Chemiker, referierte informativ und systematisch über Gentechnik, ihre Theorie und Praktik, ihre zivilen Anwendungsgebiete Medizin und Pflanzenzüchtung, wobei eindrucksvolle Ergebnisse zum Nutzen von Mensch und Tier vorgestellt wurden. Gegensätzlich dazu die Schilderung schrecklicher biologischer Kampfmittel

zur Durchsetzung imperialistischer Ziele, zur Menschenvernichtung, zur Zerstörung von Infrastrukturen und Existenzgrundlagen! Dr. Uta Mader und Gottfried Schunke eröffneten mit gründlich belegten Untersuchungsergebnissen und klaren persönlichen Haltungen in ihren Vorträgen zu „Suizid, Sterbehilfe – Selbst- oder Fremdbestimmung“ eine auch künftig weiterzuführende Debatte: Welche noch ungenutzten Möglichkeiten bietet die Medizin für die letzte Lebensphase („In der Schmerztherapie ist Deutschland ein Entwicklungsland“), welche sozialen Faktoren sind von Bedeutung, und wie können sie beeinflusst werden? Können die enormen Kosten, die häufig anfallen, unter dem

Diktat der Medizinkonzerne überhaupt minimiert werden? Ist es ethisch vertretbar, einen Schwerstkranken gegen seinen erklärten Willen zum Leben zu verpflichten? Die Meinungen dazu blieben – nicht unbegründet – different, die Diskussion ist erst eröffnet.

Ausblick des Vorsitzenden Klaus Hartmann und des Moderators Wolfgang Fleischer: Der DFV hat nicht die Aufgabe, definitive Lösungen, sondern vielmehr die Bewahrung gesicherter Erkenntnisse in Natur und Gesellschaft aus humanistischer, materialistischer und antiimperialistischer Sicht wie auch Beiträge zu deren konstruktiver Weiterentwicklung anzubieten. **Dr. med. Regine Fischer**

**Tu deinen Mund auf
auch für die andern
fürchte nicht, es fehle dir zur ganzen Wahrheit
Über die verfügen wir nicht**

**Sprich für dich
anders entflammt keine Leidenschaft
jemandes Niederlage wirst du sein
und eines anderen Hoffnung**

**Irgendwann schreit dir die Erfahrung zu
schweig und rette dich in den Schatten
gib dir einmal nach
mögen andere sich riskieren
ruhe dich endlich aus**

**dann geh eine Weile aus dem Visier
nenn dich nicht feige
rette dich
auch du darfst einmal schwach sein
ergib dich mutig und erhole dich**

**aber dann komm wieder
und tu deinen Mund auf**

**Gisela Steineckert
(Aus: Das Schöne an der Liebe)**

Der deutsche Adler

Noch kreuzt hoch in den Lüften mit ruhigen Schwingen der Adler,
beinahe gleicht er der weißen Friedenstaube von weitem.

Längst aber hat er erspäht die Beute, die unten am Boden
freche Räuber schon packen und gleich in Teile zerlegen.

Wird er lange noch zusehn, wie andere das Opfer zerteilen?

Bald stößt er pfeilschnell herab und bohrt ins Fleisch seine Krallen,
ganz und gar Raubvogel jetzt – keiner mehr glaubt ihm die Taube.

Eva Ruppert

Thalyss

Einmal wird eine Schwebebahn

Vom Elysee zum Kreml fahrn.

Den Roten Reichstag zu Berlin

Sieht sie an sich vorüberziehn.

Drückt einen Knopf der Passagier,

Hält sie auch hier.

André Thiele

Warum Pyongyang den Kernreaktor wieder anwerfen will

Gravierender Energiemangel in der KDVR

Seit die Regierung des fernöstlichen Landes angekündigt hat, den Atomreaktor von Yongbyon (nördlich der Hauptstadt Pyongyang gelegen) wieder in Gang zu setzen, kommt die Koreanische Demokratische Volksrepublik nicht mehr aus den Schlagzeilen der internationalen Medien. Von der künftigen Atomwaffenproduktion oder bereits dem Besitz von Atombomben bzw. atomaren Sprengköpfen ist die Rede, und aus den USA ließ Verteidigungsminister Donald Rumsfeld verlauten, daß der drohende Irak-Konflikt sein Land nicht daran hindern würde, auch gegen Nordkorea vorzugehen, denn Amerika sei in der Lage, gleichzeitig zwei Kriege zu führen und zu gewinnen.

Anfang vorigen Jahres bereits hatte US-Präsident Bush die KDVR zur „Achse des Bösen“ gezählt und sie als „Schurkenstaat“ diffamiert. Kurz danach wurden „Notfallpläne“ des Pentagons bekannt, die auch den Einsatz von Kernwaffen gegen die KDVR vorsehen.

Das alles hat natürlich zu einer eklatanten Verschlechterung der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten beigetragen, die 1994 in einer Rahmenvereinbarung sowohl die Lösung des Nuklearproblems auf der koreanischen Halbinsel als auch die Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Kontakte bis hin zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der KDVR vorsahen.

Selten wird danach gefragt, warum denn Pyongyang sich jetzt entschieden hat, die Atomreaktoren wieder anzuwerfen, nachdem sie entsprechend der Vereinbarung mit den USA außer Betrieb gesetzt wurden. Damals hatte die KDVR die Zusage, daß anstelle der Atomreaktoren, bei denen auch militärisch nutzbares Plutonium gewonnen wird, durch ein internationales Konsortium zwei Leichtwasserreaktoren zur Stromerzeugung gebaut werden, die bis 2003 fertiggestellt sein sollten.

Bis zu deren Inbetriebnahme würden Nordkorea jährlich 500 000 Tonnen schweres Heizöl von den USA geliefert. Damit sollten die Energieverluste, die durch die Stilllegung der graphitmoderierten Reaktoren verursacht wurden, ausgeglichen werden. In einem Brief versicherte der damalige US-Präsident Bill Clinton der KDVR-Regierung, daß er „alle Vollmachten“ seines Amtes einsetzen werde, damit „die Vereinbarungen zur Finanzierung und zum Bau des Leichtwasser-Reaktorprojektes reibungslos“ realisiert werden können.

Nun ist allerdings im vorigen Jahr gerade mal der Grundstein für die Leichtwasserreaktoren gelegt worden, von Fertigstellung in nächster Zeit keine Rede, und die USA haben den Stopp der Heizöllieferungen beschlossen.

Hintergrund für den abrupten Abruch der Heizöllieferungen waren Behauptungen, nach denen die KDVR bei einem Besuch

des US-Sonderbotschafters James Kelly in Pyongyang im vergangenen Herbst ein geheimes Atomprogramm zugegeben habe. Nordkorea dementierte sofort, und bis heute kann nicht nachgewiesen werden, daß es bei diesen Gesprächen jemals ein solches „Eingeständnis“ gab. Aber mit der Einstellung der dringend benötigten Heizöllieferungen begann sich ein Mechanismus in Bewegung zu setzen, der ins Unkontrollierbare zu geraten scheint.

Ohne Heizöl kein Strom und keine Wärme. Damit bleiben unzählige Wohnungen in Nordkoreas Städten, die mit Elektroenergie beheizt werden, kalt. Und das bei eisigen Außentemperaturen von bis zu minus 30 Grad. Was das für die Menschen in der KDVR bedeutet, die ohnehin durch die katastrophale Ernährungssituation in den vergangenen Jahren arg gebeutelt sind, kann man sich kaum vorstellen. Raumtemperaturen von weniger als fünf Grad Wärme sind leider keine Ausnahme.

Das aber, so wird es offiziell in Pyongyang erklärt, ist der Grund für die Wiederinbetriebnahme des Atomreaktors von Yongbyon.

Den durch eine Hungersnot bereits stark geschwächten Menschen in Nordkorea droht jetzt durch die Willkür der USA auch noch der Kältetod. Die Regierung der KDVR hat in jüngsten Stellungnahmen immer wieder betont, daß es ihr mit der Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerkes in keiner Weise um die Herstellung von Atomwaffen gehe, sondern einzig um die Produktion von dringend benötigter Energie. Nun wird argumentiert, daß die Menge des in Yongbyon produzierten Stromes viel zu gering für die Versorgung der Bevölkerung sei, also könne es sich nur um eine geplante Atomwaffenproduktion handeln. Da darf die Gegenfrage erlaubt sein: Wenn man gar keine Energie hat,

hilft dann nicht auch eine geringe Menge, um etwas Leid abzuwenden?

Den martialischen Tönen aus Washington setzt der Nachbar Südkorea eine auf Dialog orientierte Politik entgegen. Sowohl der ehemalige Präsident, Friedensnobelpreisträger Kim Dae Jung, als auch der seit dem 25. Februar 2003 amtierende Roh Moo-hyun lehnen die von Washington ins Auge gefaßten Optionen Krieg und Wirtschaftssanktionen strikt ab, da sie furchtbare Folgen haben würden. Nicht nur Nord-, sondern natürlich auch Südkorea hätte unter einem militärischen Schlagabtausch entsetzlich zu leiden.

Noch sind in Nord- und Südkorea die Erinnerungen an den Krieg (1950–53) sehr präsent, der laut Untersuchungen der Koreanischen Wahrheitskommission 4,6 Millionen Tote gefordert hat. In diesem Krieg, der vor 50 Jahren mit der Unterzeichnung eines Waffenstillstands beendet wurde, sind von den USA auch biologische Waffen eingesetzt worden. Obwohl offiziell immer wieder bestritten, konnte nachgewiesen werden, daß von Januar 1952 an biologische Kampfmittel wie Cholera-, Pest-, Milzbrand-, Ruhr- und Typhuserreger von Flugzeugen über Nordkorea abgeworfen oder eingeschleust worden sind.

Die gegenwärtige Krise zwischen den USA und der KDVR kann nur im Dialog beider Staaten gelöst werden, so wie es Pyongyang mehrfach gefordert hat. Auch die Bitte Nordkoreas um Vermittlung durch Großbritannien könnte Aussicht auf Erfolg haben, genauso wie der Vorschlag Südkoreas, die EU in eine Lösung einzubeziehen. Die Nachbarn China und Rußland setzen sich ebenfalls für eine friedliche Regelung des Atomstreits ein, denn ein Krieg der USA gegen die KDVR würde auch ihren ureigensten Interessen schaden.

Dr. Anne-Katrin Becker



Bush am 38. Breitengrad

Aus: „Solidaire“, Brüssel

Wie der 11. September Washingtons Welteroberungsstrategie einleitete

Griff nach dem Globus

Ekkehard Saueremann hat ein Buch vorgelegt, das Staunen hervorruft. Geschockt durch die „Polarisierung nach dem 11. September 2001“ betrieb der 73jährige ein intensives Literaturstudium, sammelte Quellen en masse und schrieb in neun Monaten ein immerhin 579 Seiten umfassendes Fundamentalwerk, das dokumentiert, analysiert, polemisiert, synthetisiert und – Mut macht: vorzugsweise den Linken, aber letztlich all denen, die die Entwicklung in der Welt mit Sorge betrachten. So optimistisch kann nur einer sein, der unerschütterlich und unverbesserlich dem Widerstandswillen der Menschen vertraut und die Menschheit nicht abgeschrieiben hat, ein politisch denkender Wissenschaftler, der mittels „eines konsequent historischen Herangehens“ die gegenwärtige weltpolitische Situation und die sich abzeichnenden Perspektiven erklärt und folgerichtig, ungekünstelt und ohne die heute übliche Zurückhaltung „Strategie mit Prognose verbindet“. „Die Weltgemeinschaft befindet sich nicht nur an der Schwelle eines erneuten Kriegsverbrechens – diesmal von einer solchen Dimension, daß damit alle existentiellen Grundlagen erschüttert werden. Sie befindet sich gleichzeitig an der Schwelle zur Einleitung einer neuen demokratischen und friedliebenden Weltordnung, in der sich alle humanistischen und schöpferischen Kräfte der menschlichen Gattung voll zu entfalten vermögen“, schreibt Ekkehard Saueremann.

Der in Halle beheimatete Professor verfügt über gründliche politologische, soziologische und philosophische Kenntnisse und hat sich speziell mit revolutionstheoretischen Problemen befaßt. Er ist ein kritischer Geist, der das Denken nicht eingestellt hat, weil alles anders gekommen ist, und der nicht enttäuscht und beleidigt oder nur kontemplativ geblieben ist. Diese Haltung ist auch die ethische Grundlage und der Anspruch seines Buches, wenn er von der theoretischen Herausforderung spricht, „der politisch-praktischen Bewegung gegen den Krieg eine fundierte Orientierung zu vermitteln“.

Im Zentrum der Arbeit Saueremanns stehen die beiden Weltlager nach dem 11. September, die reichen Guten und die bösen Armen: das Reich des Bösen, bekämpft von den Guten mit den USA an der Spitze. Ausgangspunkt ist die Kriegserklärung der US-Führung gegen die Welt des Bösen, die sogenannten Terroristen, „um eine Welt-Kriegs-Ordnung durchzusetzen“. Die Kriegsbegründungen werden hinterfragt, auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft und sowohl in größere historische Zusammenhänge gestellt wie in die spezifischen Kontexte gebracht. George W. Bush, im Buch am häufigsten genannt (gefolgt von Osama bin Laden), ist eben keine Witzfigur oder kein unbedarfter Cowboy, der zufällig Präsident geworden ist, sondern Repräsentant mächtiger wirtschaftlicher

und geopolitischer Interessengruppen, Vollstrecker („Täter“) eines politischen Systems, das auf Ausbeutung beruht, Maximalprofit anstrebt, hegemoniale Ambitionen hegt und einen Wahn von der eigenen Größe hat. In ihm ist das nationale und individuelle Selbstbewußtsein von eben diesem Größenwahn infiziert. Den Bürgern seines Landes wird versichert, sie seien kulturell hochstehender als alle anderen in der Welt, sie verteidigten die obersten Werte der menschlichen Zivilisation und seien daher befügt und verpflichtet, diese Welt nach ihrem Bild zu formen. Solche Systeme brauchen einen Hauptfeind. Den USA war mit dem Sieg im Kalten Krieg und dem Zusammenbruch der Sowjetunion dieser abhanden gekommen. Der 11. September 2001 ereignete sich da wie gerufen. Die Katastrophe wurde durch ihre reale und mediale Bedeutung zum Katalysator der Fixierung auf einen neuen Hauptfeind: den internationalen Terrorismus. War against terror, die ständige Schlagzeile von CNN in jener Zeit, ist kein Blitzkrieg, sondern ein Dauerbrenner. Bush will die Welt auf eine lange Auseinandersetzung mit dem Reich des Bösen, auf den „ununterbrochenen weltumspannenden Krieg“ programmieren.

Die süchtige Fixierung auf einen starken Hauptfeind, die Konstruktion des neuen Feindbildes hat zwei Funktionen: eine nach innen und eine nach außen. Im Innern – darauf geht Saueremann weniger ein – schweißt sie zusammen, verkleistert sie die sozialen Widersprüche, ermöglicht sie einen strengen Kurs gegen Andersdenkende. Das nationale Zusammenrücken, fähnchenschwenkend, wurde sofort beschworen und in den Medien überquellend präsentiert. Nach außen legitimiert diese Konstruktion das geostrategische Machtstreben und jedwede Maßnahme im Ausland bis hin zur standrechtlichen Erschießung einer als feindlich betrachteten Person. Sie führt zur Voluntarisierung und Brutalisierung der Politik, zur Entfreundlichkeit des Umgangs der Völker und Ethnien, zu der neuen weltpolitischen Polarisierung, um die es in Saueremanns Buch geht.

Dabei wird auch ein Einblick in die Werkstatt der Konstrukteure des neuen Feindbildes vermittelt. Der Autor schenkt den „Vordenkern“ Huntington, Brzezinski,

Bassam Tibi Beachtung. Mehr noch aber befaßt sich Saueremann mit den ideellen und politisch-theoretischen Repräsentanten der Anti-Kriegspartei, insbesondere den US-amerikanischen Wissenschaftlern Noam Chomsky und Chalmers Johnson. In bezug auf die Rolle der Linken wird das Buch „Empire“ von Michael Hardt und Antonio Negri in das Zentrum der Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung gerückt. Gerade dadurch, daß die Polemik im Buch nicht allgemein ist, sondern international bekannte Experten zu Wort kommen (besonders auch deutsche Autoren bis Mitte 2002), wird eine große Authentizität der Aussagen erreicht.

In seinem Buch weist Saueremann auf die Verschärfung der sozialen, kulturellen, ökologischen Probleme in der Welt hin und stellt tatsächlich die Frage, die der brave Bürger heutzutage wohl kaum denkt: Ist die Weltmacht USA am Ende? Nicht, daß sich der Verfasser hämisch darüber freuen würde. Seine Freude gilt den Widerstandskräften „überall auf diesem Planeten“, dem Ringen um die Zukunft der Menschheit. Freilich, wie die neue, bessere Welt aussehen soll und worin der Weg dahin bestehen könnte, darüber verkündet Saueremann keine letzten Gewißheiten. Dagegen wehrt er sich vehement, aber eben auch gegen jene Überzeugtheit, daß man gar nichts machen könne und folglich das Denken einstellen solle oder gar nicht erst aufkommen lassen müsse.

Kann man dieses monumentale Buch in einem Zug von vorn bis hinten lesen? Wohl kaum. Aber hat man sich einmal an die Saueremannsche Diktion gewöhnt, seine Ausführlichkeit als Vorzug angenommen und hinter seiner Hartnäckigkeit ein humanistisches, weiches Gemüt erkannt, dann zieht einen das Buch in seinen Bann. Vielleicht wird dem Leser bei der Lektüre nicht gerade der Atem geraubt, aber bestimmt auch nicht der Verstand. Jedenfalls macht das Buch, bei allen Gefahren, die es benennt, weder traurig noch hilflos. Es ist motivierend für alt und jung – von einem motivierten, altersweisen, jugendfrischen Autor.

Prof. Dr. habil Kurt Starke, Zeuckritz

Ekkehard Saueremann: Neue Welt Kriegsordnung. Bremen: Atlantik 2002. Preis: 25 Euro. ISBN 3-926529-43-1

Harpal Brar tritt Reise an

Der bekannte indische Gelehrte Harpal Brar, London, unternimmt in den Monaten März und April 2003 eine Lesereise zu seinem „Perestroika“-Buch

Hier die Orte und Termine:

10. März, 18.00 Uhr Dresden
Haus der Begegnung
26. März, 19.30 Uhr Darmstadt
Heiner-Lehr-Bürgerzentrum
27. März, 20.00 Uhr Heidelberg
Eine-Welt-Zentrum
28. März, 19.00 Uhr Gelsenkirchen
Alternative e. V.
4. April, 18.00 Uhr, Jena
Stadtteilzentrum „Lisa“
7. April, 19.00 Uhr Berlin
Altes ND-Gebäude

8. April, 19.00 Uhr Schwedt
Kosmonaut
9. April, 18.00 Uhr Strausberg
Restaurant „Sticker“
10. April, 18.00 Uhr Leipzig
Stadtteilzentrum „Messemagistrale“
11. April, 19.00 Uhr Potsdam
Rosa-Luxemburg-Stiftung
12. April, 10.00 Uhr Bernau
Treff 23

Entsprang die „erfolgreiche Testung“ einer Abfangrakete der Phantasie?

Der Bluff der Sternenkrieger

DZ: HTDr. Theodore Postol, Physiker am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und Kritiker des multi-milliarden-teuren Sternenkriegsprojekts der USA, spricht vom „ernstlichsten Betrug, den wir jemals an einer der großen Universitäten Amerikas erlebt haben“. Postol und andere führende Wissenschaftler der Vereinigten Staaten stellen die Testergebnisse des Rüstungslieferanten TWR infrage, laut denen 1997 eine Abfangrakete erfolgreich ein anfliegendes Feind-Geschoß traf – ein Unterfangen, das in etwa dem Treffer einer Patrone im Flug durch eine andere gleichkommt. Auch behauptet TWR, daß die Abfangrakete zwischen dem atomwaffenbestückten feindlichen Flugkörper und den mitfliegenden Attrappen zu unterscheiden imstande sei – ein Anspruch, den Dr. Postol und viele seiner Kollegen „in höchstem Grade verdächtig“ finden. Bereits 1997 wurden Zweifel an den Testergebnissen von TWR laut, als einer der Angestellten des Konzerns, Nira Schwartz, behauptete, sie seien gefälscht worden. Bald darauf bezichtigte das General Accounting Office (der „Finanz-Wachhund“ des USA-Kongresses) die Firma TWR, ihre

Angaben über die Leistungsfähigkeit des Abfangmechanismus seien „außerordentlich irreführend“.

Infolge der Fragwürdigkeit der angeblich erzielten Treffer beschuldigte Dr. Postol das Massachusetts-Institut, keine zuverlässige wissenschaftliche Überprüfung der Testergebnisse durchgeführt zu haben. Der Abteilungsleiter für Aeronautik und Astronautik des MIT, Ed Crawley, veranlaßte schließlich eine Revision, um das Institut und seine Wissenschaftler vom Verdacht der Komplizenschaft bei der vermuteten Fälschung zu entlasten.

Dr. Postol hat das Raketen-Abfangkonzept seit Jahren beharrlich kritisiert. Seine Ansicht, das MIT habe sich „ernstlicher wissenschaftlicher Fälschung“ schuldig gemacht, kann daher nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Andere Kritiker wiesen darauf hin, daß die akademische Unabhängigkeit des MIT – einer führenden Hochschule der Vereinigten Staaten – durch alljährliche millionenschwere Regierungsaufträge kompromittiert sei.

Das skandalumwitterte Verteidigungssystem wurde im Präsidentschaftsmanifest des Herrn Dabbelju Bush vom Jahr

2000 angepriesen und ist bis heute ein Glaubensartikel der republikanischen Sternenkrieger Washingtons. Die Kündigung des ABM-Vertrages, der 1972 mit der Sowjetunion abgeschlossen worden war, sollte den Weg zur weiteren Festigung des amerikanischen Hegemonieanspruchs im All ebnen. Bereits im Dezember vergangenen Jahres kündigte Bush die Installation von zehn Reketenabfang-Raketen in Alaska an, die bis 2004 abgeschlossen sein soll. Bemerkenswerterweise wurde der Rüstungsauftrag diesmal an den Konzern Raytheon und nicht an TWR vergeben.

Übrigens: Bereits nach dem Golf-Krieg stellte Dr. Postol die Behauptung des Pentagons infrage, in Israel stationierte amerikanische „Patriot“-Raketen hätten im Anflug befindliche irakische „Skud“-Raketen abgeschossen. Nachdem der Physiker anfangs verhöhnt worden war, wird seine Behauptung heute als korrekt akzeptiert.

Dr. Vera Butler, Melbourne, gestützt auf die Londoner „The Times“ und die Zeitung „The Australian“ vom 4./5. Januar 2003

Wie die USA in Litauen ihren Wunschkandidaten durchfallen sahen

Enttäuschte Erwartungen

So klein Litauen auch sein mag, es hat doch dem „Großen Satan“ eine schmerzhaft Verletzung beigebracht. Kurzum, am 6. Januar 2003 wählte es den falschen Präsidenten. Die Warnsignale tauchten bereits im späten November auf. Es sollte Litauens Tag des Triumphes werden. Das Land war für die Mitgliedschaft in NATO und EU auserkoren worden. George W. Bush wollte höchstpersönlich zur dankbaren Nation sprechen. An seiner Seite stand die Vaterfigur des rüstigen 76jährigen Präsidenten der vormaligen Sowjetrepublik, Valdas Adamkus, der eigens aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrt war, um die Heimat aus ihrer grauen kommunistischen Vergangenheit in eine strahlende euro-atlantische Zukunft zu steuern. Aber nur 5000 von den 20 000 Eintrittskarten zu der Festlichkeit hatten Abnehmer gefunden.

Adamkus stand in der Erwartung zur Wiederwahl bereit, daß er sich nur an die Rockschöße Bushs zu heften brauche, um seine Stimmenzahl emporschnellen zu lassen. Und laut Angaben der Meinungsforscher segelte er einem Wahlsieg mit 70 % entgegen. Jedoch in der ersten Runde Mitte Dezember kam Adamkus nur auf 35 %. Zu einer beschämenden zweiten Runde gezwungen, wurde er von Rolandas Paksas geschlagen, einem 46jährigen Expremier, der ausgebootet worden war, weil er einem Privatisierungsabkommen mit der US-Ölgesellschaft Williams nicht zugestimmt

hatte. Das Arrangement war typisch für die post-kommunistische Marktwirtschaft: Die Profite wurden privatisiert, aber die Kosten, Litauens Ölraffinerie auszumisten, sozialisierte man.

Obschon Paksas nach seinem Triumph beeuerte, er unterstütze die Mitgliedschaft in NATO und EU, hat sein Wahlsieg den Brüsseler doch kalte Schauer über den Rücken laufen lassen. Litauen ist die erste der drei baltischen Republiken, die über die Zugehörigkeit zur EU abzustimmen hat. Der Westen war sich sicher, daß Adamkus der Schrittmacher zur Integration sein würde. Jetzt scheint das Ganze nicht mehr ganz so gewiß.

NATO-Generalsekretär Lord Robertson erinnert uns immer wieder daran, daß die Mitgliedschaft in der Allianz nicht kostenfrei ist. Wenn auch die baltischen Staaten heute nur etwa zwei Drittel ihres Standes von 1991 erwirtschaften, müssen sie doch moderne amerikanische und britische Waffen kaufen, wenn sie ihre Rolle in der NATO erfüllen sollen. Zu einer Zeit, zu der Rußland bereit ist, seine Einflußsphäre auf einen Radius von 80 km um St. Petersburg zu begrenzen, und Präsident Bush von Wladimir Putin als „meinem Freund“ spricht, fragen sich die Litauer, warum sie ihre Verteidigung eigentlich stärken sollen.

Auch die Mitgliedschaft in der EU gibt es nur zu einem hohen Preis. Schon jetzt ist die Landwirtschaft der baltischen Staaten

zusammengebrochen. Gleichzeitig besteht Brüssel auf Weltmarktpreisen für Energielieferungen und auf der Schließung von Litauens einzigem einheimischem Elektrizitätserzeuger, der Nuklearanlage Ignalina, angeblich aus Gründen des Umweltschutzes.

Durchschnittslitauer waren mit politischen Meinungsäußerungen gegenüber westlichen Besuchern zurückhaltend. Allerdings konnte man aus zögernden Andeutungen entnehmen, daß Armut, die hohen Heizkosten und die Korruption Hauptsorgen der Menschen sind, nicht aber die versprochenen 200 Stellen in der Brüsseler Bürokratie für die glücklichen Kinder der Elite. Paksas griff die wirklichen Anliegen der Wähler auf, während Adamkus eine Art Potemkinsches Dorf darstellte, dessen eigene Ehrsamkeit die Bestechung und Verarmung verdeckte, die unter ihm gediehen.

Es sind nur 12 Jahre her, seit die winzigen Baltenstaaten den Lauf der Geschichte veränderten und den Zusammenbruch der Sowjetunion in Gang setzten. Wäre es möglich, daß die Niederlage des westlichen Kandidaten in Litauen zum Strohalm im Wind für kommende Abstimmungen zur EU- und NATO-Erweiterung wird?

Mark Almond, Oxford

Den Artikel, der am 13. Januar 2003 in der britischen linksliberalen Zeitschrift „New Statesman“ erschien, übersetzte **Dr. Vera Butler**.

!Presente!

■ Am 14. März gedenken wir des 50. Todestages von **Klement Gottwald**. Der tschechoslowakische Kommunist, Staatsmann und Arbeiterführer wurde am 23. 11. 1896 in Dedice geboren; er starb am 14.3.1953 in Prag, Der Sohn eines Kleinbauern war 1921 Mitbegründer und 1929 Generalsekretär der KPTsch; 1928–1943 deren Vertreter in der Kommunistischen Internationale; 1939 emigrierte er auf Beschluß des ZK seiner Partei in die UdSSR und war von dort aus maßgeblich an der Organisation der tschechoslowakischen Befreiungsbewegung gegen die faschistischen Okkupanten beteiligt. 1945 war er Stellvertretender Ministerpräsident, 1945 bis 1953 Vorsitzender der KPTsch, 1946 bis 1948 Ministerpräsident; 1948 bis zu seinem Tode Präsident der Tschechoslowakischen Republik.



Anfang 1988 zeigte das DDR-Fernsehen den tschechoslowakischen Film „Gottwald“ (Regie: Evzen Sokolovský, 1986).

BUCH-TIPS

Klement Gottwald. 1896–1953. Herausgegeben unter Leitung des Instituts für die Geschichte der KPTsch. Artia-Verlag, Prag 1953. 310 S. mit zahlr. Abb.

Klement Gottwald: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck. Dietz-Verlag, Berlin 1955, 564 S.

Frantisek Necasek: Die Jugend Klement Gottwalds. Artia-Verlag, Prag [ca 1960]. 82 S. mit Fotos

Zdenek Sel: Klement Gottwald im Februar 1948. Orbis-Vlg., Prag 1972. 126 S.

Klement Gottwald: Ausgewählte Reden und Schriften 1925–1952, Dietz-Verlag, Berlin 1974, 600 S.

■ „Er schaut nach hinten (in die Geschichte) und dichtet nach vorne. Er sieht aus wie ein Junge und denkt wie ein Alter. Er ist ein echter Schüler Brechts, sogar ein Meisterschüler – der Akademie der Künste, der dreißigjährige Münchner, der jetzt in Berlin seine Dramen schreibt. Über das Stückeschreiben selbst und die Beziehung von Form und Inhalt hat er das Beachtenswerteste geschrieben, was wir in letzter Zeit zu lesen bekamen (Neue Deutsche Literatur 9/1956). Woraus die Schlußsätze zitiert seien (um das Lesen des ganzen Aufsatzes angelegentlichst zu empfehlen): ‚Lernbar und notwendig zu lernen ist allein die Dialektik von Form und Inhalt. Was du erlernst von deinen Vätern hast, sagt Goethe, oder er sagte es jedenfalls so ähnlich, verwirf es, um es zu besitzen.‘“

Dies schrieb Herbert Sandberg in seinem Bändchen „Mit spitzer Feder“ (Eulenspiegel-Verlag, 1958) zu seiner Karikatur des jungen Mannes (siehe S. 9), zu dessen 75. Geburtstag wir von Herzen gratulieren. Es gilt, mit **Peter Hacks**, geboren am 21. März 1928, einen, nein den Klassiker unter den zeitgenössischen sozialistischen deutschen Schriftstellern zu feiern, der 1955 auf Einladung Brechts aus Westdeutschland in die DDR übersiedelte, der sich einen Namen machte als Dramatiker, Lyriker, Kinderbuchautor und Essayist, dessen demnächst erscheinende Werk Ausgabe (15 Bände) über 5000 höchst lesenswerte Seiten umfaßt – und der den „RotFuchs“ liest und nach Kräften fördert seit Anbeginn.

Es ist nicht möglich, auf dem hierfür zur Verfügung stehenden Raum allen Facetten des Hacksschen Werks gerecht zu werden – ich begnüge mich daher mit der Nennung einiger weniger Titel:

Das Windloch (1957, illustriert von Eberhard Binder-Staßfurt), Die schöne Helena (1964), Der Flohmarkt (1965, illustriert von Heidrun Hegewald), Der Frieden (1965), Lieder zu Stücken (1967), Ausgewählte Dramen (1971), Lieder, Briefe, Gedichte (1974), Adam und Eva (1976, illustriert von Albert Ebert), Das musikalische Nashorn (1978, illustriert von Hans Ticha), Leberecht am schiefen Fenster (1979, illustriert von G. Ruth Mossner), Pandora, Drama nach J. W. Goethe (1981), Essais (1984), Historien und Romanzen (1985), Kinderkurzweil (illustriert von Klaus Ensikat), Jona, Trauerspiel und Essay (1989), Die Erzählungen (1995), Schöne Wirtschaft (1997), Die Gedichte (2000), Nur daß wir ein bißchen klärer sind, Briefwechsel mit André Müller (2002).

Der Sozialismus

beweist uns, wo man ihn in neuester Zeit abschaffte, seine Unentbehrlichkeit.

Peter Hacks

Wer sich mit dem Werk Peter Hacks' näher beschäftigen will, findet z. B. in Christoph Trilses „Das Werk des Peter Hacks“ (erschienen 1980 in der Reihe „Schriftsteller der Gegenwart“ des Verlags Volk und Wissen) eine erste Einführung.

■ Vor 35 Jahren (am 4. 4. 1968) wurde in den USA der baptistische Geistliche **Martin Luther King** ermordet. Der Antirassist und Antiimperialist King ist vor allem durch seinen Kampf um den Zusammenschluß aller Volkskräfte für Bürgerrechte und gegen den Vietnamkrieg unvergessen.

■ Aus einem Brief Ernst Tollers an **Erich Mühsam** zu dessen 50. Geburtstag (1928)

„Du wirst Dich sträuben, ... Dich ‚feiern‘ zu lassen, wirst sagen, daß Feier dem Revolutionär nicht ziemt, der für eine Zukunft kämpft, von der wir in Deutschland kaum Spuren entdecken können. ... Es gibt wenige, die gleich Dir ihr Leben lang der Revolution dienten, vom Willen zur Verwirklichung besessen, und dennoch jede Erleichterung durch Anlehnung an diese oder jene Gruppe verschmähten, wenn die Anlehnung mit einer Konzession an ihre Überzeugung verbunden war. Lieber gingst Du allein, verlacht, verspottet, wartetest, bis das Proletariat Dich hörte, lieber hungertest Du. Nichts Halbes gab es für Dich, immer bleibst Du Dir treu, sagtest ja oder nein, im Kampf und im Leben. Ich denke an die Jahre, die ich mit Dir in bayerischen Gefängnissen saß – an Kame-radschaft hat Dich keiner übertroffen. Die deutsche Literaturkritik, die jeden Schmarren als große Mode frisiert, sieht an Dir geflissentlich vorbei. Eines Tages wird man erkennen, daß Du revolutionäre Gedichte geschrieben hast, die zu den stärksten gehören, die in deutscher Sprache erschienen sind.“

Erich Mühsam (6. 4. 1878 bis 10./11. 7. 1934), an dessen 125. Geburtstag hier erinnert werden soll, war sowohl Lyriker und Dramatiker als auch gegen Reaktion, Militarismus und Faschismus kämpfender radikaler Publizist. Als Mitinitiator der Münchner Räterepublik saß er fünf Jahre (1919 bis 1924) in Festungshaft; nach dem Reichstagsbrand wurde er erneut verhaftet und nach schwersten Folterungen im KZ Oranienburg ermordet. Alexander Abusch schrieb 1958: „Mühsam hat sich nicht, wie Weiskopf, Wolf, Weinert, Fürnberg oder Nell, eingereiht in den Kampf der Kommunistischen Partei. Mühsam blieb, obwohl er in seiner Gedankenwelt und Dichtung niemals den Widerspruch zwischen seinem individualistisch-anarchistischen Rebellentum und den Notwendigkeiten des Klassenkampfes zu lösen vermochte, noch in seinem Sterben als Opfer faschistischer Mörder ein getreuer Kampfgenosse der deutschen Antifaschisten.“

W. M.

Leserbriefe an RotFuchs



Ich war früher Mitglied der Vereinigung Frankreich – DDR (Association France – RDA) und reiste regelmäßig in die DDR. Anfangs empfand ich die dort verbreiteten Schlagwörter gegen den westlichen Imperialismus als zu grob und zu wenig geschickt gemacht. Die politische Unterweisung wurde dann immer feiner, so fein, daß sie schließlich kaum mehr auffindbar war. Doch da gab es dann auch bald schon keine DDR mehr. Inzwischen weiß ich, daß die größte Propaganda der DDR nicht gröber war, als es die heutige Wirklichkeit ist. Sollte ich das ab und zu vergessen, wird mich der „RotFuchs“ daran erinnern. (...)

Heidi Urbahn de Jauregui, Montpellier

Die der Klamottenkiste mit sozialdemagogischen Irreführungen entnommene These von der Armut als Nährboden oder Motiv des Terrorismus wird deshalb nicht wahrer, weil sie, von den hochhonorierten Kapitalsapologeten des Weltwirtschaftsgipfels rund um den Erdball kolportiert, auch zum Vorstand der PDS gelangt ist. Osama bin Laden entstammt bekanntlich einem Bauunternehmer-Clan, und der ist mit der saudischen Ölbranche liiert, errichtet ihr Bohrtürme, bahnt Transportwege zu ihnen hin, schafft Raffinerien, Geschäftshäuser, Bankfilialen, Baracken, Wohnviertel für sie. Selbst in konservativen Gesichtsschwarzen ist der Terrorismus Begleiterscheinung von Machtkämpfen, wurzelt in ihnen, treibt aus ihnen, nährt sich von ihnen. (...) Mit dem von ihrer eigenen Scheulichkeit ablenkenden Dogma von der Armut als Nährboden (oder Motiv) des Terrorismus diskriminiert die herrschende Klasse die von ihr zum Bodensatz der Gesellschaft Hinabsozialisierten, die allenfalls in äußerster Bedrängnis zu Verzweiflungstaten imstande sind, wohin die Politik des Sozialabbaus und der Zerschlagung des Gesundheitswesens die Entwicklung – wie schon so manches Mal in der Geschichte – treibt.

Karl Mundstock, Berlin

Mit wachsendem Interesse habe ich den Artikel „Was gewisse Stiftungen anstiften“ (Januar-RF) gelesen. In ihm wird überzeugend nachgewiesen, daß die behauptete „Verständigung zwischen den Völkern“ und die „Förderung begabter Studenten“ eine gute Abdeckung für die tatsächlich subversiven Aktivitäten der Stiftungen der bürgerlichen Parteien gegen antiimperialistische Bewegungen sind.

Durch meine frühere Tätigkeit in der DDR kann ich die Ausführungen von Werner Hoppe bestätigen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU erhielt z. B. von ihren Auslandsmitarbeitern regelmäßig Einschätzungen und Berichte, auch Analysen, die überwiegend vertraulichen Charakter trugen und durchaus nachrichtendienstliche Qualität besaßen. Ihr Ausgangsstoff waren keineswegs nur die örtliche Presse oder anderes offizielles Material des Landes. Die Aufgabe bestand in der Pflege interessanter Kontakte. Es wäre sicherlich auch ein Armutszeugnis für den BND, wenn er daran nicht partizipiert hätte oder aktiv beteiligt gewesen wäre.

Die Vorgaben für den Informationsbedarf waren nicht vom Zufall diktiert, und über die finanzielle Ausstattung gab es wirklich kei-

nen Grund zur Klage. Das Informationsbedürfnis war breit gefächert und läßt sich z. T. im von der BIRTHLER-Behörde verwalteten SIRA – dem Speicher des Auslandsnachrichtendienstes der DDR – nachlesen.

Da nicht zu erwarten ist, daß namhafte Politiker wie der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel – ehemals Chef der Konrad-Adenauer-Stiftung – aus dem Nähkästchen plaudern, sind Veröffentlichungen wie im „RotFuchs“ oder auch in der „jungen Welt“ vom 16. 1. 03 („Satanische Gewerkschafter“) notwendig. Sie entlarven die Verlogenheit der Erklärungen solcher Stiftungen über ihre Aufgaben und Ziele.

Karl Rehbaum, Bischofrode

Ich bedanke mich für die Übersendung von drei Exemplaren des „RotFuchs“ und kann Euch heute 4 Aufnahmeanträge für den Förderverein schicken. Meine Frau war die erste, die sich zur Mitgliedschaft entschloß. (...) Unser Sohn, Rudi, der eine politische Heimat sucht, war sofort zum Beitritt bereit. Auch ich habe mich entschieden, den Aufnahmeantrag zu unterschreiben. Der Vierte ist ein Kommunalpolitiker. Ich werde mich um weitere Mitglieder bemühen. Schickt uns deshalb bitte immer zwei Exemplare. (...)

Walter Kern, Hermsdorf

Auch auf diesem Wege möchte ich noch einmal sagen, daß mir die Leserkonferenz am 8. Februar 2003 sehr gut gefallen hat und allen „Aktivisten“ großer Dank gebührt. Im „RotFuchs“-Kessel kann man sich wohl fühlen, und für mich leite ich die Hoffnung ab, daß der RF-Förderverein immer mehr politische Heimat für alle linken Kräfte über Parteigrenzen hinaus werden kann. Unter diesem Eindruck habe ich mich bemüht, durch Gewinnung neuer Mitglieder die „RotFuchs“-Mannschaft zu verstärken. Ich überreiche hiermit 7 Anträge auf Mitgliedschaft im Förderverein. (...)

Dr. Horst Franz, Eichwalde

Die mir zugesandten RF-Exemplare habe ich mit Interesse gelesen und stelle fest, daß es die richtige Lektüre für mich ist. Im „RotFuchs“ wird alles deutlich und ohne Umschweife dargestellt. Ihr schreibt ohne Schmus. (...) Ich werde in der nächsten Versammlung meiner Basisorganisation der PDS darüber sprechen und für Euch werben. (...) Ich stimme mit Euch völlig überein, daß die Linken endlich zu sich finden müssen. Ihre Zerrissenheit scheint eine wirkliche „Kinderkrankheit“ zu sein, nicht nur in Deutschland, sondern in Europa, in der ganzen Welt. Man soll aber den Mut nicht sinken lassen und optimistisch in die Zukunft blicken. Es muß und wird uns gelingen, den Sozialismus wieder zur Realität werden zu lassen. (...)

Manfred Wolff, Potsdam

Wundern wir uns nicht,
wenn Barfüßigen
eines Tages Schuhe passen,
mit denen sie dann
über Glasscherben laufen
und in Gesichter treten.
Beulen als Antwort
auf zu dünne Hemdchen,
schnell zerrissen
an rostigen Nägeln
verfallener Hütten.

Ich möchte Euch dieses vor fast 20 Jahren von mir niedergeschriebene Gedicht, das mir heute besonders aktuell erscheint, zur Veröffentlichung im RF anbieten. (...)

Es ist mehr als angenehm, sich nun in der Gewißheit zu befinden, daß uns monatlich

regelmäßig vernünftige, fundierte, kämpferische und aufbauende Artikel erreichen – über den Briefkasten in den Kopf und ins Herz zur geballten Faust!

Dietmar Dolling, Rostock

(...) Bisher hatte ich keine Schwierigkeiten, bei den historischen Rückblicken im „RotFuchs“ zu erkennen, welches aktuelle Problem damit angesprochen werden soll. Anders geht es mir mit dem Abdruck des berühmten Artikels von Anton Ackermann über den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“. (...) Ich kann nicht erkennen, worin die aktuelle Notwendigkeit und der Nutzen bestehen sollen, die Leser des „RotFuchs“ vor die Frage zu stellen: Wer hatte recht? Anton Ackermann oder die ihn Kritisierenden, also die Parteiführung? (...) Alles, was Anton Ackermann vorbringt, um die Möglichkeit eines „besonderen“, nämlich gewaltlosen Übergangs vom bestehenden Zustand zum Sozialismus nachzuweisen und diesen Weg als „besonderen deutschen Weg“ zu bezeichnen, trifft nicht nur für die SBZ und die spätere DDR zu, sondern für alle von der Roten Armee befreiten Länder. Aber – und das hätte in den einleitenden Bemerkungen eigentlich gesagt werden müssen –: Anton Ackermann hat diese These ja nicht als Privatperson aufgestellt, sondern der Artikel wurde im Auftrag des ZK der KPD geschrieben und von ihm gebilligt. Eine rotfuchsgemäße Fragestellung wäre es deshalb meiner Ansicht nach gewesen: Warum hat die Parteiführung der SED 1946 die These vom „besonderen deutschen Weg“ als richtig angesehen, sie aber 1948 als nationalistisch und rechtsabweichlerisch zurückgezogen und bekämpft?

Eine ganz wichtige Quelle dafür ist Band 6 der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Dort ist auf Seite 270 zu erfahren, daß Wilhelm Pieck schon am 21. Juli 1947 vor Funktionären folgendes erklärt hat: „Wir haben ... das große Beispiel der Sowjetunion, wenn wir auch nicht das, was dort durchgeführt wurde, schematisch auf unsere deutschen Verhältnisse übertragen wollen. Darüber besteht volle Klarheit, daß wir unseren eigenen Weg gehen müssen. Das ist kein besonderer deutscher Weg – es wäre falsch, ihn so zu bezeichnen ... Wir gehen einen besonderen demokratischen Weg, wie wir ihn in den Grundsätzen und Zielen dargelegt haben.“

Im Laufe des Jahres 1948 nahm die KP Jugoslawiens unter der Führung Titos immer deutlicher Kurs auf den Bruch mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie. (...) Die Mitglieder des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien konstatierten im Communiqué ihrer Beratung in der zweiten Junihälfte 1948, „daß sich das ZK der KPJ und die jugoslawische KP dadurch außerhalb der Familie der brüderlichen kommunistischen Parteien ... stellen“. In der Folgezeit begann die Partei Titos ihre Propagandakampagne für einen „besonderen jugoslawischen Weg“, der dem Weg der Oktoberrevolution entgegen- und als Vorbild für die „besonderen nationalen Wege zum Sozialismus“ in den Ländern der Volksdemokratie hingestellt wurde.

Mitte September 1948 nahm der Parteivorstand der SED den Beschluß „Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung“ an. Darin heißt es u. a.: „Der Klasseninhalt der staatlichen Ordnung wurde damit in der sowjetischen Besatzungszone grundlegend geändert. Der beschrittene Weg ist kein besonderer deutscher Weg zum Sozialis-

mus, der ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus möglich machen könnte.“ (...)

Dr. sc. Kurt Gossweiler, Berlin

Die Auffassung von Anton Ackermann und das nachfolgende Verdikt sind mir durch eine historische Recherche, die ich Mitte der 50er Jahre anstellte, bekannt. Meines Erachtens interpretierte und verteidigte er zutreffend die schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die konkreten historischen und nationalen Bedingungen in Deutschland. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, nationalistischen und rechten Abweichungen zu huldigen, habe ich schon damals arg bezweifelt. Ich stieß darauf, daß die Grundidee für seine Positionierung von Wilhelm Pieck ausging. Zu den Hintergründen kann man bei Erich Honecker im Jahre 1990 lesen: „Ich weiß, daß er den Artikel „Der deutsche Weg zum Sozialismus“, der zu seiner Ablösung führte, nicht von sich aus schrieb, sondern im Auftrag des Politbüros, so daß er später die ganze Kritik zu seinem Artikel gelassen auf sich nahm. Das bedeutet nicht, daß ihm diese Kritik gleichgültig war. Er war ziemlich erschüttert und hat eine selbstkritische Position eingenommen, obwohl er diesen Artikel im Auftrag des Politbüros geschrieben hatte. Es war gar nicht alles schlecht, was in diesem Artikel geschrieben stand. Man muß ja sehen, daß wir in der damaligen Zeit bestrebt waren, ein einheitliches, demokratisches Deutschland aufzubauen und auch ein sozialistisches Deutschland ...“ (Der Sturz, Berlin 1990, S. 228) Im Klartext: Ackermann, der mir durch seine Vorträge in bester Erinnerung geblieben ist, wurde durch die praktisch-politische Konstellation jener Zeit, die auf einem anderen Blatt steht, „theoretisches“ und politisch-ideologisches Opfer.

Honecker gibt auch Auskunft über sein weiteres Schicksal: „Er hat seine Arbeit danach weitergemacht im Zentralkomitee und der Partei ... Dann wurde er krank und ist langsam ausgeschieden aus dem politischen Leben ... und wir haben auch alles getan, um ihn sehr gut zu versorgen.“

Es galt jedoch bereits damals: Jeder Weg zum Sozialismus ist historisch geprägt und insofern ein besonderer. Viele theoretische und praktische Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus in der DDR legen hierfür später Zeugnis ab.

Prof. Dr. Ingo Wagner, Leipzig

Seit Oktober 2002 beziehe ich den „Rot-Fuchs“ und habe ihn seitdem sehr schätzen gelernt. Ich finde die Zeitung interessant und lesenswert. Teilweise stoße ich auf Gedanken und Vorstellungen zu Vergangenheit und Gegenwart, die meinen eigenen Überlegungen entsprechen. Deshalb möchte ich Mitglied des Fördervereins werden. (...)

Noch eine Bemerkung zu dem Bericht von Günter Freyer „Absprung hinter der Front“ (RF Nr. 61). Es gibt ein Buch über die Arbeit der geschilderten Einsatzgruppe des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Autorin ist Barbara Neuhaus. Sein Titel: „Funksignale vom Wartabogen“. (...)

Hans Maluck, Neubrandenburg

In dem Artikel „Hyänen im Rudel“ (RF 61) wurde – durch eine Einfügung der Redaktion – fälschlicherweise behauptet, die Opel-Werke seien erst „nach dem Krieg“ von General Motors erworben worden. Richtig ist: Sie wurden bereits 1929 durch den USA-Konzern gekauft. Quelle: „Orden für Henry“, Spiegel 50, 1989/184.

Eric Grusdat, Berlin

Über dem Irak schwebt das Damoklesschwert des Krieges. Eine haushohe Übermacht mit modernster Kampftechnik steht an den Grenzen bereit, um über das kleine Land herzufallen. Kriege, Blockaden und ein vor zwölf Jahren verhängtes Embargo brachten Not, Krankheit und Tod über ein Volk, das dadurch geschwächt wurde und völlig am Boden liegt. UNO-Inspektoren haben bis 1998 unzählige Kontrollen durchgeführt; schon damals wurden mehr als 90 % als besonders gefährlich bezeichneter Waffen vernichtet. Zwischenzeitlich bombardierten Weihnachten 1998 Kampfflugzeuge der USA und Großbritanniens die an Kulturgütern reiche Hauptstadt Bagdad und weitere ausgewählte Ziele. Seit mehr als drei Monaten sind die „UNO-Kontrollen“ wieder im Lande und dürfen in jeden Winkel schauen. (...)

Wer Bagdad mangelnde Kooperation vorwirft, sollte bedenken, daß die USA die größte Gruppe der Inspektoren stellen. Diese Leute sind meistens Experten der Geheimdienste. Sie lassen sich alle militärischen Einrichtungen und jede Art von Bewaffnung vorführen. Das ist totale Ausspähung. (...) Sollte Irak auf Zeit spielen, dann kann jeder normaldenkende Mensch die Regierung des Landes verstehen, ist doch schon das Hinausschieben des fürchterlichen Krieges für das arme Volk ein Gewinn. **Werner Juhlemann, Geithain**

Die in dem Beitrag Norbert Pauligks „Weder frei noch sozial“ (RF 61) geführte Polemik gegen den Mißbrauch des Begriffs Marktwirtschaft erfordert einige Richtigstellungen:

Daß Markt an Warenproduktion gebunden ist, ist eine Binsenweisheit. Heute und seit langem haben wir es aber mit kapitalistischer Warenproduktion, also Kapitalismus, zu tun; „Marktwirtschaft“ ist nur eine verschleierte Tarnbezeichnung für eben diesen ganz gewöhnlichen Kapitalismus.

Bleibt man bei der originalen Marxschen Sozialismustheorie, setzt Sozialismus immer noch die Aufhebung des Kapitalismus voraus und folglich auch die Aufhebung der Warenform des Produkts, oder anders gesagt, die Ersetzung der Ökonomie des Wertes durch die Ökonomie der Zeit. Auch durch ständige Wiederholung wird die Behauptung von der Notwendigkeit von Warenproduktion und Markt im Sozialismus nicht richtiger.

Will eine Gesellschaft überleben, bedarf ihre Produktion einer Regulierung. Bisher kennt die Geschichte zwei Formen – die Plan- und die Marktregulation. Der Versuch des Realsozialismus, die Planregulation durch Wert- und Marktelemente zu ergänzen und zu „verbessern“, ist gescheitert. Dem Kapitalismus dagegen ist es, bisher jedenfalls, gelungen, die kapitalistische Warenwirtschaft durch ein mehr oder weniger umfassendes System staatlicher Wirtschaftsregulierung zu stabilisieren.

Wie Lenin gezeigt hat, hatte der Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Monopolkapitalismus zur Folge, daß die Warenproduktion in zunehmendem Maße „untergraben“, aber eben nicht schlechtweg außer Kraft gesetzt wurde. Solange Kapitalismus existiert, auch in seiner monopolistischen Form, bleibt er auf die Warenform des Produkts angewiesen. Ihre Aufhebung käme der Selbstaufhebung des Kapitalismus gleich.

Nach Marx finden die ökonomischen Produktionsverhältnisse ihre juristische, überbaugewundene Entsprechung in den Eigentumsverhältnissen. Aus Veränderungen der Produktivkräfte resultieren nicht

nur Modifikationen im Kapitalverhältnis; Letzteres kann sich mit unterschiedlichen Formen des Eigentums verbinden: Neben dem ursprünglichen privat-individuellen Eigentum an Produktionsmitteln tritt es auch als kapitalistisches Kollektiveigentum (Aktiengesellschaften), Staatseigentum oder Genossenschaftseigentum (Kooperativfabriken etc.) in Erscheinung.

Der „globale Markt“ ist natürlich keine Erfindung von Leo Mayer. Die Geschichte des Kapitalismus kann auch als eine Geschichte der Herausbildung des Weltmarktes gelesen werden. Seine Vollendung hat Marx sogar als die eigentliche historische Mission des Kapitalismus angesehen. Die Macht der übernationalen Großkonzerne mißt sich nicht zuletzt an ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Andernfalls müßte man mit Kautsky die Formierung eines Oligopols voraussetzen, das sich die Weltökonomie direkt und total unterwirft. Eine Achillesferse der kapitalistischen Ökonomie ist und bleibt der Umstand, daß die Profitrealisierung eines zahlungsfähigen Publikums bedarf. Der gewaltige Werbeaufwand zeigt doch gerade, daß der Kunde zwar nicht König, aber doch ein unsicherer Kantonist ist, dessen eigenwilliges Kaufverhalten auch einen Riesenkonzern ins Wackeln bringen kann.

Wörtlich und logisch genommen ergibt die Formel „marktsozialistisches Modell“ nichts anderes als den Widersinn eines gelben Logarithmus. Will man nicht in eurozentristischer Blindheit verharren, bleibt dann aber die Frage offen, was es mit der Erfolgsstory der chinesischen Ökonomie auf sich hat, denn diese bezeichnet sich ja offiziell eben als „sozialistische Marktwirtschaft“.

„Kriegsbedingt“ herrschte in der jungen Sowjetrepublik zunächst das Regime des „Kriegskommunismus“ vor. Der NOP dagegen hatte Lenin die Langfristaufgabe zugeordnet, in Sowjetrußland die Grundlagen der Zivilisation zu legen – als Vorbedingung eines späteren Übergangs zum Sozialismus.

Dr. Manfred Höfer, Leipzig

Unser leider verstorbener Genosse Karl-Eduard von Schnitzler hat die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in der kapitalistischen Welt viel zu harmlos dargestellt. Alle ehemaligen DDR-Bürger müßten ihm heute eigentlich dankbar sein, daß er ihnen die Augen geöffnet und vieles zu ihrer Bewußtseinsbildung beigetragen hat.

Die in den Ergebnissen der beiden letzten Landtagswahlen zum Ausdruck gekommene politische Dummheit eines großen Teils der bundesdeutschen Bevölkerung widerspiegelt die Desorientierung durch die Massenmedien. Es dürfte für uns sehr schwer werden, deren Einfluß zurückzudrängen. Woche für Woche bringt das Fernsehen Hitler und seine engsten Mitarbeiter als geradezu harmlose Gestalten ins Spiel.

In dieser ideologischen Auseinandersetzung ist die Weitergabe eigener Lebenserfahrungen an möglichst viele junge Menschen unsere wirksamste Waffe. Wer soll ihnen sonst zu einem klaren Standpunkt verhelfen? **Manfred Wulf, Glauchau**

In der Februar-Ausgabe des RF wird von einigen Genossen über den Artikel von Norbert Pauligk „Veteran oder nicht?“ (RF Nr. 60) diskutiert. Meines Erachtens geht die Debatte an dem Problem vorbei, das der Autor aufgeworfen hat. „Ehre“ ist nicht sein Anliegen. Ich selbst kann da nicht mitreden, da ich erst 40 Jahre einer kommunistischen Partei angehöre und mein DKP-Mitglieds-

buch als Eintrittsdatum „Januar 1994“ angibt. Die SED-Zeit wurde offensichtlich nicht angerechnet.

Ich kann mir kaum vorstellen, daß jemand großen Wert auf eine Urkunde von einem Parteivorstand legt, der ihn als Ost-Genossen ohnehin ignoriert (s. 16. Parteitag). Das Hauptproblem, auf das Genosse Paulig aufmerksam machen möchte, besteht wohl in der Frage, ob nach mehr als 12 Jahren „Einheit“ eine Ausdehnung der DKP nach Osten vom Parteivorstand überhaupt gewollt wird. Im Kern geht es um das Verhältnis zu DDR und SED. Man sollte nicht vergessen, daß nicht nur die DKP mit der SED solidarisch war, sondern daß diese Solidarität auch von unserer Seite erwiesen wurde. Das geht manchmal unter.

Jürgen Thiele, Berlin

Leipzig erlebt erneut seine Montags-Demos. Die Menschen dort haben vor 13 Jahren objektiv einer Konterrevolution gedient, aber auch eine enorme Erfahrung gemacht: nachmittags auf die Straße, abends im Fernsehen, morgen im Westen. Sie haben die Welt bewegt! Vielen wird heute diese dumpfe Baucherfahrung instinktiv durch den Hinterkopf gehen. Sie stellt für das Kapital eine wirkliche Bedrohung dar. Ist die emotionale Woge erst in Fahrt, springt auch der Letzte auf. (...) Hier ist Schröder „unser Mann“: Er und seine Nachfolger werden die Menschen scharenweise auf Straßen und Plätze treiben. Hoffnung und Gefahr liegen dann nah beieinander. Nicht wieviele und wie alt ist für uns die Frage, sondern wie sie gewinnen. (...)

Ron Wiesner, Dahlen

(...) Mit großem Interesse las ich sofort den Artikel „Wandlungen in Weißenfels“, weil ich, weniger zugespitzt, als Neulehrer in Chemnitz 1947 ähnliches erlebte. 1945 waren antifaschistische Schulreformer der Weimarer Republik, die sich hauptsächlich um Praxisnähe und Gemeinschaftsleben der Schüler bemühten (sie wurden 1933 entlassen, weil sie z. T. der KPD angehört hatten), als Direktoren ihrer früheren Oberschulen eingesetzt worden. Zusätzlich zu den schon vor 1945 bestehenden Klassen wurde 1947 in der Oberschule, an der ich und andere als Neulehrer neben nicht-entlassenen Altlehrern zu unterrichten begannen, eine Klasse für Arbeiter- und Bauernkinder geschaffen. Die Lehrertätigkeit in ihr war mir besonders angenehm, da sich diese Schüler über ihr unerwartetes Bildungsangebot freuten. (...)

Karl-Fritz Zillmann, Freiberg

Es tut mir leid, aber die „RotFuchs“-Berichte über die Volksrepublik China sind weit eher für „hoffend gläubige“ als für skeptisch-kritische Linke geeignet.

Hansjörg Schupp, Appetshofen

Mit großem Interesse habe ich die drei mir bisher übermittelten RF-Ausgaben, vor allem die Beiträge, die sich mit der Bewertung von Vorgängen in der DDR- und SED-Geschichte befassen, gelesen. Als ehemaliger Offizier, der 30 Jahre in der NVA diente, erlebte ich viele Höhepunkte der militärischen Eskalation im Kalten Krieg (Kuba-Krise, CSSR-Krise und Absicherung des Einmarsches der sowjetischen Truppen, Tagung des Bundestages in Westberlin usw.) als treuer „Parteisoldat“ und habe, wie viele unserer Genossen, persönliche Opfer (...) dafür in Kauf genommen. Der Untergang der DDR verursachte auch bei mir eine existentielle Krise. Deswegen war – wie bei vielen Menschen – mein politisches Engagement in der ersten Phase nach der Ver-

einnahme der DDR sehr eingeschränkt. Aus der PDS bin ich ausgetreten, weil viele der mir als sogenannte Hardliner aus NVA- und SED-Zeiten bekannte Genossen nun nicht schnell genug die opportunistische Politik der PDS in unserer Parteigruppe mit den gleichen Führungsmethoden durchsetzen wollten, mit denen sie uns früher immer „auf Linie“ gebracht hatten.

Für mich ist der „RotFuchs“ ein wichtiges Informationsmaterial, das sich vor allem durch die Vielfalt und Fachkompetenz seiner Beiträge von den üblichen Presseerzeugnissen unterscheidet, wobei auch mir die unkritische Verklärung unserer DDR-Vergangenheit in einigen Beiträgen nicht gefällt. Jedenfalls betrachte ich die Zeitschrift und den Förderverein als wichtige Orientierungshilfe für Menschen mit noch immer sozialistischen Träumen in der durch die herrschende Klasse reglementierten Medienlandschaft.

Manfred Kurka, Berlin

(...) Jeden Monat ist der Tag des Erscheinens des „RotFuchs“ für mich ein ausgesprochener Feiertag, gibt es doch wieder Lektüre, die sonst der „Pressezensur“ zum Opfer fällt.

Ralf Kubitz, Bestensee

Wäre ich ein gläubiger Christ – um was wohl würde ich den Herrgott bitten? Ich würde dafür beten, daß die zu Pudelpinschern mutierten Spitzenfunktionäre von CDU, CSU und FDP (vielleicht einige ausgenommen), die offensichtlich nur noch amerikanisch verstehen, durch die Wähler daran gehindert werden, jemals wieder Macht auszuüben. (...) Ich würde weiterhin dafür beten, daß in der ganzen Welt Tag und Nacht die Kirchenglocken läuten, bis allen Kriegstreibern und deren „Hiwis“ die Schädel so dröhnen, daß sie für Aggressionskriege impotent werden. Ich würde auch dafür beten, daß alle Völker ihren Präsidenten in den Arm fallen, wenn diese versuchen, die Probleme in der Welt mit Bomben zu lösen. (...)

Leider bin ich nur Kommunist. Der Herrgott wird mich wohl nicht erhören. So vertraue ich auf den Verstand und den Mut realistisch denkender Politiker aller Parteien, den großen Friedenswillen von Millionen Menschen, die unabhängig von Glauben und Standpunkten bereit sind, den Aggressoren Widerstand zu leisten, damit Kriege als Mittel zur Lösung von Konflikten ausgeschaltet werden. (...)

Erich Niejaki, Arzberg

André Brie hat kürzlich Irak besucht. Nach der Rückkehr wandte er sich gegen den Krieg der USA und Großbritanniens. So geht es aus seinen im ND vom 25./26. 1. 2003 veröffentlichten Reisenotizen hervor. Das ist vernünftig. (...) Aber Brie mußte unbedingt auch in seiner Reportage etwas Negatives über die DDR unterbringen, um so auf sich aufmerksam zu machen und zu zeigen, wer er ist. Das ist entschieden abzulehnen, vor allem wenn man die Tatsache in Betracht zieht, daß er zum PDS-Wahlkampfleiter für die Europa-Wahlen 2004 berufen wurde. (...)

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Seit vielen Jahren schimpft man auf die Gewaltdarstellungen im Fernsehen, doch die Schilderung von Verbrechen wird immer exakter und immer detailgetreuer. Da gibt es regelrechte Instruktionen zur Planung und Ausführung von Verbrechen sowie zur Strafvereitelung. (...) Gewalt ist ein Markenzeichen dieser Gesellschaft. Sie wird unweigerlich auf die Urheber, die Verursacher zurückschlagen. Denn: „Wer Gewalt sät ...!“

Peter Leder, Dresden

Diesmal wende ich mich als Westberliner speziell an frühere DDR-Bürger: Wie seht Ihr die „Wende“ nach 1990? Vordergründig betrachtet handelte es sich um die „Vereinigung“ von zwei deutschen Staaten. Aber in welche Richtung ging die Reise? Ja, es gab keine Grenzkontrollen mehr, und die Einschränkungen für Reisen ins westliche Ausland fielen weg. Als „Kompensation“ bekam Ihr etwas anderes: Über Euch brach die millionenfache Arbeitslosigkeit herein. Viele Preise und Tarife stiegen gewaltig. Hinzu kam der Mietwucher. Immer mehr „Plattenbauten“ (Bezeichnung für Wohnhäuser mit preiswerten und bezahlbaren Mieten) verschwinden wegen Abwanderung der Bewohner, bedingt durch Arbeitsplatzzerstörung, mit der man gerade Euch, die Ihr keine Arbeitslosigkeit kanntet, strafen wollte. Also ein historischer Rückschritt!

Hatte die 1989/90 orientierungslose Masse der erwartungsfroh auf den Westen blickenden DDR-Bürger das so gewollt?

Nach der sogenannten Wende wurden Kriege wieder zur Norm des Imperialismus. Auch mit der Aufhebung des in Europa sicheren Friedens wurde die Preisgabe des Sozialismus bezahlt. Wir werden sehen, was die „Wende“ noch alles bringt.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf



**Aus:
„Solidaire“,
Brüssel**



Historische Brandstiftungen

Grafik: Klaus Parche

Terminänderung!

Stuhlgeld: 1 Euro

Den Unwahrheiten und Geschichtsfälschungen über die sogenannte Zwangsvereinigung stellen wir die Tatsachen gegenüber. Der bekannte Historiker und Buchautor **Dr. Norbert Podewin** spricht am Dienstag, dem 29. April 2003, um 16.30 Uhr an gleicher Stätte über das Thema „Wie stand die SPD 1946 zur Arbeitereinheit?“ Der ursprüngliche Termin mußte aus organisatorischen Gründen geändert werden.

Fritze Schröder meint: Übrigens . . .

- Übrigens:** Die Meinung der uckermärkischen Betschwester Angela M. über den Irak-Krieg steht unverrückbar fest. Man sollte sie nicht andauernd mit Tatsachen verwirren!
- Übrigens:** Bei Halbwahrheiten besteht immer die Gefahr, daß die falsche Hälfte geglaubt wird.
- Übrigens:** Die meisten Politiker sind heutzutage wie Blinddärme – immer gereizt und eigentlich überflüssig.
- Übrigens:** Die Arbeitslosigkeit sollte doch halbiert werden. Da es offenbar nicht klappt, wenigstens die Arbeitslosenhilfe.
- Übrigens:** Wie viele Bonusmeilen sind es bis zum nächsten Arbeitsamt?
- Übrigens:** Am 21. März endet der Winterschlaf der Berliner Justiz in Sachen Landowski. Dann beginnt die Frühjahrsmüdigkeit.
- Übrigens:** Warum belegt der Berliner Finanzsenator einen Schnellkurs in Italienisch? Weil er mit seinem Latein am Ende ist.
- Übrigens:** Was haben Robinson Crusoe und deutsche Beamte gemeinsam? Das Warten auf Freitag.

„Krupp und Krause“ Autor zu Gast

Wir laden noch einmal zur Schriftstellerlesung mit **Gerhard Bengsch** in den großen Saal der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205 (direkt neben dem „Fuchs“-Laden) herzlich ein.

Die Veranstaltung findet am Freitag, dem 21. März 2003, um 16.30 Uhr statt.

Stuhlgeld: 1 Euro

I M P R E S S U M

Gegründet im Februar 1998 als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:

RotFuchs-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/561 3404, Fax 030/5649 3965
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund**Internet:** www.rotfuchs.net**E-Mail-Adresse:** rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist jeder 1. eines Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220 160 759

Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Stefan Warynski (Warschau)

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche SHAHAR
Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Bernd Koletzki